

Fünfte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 16. Juni 1925.

(Beginn 11 Uhr.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-A.-G.
3. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit des Landesrats Knell.
4. Antrag des 4. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Übernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung der Provinzialverwaltung.
5. Antrag des 4. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, bei der Staats- bzw. Reichsregierung wegen Zurverfügungstellung von Mitteln zur Anlage neuer Durchgangsstraßen und zum Ausbau von Gemeindefwegen vorstellig zu werden.
6. Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der „Rheinischen Verkehrs-gesellschaft, A.-G., Köln, und an Betriebs-gesellschaften“.
7. Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau einer Autostraße Aachen—Köln.
8. Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Antrage des Kreises Akenau auf Gewährung eines Zuschusses zum Bau einer Gebirgsrennstraße im Landkreis Akenau sowie zum Initiativantrag des Abgeordneten Dr. Hef u. a. hierzu.
9. Antrag des 4. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Dr. Esch u. a., betreffend besondere Berücksichtigung der südlichen Rheinprovinz bei Verwendung der im Haushaltsplan zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues sowie für die Instandsetzung bzw. den Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übernehmenden Gemeinde- und Kreisstraßen vorgesehenen Mittel.
10. Antrag des 4. Sachausschusses zu den Anträgen der Stadtgemeinden Godesberg, Siegburg, Guskirchen und B.-Glabbach, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsraten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken den jetzigen tatsächlichen Aufwendungen entsprechend zu erhöhen.
11. Antrag des 4. Sachausschusses zu den Anträgen der Stadtgemeinden Godesberg, Siegburg und B.-Glabbach auf Übernahme der Kosten auf die Provinz, die durch die Pflasterung der in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen chaussierten Provinzialstraßenstrecken entstehen.
12. Antrag des 4. Sachausschusses zu:
 - a) dem Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung,
 - b) dem Haushaltsplan über Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen.
 - c) dem Haushaltsplan über Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues für das Rechnungsjahr 1925.
13. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Finanzierung des Mittellandkanals.
14. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Hilfsaktion für die durch Unwetter im Kreise Weisenheim Geschädigten.
15. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages zur Gewährung von Beihilfen an rheinische Städte zur Veranstaltung von Ausstellungen aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinprovinz.
16. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betreffend Ueberweisung der in den Etat eingesehten Summe von 500 000 Mark zur Durchführung der Jahrtausendfeier der Städte an die Blindenanstalten in Düren und Neuwied und an die Kinderheilanstalt in Süchteln, sowie zu dem hierzu gestellten Eventualantrag derselben Fraktion.
17. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den vollständigen Ausbau der orthopädischen Provinzial-Kinderheilanstalt Süchteln aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Rheinprovinz.

18. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der orthopädischen Kinderheilanstalt Söchtern für das Rechnungsjahr 1925.
19. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1925.
20. Antrag des 3. und 1. Sachausschusses zu dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Bereitstellung von 150 000 Mark zur Unterstützung von Kinderpeisungen.
21. Antrag des 3. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend
1. Uebernahme von Bürgschaften gegenüber der Landesbank auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 68. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung;
 2. Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahre 1925 nochmals Bürgschaften in Höhe von 1 Million Goldmark zu übernehmen;
 3. Uebernahme eines Teiles der Zinsen für solche Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege, die Neu- und Erweiterungsbauten zur Durchführung der dem Provinzialverband gesetzlich obliegenden Aufgaben ausführen und durch den Zinsendienst für die dazu aufgenommenen Darlehen zu sehr belastet werden.
22. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Bereitstellung von weiteren 3 Millionen Reichsmark für Zwecke des Wohnungsbaues als Zwischenkredite aus Mitteln der Landesbank zu den üblichen Bedingungen für die Bauperiode 1925.
23. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD., betreffend die Bereitstellung von Mitteln zur Herabsetzung des Zinsfußes für Zwischenkredite.
24. Antrag des 1. und 5. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft m. b. H. „Rheinisches Heim“ in Bonn.
25. Antrag des 2. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Ausbau des Jugendherbergshauses in der Rheinprovinz.
26. Antrag des 2. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Errichtung und Tätigkeit des Landesjugendamtes im Rechnungsjahre 1924/25.
27. Antrag des 2. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Landesjugendamt für das Rechnungsjahr 1925.
28. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für bezirkshilfsbedürftige Geistesranke, Zbiote, Epileptiker, Taubstumme und Blinde für das Rechnungsjahr 1925.
29. Antrag des 3. Sachausschusses zu den Haushaltsplänen der Provinzial-Heil- und -Pflegeanstalten für das Rechnungsjahr 1925.
30. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Landesfürsorgewesens für das Rechnungsjahr 1925.
31. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler für das Rechnungsjahr 1925.
32. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD., betreffend anderweitige Eingruppierung des Personals in den Heil- und Pflegeanstalten und Fürsorgeerziehungsanstalten.
33. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1925.
34. Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Herausgabe einer Zeitschrift „Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz“.
35. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung.
36. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Vornahme der Ersatzwahl für das verstorbene Provinzialausschussmitglied Dr. Röttgen.
37. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Szajtowski zum Landesrat.
38. Antrag des 1. Sachausschusses zu der Entschlieung der SPD. an die Reichsregierung, betreffend Umgestaltung der Befoldungs- und Ruhegehaltsordnung.
39. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrag der SPD., betreffend Erhöhung der Gehälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten auf das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum bzw. Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten.
40. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Gesuch des Bundes der Schwerkriegsbeschädigten Deutschlands, Ortsgruppe Düsseldorf, vom 6. Mai 1925 um Anrechnung der Kriegsjahre auf das Befoldungsdienstalter des Verwaltungsassistenten Thurm bei der Landesversicherungsanstalt.
41. Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Gesuch des Provinzialstrafenmeisters a. D. Röber in Aßbach um Erhöhung seines Ruhegehalts.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Plenar Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Eltes und Dr. Fischer.

Es sind folgende Anträge eingegangen:

Antrag des Abgeordneten Haas für die Sozialdemokratische Partei zu Punkt 23 der Tagesordnung:

„Unter Zurückziehung der beiden letzten Sätze des Antrages, betreffend Zinsverbilligung, wird beantragt, den so geänderten Antrag dem Provinzialauschuß zur weiteren Prüfung und Beschlußfassung zu überweisen.“

Sodann ein Antrag der kommunistischen Fraktion:

Antrag zum Antrag der SPD., betreffend Kinder Speisung:

„Der Provinziallandtag beschließt, hilfsbedürftigen Gemeinden eine Million Mark für Kinder Speisungen zur Verfügung zu stellen.“

Endlich Antrag Dr. Saafen und Genossen:

„Provinziallandtag wolle beschließen: Falls Reich und Staat zur Behebung der Verkehrsnot in den Grenzbezirken Mittel zur Verfügung stellen, wird der Provinzialauschuß ermächtigt, über den im Haushaltsplan zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebau unter Titel II vorgesehenen Betrag von 600 000 Mark hinaus, soweit die Finanzlage es gestattet, Beihilfen zum Ausbau der betreffenden Wege zu bewilligen.“

Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 2: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-N. u. G.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist in der jetzigen außerordentlich finanzknappen und im allgemeinen sehr schwierigen Zeit ein auf den ersten Blick überraschender. Die 1. Sachkommission hat sich insolgedessen auch mit diesem Antrag sehr intensiv befaßt. Wir haben alles, was für die Vorlage spricht, erörtert. Wir haben aber auch eingehend alles, was gegen die Vorlage vorgebracht werden könnte, besprochen. Für die Vorlage spricht vor allen Dingen, daß wir uns bereits in einer stark aufsteigenden Welle von Arbeitslosigkeit befinden und daß in der Industrie eine größere Arbeitslosigkeit leider für den kommenden Winter und vielleicht für längere Zeit zu befürchten ist. Dazu kommt, daß auch die Beschäftigungslosigkeit innerhalb der Industrie, die nicht nur der Schwerindustrie, sondern auch einer ganzen Reihe von Industrien, die mit dieser Vorlage in engem Zusammenhang stehen, zunimmt und ein weiterer Mangel an Beschäftigung zu befürchten ist. Wir haben insolgedessen prüfen müssen, ob es richtiger ist, Arbeitslose zu bezahlen oder einer großen Reihe von Arbeitern Beschäftigung zu geben. Selbstverständ-

lich hat der letztere Gesichtspunkt in der 1. Sachkommission gesiegt. Es handelt sich bei dieser Vorlage darum, eine wirtschaftliche Möglichkeit zu schaffen, über die ich mich hier nicht weiter auszusprechen notwendig habe, weil in der Ihnen vorliegenden schriftlichen Vorlage das zur Genüge ausgeführt ist.

Maßgebend für unseren Entschluß, die Vorlage zu unterstützen, war aber auch der Gesichtspunkt, daß viele Hunderttausende von Arbeitern in der gewerbereichsten und bevölkersten Gegend Deutschlands fortwährend unter ungenügenden Wohnungen in den Städten zu leiden haben und daher darauf angewiesen sind, oft stundenweit von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnen zu müssen. Diesen Arbeitern namentlich die Möglichkeit zu schaffen, leichter an ihre Arbeitsstätten zu gelangen, wird auch eine Aufgabe der in Aussicht genommenen Schnellbahn sein.

Wir sind deshalb einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, Sie, meine Damen und Herren, zu bitten, der Vorlage zuzustimmen, die ja den Zweck hat, daß zunächst im In- und Ausland ein großer Teil der Mittel bewilligt wird, ehe die Provinzialbehörde dazu kommen wird, eine Verzinsung und Amortisation von 150 Millionen zu übernehmen und selbst mit einem Beiträge von 7 Millionen in die Erscheinung zu treten.

Es darf nicht übersehen werden — ich möchte das ausdrücklich betonen —, daß auch nach dem Dafürhalten aller Mitglieder der 1. Sachkommission die hier errechnete Summe für die Kosten der Bahn wahrscheinlich nicht unwesentlich überschritten werden wird. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Ueberbreitung in einer Zeit, wo die Industrie stärker beschäftigt ist, wo man nicht mehr mit einer starken Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, noch größer sein würde. Infolgedessen glaubt auch die 1. Sachkommission, daß der Zeitpunkt für die Arbeiten dieser Schnellbahn Köln—Dortmund augenblicklich ein geeigneter ist. Ich bitte Sie daher, folgendem zuzustimmen:

„Angeichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung, insbesondere auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beschließt der Provinziallandtag auf die Vorlage des Provinzialauschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-N. u. G. folgendes:

Sobald die nach dem Finanzierungsplan von anderer Seite aufzubringenden Mittel gesichert sind, beteiligt sich der Provinzialverband an der zu gründenden Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-N. u. G. durch Uebernahme von Aktien im Nennbetrage von 7 Millionen Reichsmark und übernimmt für die von der Aktiengesellschaft aufzunehmende Anleihe von 150 Millionen Reichsmark die Gesamtbürgschaft hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung. Zur Beschaffung der 7 Millionen Reichsmark nimmt der Rheinische Provinzialverband eine Anleihe auf, die

nach den für Kommunaldarlehen jeweils üblichen Sätzen zu verzinsen und mit mindestens 2 Prozent jährlich zu tilgen ist.

Der Provinzialausschuß wird beauftragt, das zur Ausführung der vorstehenden Beschlüsse Erforderliche zu veranlassen und über Zeitpunkt und Höhe der jeweils erforderlichen Anleihebeträge zu entscheiden bzw. die zunächst erforderlichen Beträge vor schußweise bei der Landesbank zu entnehmen."

Unter diesen Voraussetzungen bittet der 1. Ausschuß Sie, meine Damen und Herren, der Vorlage zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder.

Abgeordneter Schröder-Essen: Meine Damen und Herren! Zunächst eine Richtigstellung: Herr Dr. Hagen hat betont, daß der 1. Ausschuß einstimmig diesem Beschluß zugestimmt habe. Ich habe gleich bemerkt, daß ich als Vertreter der kommunistischen Fraktion dieses Projekt ablehne. (Abgeordneter Dr. Hagen: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren! Wir stehen bei diesem Projekt vor einem ziemlich dunklen Kapitel. Die Begründung, die dieser Vorlage gegeben worden ist, ist sehr primitiv. Die Notwendigkeit, die da angegeben wird, ist ja nicht die eigentliche Ursache, sondern die Ursache dieser Vorlage liegt ganz wo anders. Sie beweisen uns durchaus nicht etwa auf Grund statistischer Erhebungen bei der Reichsbahn und bei den gesamten Verkehrsmitteln, daß eine tatsächliche Notwendigkeit dieses Projektes gegeben wäre. Sie geben uns keinen Nachweis dafür, daß etwa in der Zukunft gleich ein ganz besonderer Aufstieg in der allgemeinen Wirtschaftslage zu verzeichnen sein wird. Im Gegenteil, die einzelnen Herren, die zum Etat gesprochen haben, haben immer bereits darauf hingewiesen, daß sich die Industrie zu einem sehr großen Teile auf Autos verlegt. Zum andern hat speziell der Herr Abgeordnete Haas bemerkt, daß in der deutschen Wirtschaft ein ziemlich starkes Knistern zu verzeichnen sei, was heute bereits zum Zusammenbruch führt. Also wir sehen durchaus keinen Beweis für die Notwendigkeit dieses Projektes, zumal uns zu einem großen Teil der Auslandsmarkt verschlossen ist: Frankreich verzichtet nach dem Vertrage auf Sachlieferungen. Man kann also damit rechnen, daß in allzu ferner Zukunft kein Aufstieg zu verzeichnen ist.

Herr Abgeordneter Schäfer hat bei seinem Referat über den Etat speziell ein Urteil zitiert, das die Eisenbahn über das Projekt der Schnellbahn abgegeben hat. Daraus ging hervor, daß die Eisenbahn selbst wohl der Ansicht sein muß, daß die Notwendigkeit dafür nicht gegeben ist, sondern daß sie sich noch in der Lage glaubt, den Personen- und Güterverkehr bewältigen zu können. Nach Rücksprache mit Eisenbahnern haben wir unzweifelhaft festgestellt, daß auch sie der Meinung

sind, daß der Transport von Menschen und Gütern nicht etwa zunehme, sondern ganz bedeutend abgenommen hat. Auf diesem Gebiete gibt es natürlich zweifellos noch eine Reihe von Möglichkeiten, den Personentransport zu heben. Es wäre vielleicht möglich, in Verbindung mit der Reichsbahn oder der Reichsregierung irgendeinen Weg zu finden, etwa mehr Schnellzugsverkehr einzurichten oder mehr Züge einzulegen. Vielleicht wäre es auch möglich, die 2. und 3. Klasse mehr zu belasten, als es jetzt der Fall ist. Gewöhnlich ist jetzt nur die 4. Klasse belastet. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, durch die ein vorliegendes Bedürfnis befriedigt werden könnte.

Nun, meine Damen und Herren, zu der Begründung, die Sie in dieser Vorlage gegeben haben. Die Begründung, die Herr Dr. Hagen heute morgen angeführt hat, mutet uns eigentümlich an. Sie verstehen, die Sache appetitlich zu machen unter dem Mantel: Alles und alles für die Arbeiter zu tun. Mit diesem Gesichtspunkte glauben Sie auch dieses Projekt begründen zu können. Sie behaupten, daß der Arbeiter nicht schnell von einer Stadt zur andern kommen kann. Sie werden natürlich von dem Gesichtspunkte ausgehen, die Arbeiter schnell von einer Stadt zur andern zu befördern, die vielleicht als Streikbrecher Verwendung finden sollen oder auch die bewaffnete Macht schneller transportieren zu können.

Nun ist es unzweifelhaft, daß auch ein Teil der Arbeiter von einer Stadt zur andern fährt, um dort beruflich seiner Tätigkeit nachzugehen. Aber von dem Gesichtspunkte lassen Sie sich nicht leiten.

Wenn Sie in der Vorlage zur Begründung noch anführen, daß dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, so kennen wir ja Ihre Methoden, die Sie bei der Verwertung der Arbeitskraft haben. Sobald Ihnen nicht der nötige Profit winkt, werden Sie ganz rücksichtslos, ob der Arbeiter mit seiner Familie leben kann oder nicht, die Betriebe einfach stilllegen. Sie brauchen uns nicht glauben zu machen, daß Sie sich von solchen Gesichtspunkten leiten lassen. Das glaubt Ihnen letzten Endes nicht einmal das dümmste Kalb aus dem Stall des Herrn Baron von Loc. (Weiterkeit.)

Nun, meine Herren, die eigentlichen Ursachen, die Sie zu dem Projekt veranlassen, das sind die 90 000 Tonnen Eisenkonstruktion, die 250 000 Tonnen Zement, die 75 Fahrzeuge, die 600 000 Kubikmeter Bettung, die 600 000 Schwellen, die 35 000 Tonnen Schienen usw. Das ist die eigentliche Ursache, warum Sie dieses Projekt so warm unterstützen.

Ich gebe zu, daß dieses Projekt vielleicht in sehr, sehr ferner Zukunft Geltung hat, aber nicht mehr für Sie, sondern für die neue, die kommunistische Gesellschaftsordnung. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Aber da wollen wir uns gar nicht auf Sie verlassen, sondern wenn wir die Zeit für gekommen erachten,

werden wir auch ohne Sie das Notwendige schaffen (Zuruf des Abg. Steinbüchel: Wir machen es jetzt schon besser!), zumal, wenn wir dieses Projekt in der jetzigen Zeit durchführen, doch nur die Proleten zum allergrößten Teil die Lasten zu tragen haben, darüber sind wir uns klar. Die Kosten werden natürlich durch Steuern auf die breiten Massen wieder abgewälzt, und dadurch wird die Belastung allgemein erzeugt. Wenn Sie wirklich Arbeitsgelegenheit schaffen wollen, gibt es natürlich auch für Sie dazu genügend Möglichkeiten. Sie brauchen nur in die einzelnen Städte hineinzuschauen und das krasse Wohnungselend zu betrachten, wo die Menschen in Höhlen wohnen oder in Wohnungen, die ihnen über dem Kopf zusammenbrechen. Sie brauchen nur festzustellen, wie überfüllt die Krankenhäuser sind. Wenn Sie Ausgaben für Säuglingsfürsorge, für Kinderheime, Arbeiterfürsorge, Kriegshinterbliebenen- und Kriegsinvalidenfürsorge machen wollen, dann gibt es Arbeit in Hülle und Fülle. Das ersetzt vollständig die Arbeit, die hier bei dem Projekt der Schnellbahn angeblich in Betracht gezogen wird. Solche Aufgaben haben noch eine größere soziale Bedeutung als dieses Projekt, natürlich nicht für Sie.

Nun, meine Herren, ist es eigentümlich, daß in der letzten Zeit nicht nur etwa dieses ein Projekt auftaucht. Wir sehen vielmehr eine ungeheure Menge von Projekten, die in Angriff genommen sind, teilweise allerdings brachliegen. Eine ganze Menge von Plänen sind aufgestellt: Mittellandkanal usw. Mein Herren! Wenn die Stellung der einzelnen Parteien und der einzelnen Kreise dazu nicht einheitlich ist, so ist das natürlich begreiflich. Die Herren aus den Kreisen der Landwirtschaft haben natürlich keine große Neigung, so ohne weiteres dem vorliegenden Projekt zuzustimmen, weil an diesen Tausenden von Tonnen die Landwirtschaft keinen allzu großen Profit hat. Wenn Kreise aus der Finanz dem Projekt im gegenwärtigen Augenblick gerade nicht sehr sympathisch gegenüberstehen, so liegt das natürlich daran, daß diese Herren sehr vorsichtig sind und glauben, daß das, was die Interessenten der Schnellbahn abwenden wollen, vielleicht durch die Schaffung des Projekts schneller herbeigeführt wird.

Meine Damen und Herren! Bei der allgemeinen Analyse, die Sie aus der allgemeinen Wirtschaftslage gezogen haben, bekommt man das Gefühl, daß wir uns einem Zustande nähern, der ungefähr dem des Oktober 1923 ähnlich ist. Das starke Knistern im Gefäß der Wirtschaft wird Sie vielleicht zu diesem Gedanken bringen. Daß Sie da Auswege suchen, läßt sich gut verstehen, zumal der Auslandsmarkt Ihnen ziemlich verschlossen ist und Sie durchaus nicht die vielleicht vorhandenen Schwierigkeiten in Rußland, die Ihnen Möglichkeiten bieten würden, zu beseitigen gedenken; Sie gehen sogar noch dazu über, diese Schwierigkeiten zu verschärfen. Natürlich sind bei Ihnen die politischen

Motive maßgebend. Aber wir sagen: Wenn Sie von dem Gesichtspunkt der allgemeinen Wirtschaft in Deutschland und der Weltwirtschaft im allgemeinen ausgehen und nicht ganz einfach so halbstarrig die Verhältnisse, die ich kurz skizziert habe, betrachten würden, so würden Sie vielleicht Wege finden, die Schwierigkeiten mit Rußland zu beseitigen, was Sie so unliebsam empfinden.

Meine Herren! Was die eine Gruppe durch die Schaffung derartiger Projekte vielleicht verhindern möchte und woran die andere gegenwärtig vielleicht nicht viel Geschmach findet, daß der allgemeine Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaftsordnung vor sich geht, das werden Sie nicht aufhalten können. Sie können es lähmen, Sie können es hemmen, das ist sicher. Sie haben zu einem großen Teil durch bestimmte Manipulationen, durch eine Täuschung der Massen bis zur SPD., versucht, die Massen von diesem Wege abzuhalten und sie mit Illusionen zu speisen. Aber Sie finden jetzt, daß nach und nach diese Illusionen schwinden. Wenn wir die allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage der einzelnen Konzerne betrachten, namentlich nach dem Krach, der an der Berliner Börse in die Erscheinung trat, so wird letzten Endes auch die Medizin des Herrn Dr. Sagen nicht helfen, der so hoch und heilig beteuert, daß durchaus keine Gefahr auf finanziellem Gebiete bestehe. Nun, wir kennen diese Methoden, sie treten immer wieder in die Erscheinung, wenn es kriselt, um nur nicht etwa die Tendenzen, die bereits in einzelnen Kreisen auf dem Börsengebiet eingesezt haben, noch mehr zu verstärken und dadurch vielleicht die Bahn der Inflation von neuem zu beschreiten.

Meine Damen und Herren! Wir sehen alle diese Dinge, die vorgehen. Wir können uns auch sehr gut in das hineindenken, was Sie in Wirklichkeit beabsichtigen, aber nicht aussprechen. Wenn ich heute Veranlassung genommen habe, Ihnen etwas die Würmer aus der Nase zu ziehen (Heiterkeit), so glaube ich wohl, daß Sie über unsere Argumente nicht sehr erfreut sein werden. Aber ich sage: Wir verstehen es. Sie können den Weg, den Sie beschreiten, auf diese oder jene Art begehen, wie Sie es wollen. Sie werden aber nicht verhindern, daß die Entwicklung der Geschichte eines Tages über Sie hinwegschreitet und wir die Triumphierenden sein werden. Dann wird der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Aufbau der neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung eintreten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbüchel.

Abgeordneter Steinbüchel: Meine Damen und Herren! Die Gründe, die Herr Schröder dazu geführt haben, gegen den Antrag zu stimmen, hat er wohl in seinen letzten wirtschaftspolitischen Ausführungen näher dargelegt. Die Gründe liegen wohl darin, daß, je größer die Arbeitslosigkeit ist, je toller die wirtschaft-

lichen Verhältnisse sind, desto mehr der kommunistische Weizen blüht. (Zuruf des Abg. Lüchem: Das ist Ihre Logik!) Ist es aber möglich, durch Beschäftigung der Arbeitslosen, durch positive, praktische Arbeit Beruhigung zu schaffen, dann blüht er eben nicht. Das sind im wesentlichen die Gründe der sich immer wiederholenden Ausführungen des Herrn Schröder gewesen.

Wir sind der Anschauung, daß durch tägliche, unermüdbliche Kleinarbeit zugunsten der breiten Massen des Volkes mehr zu erreichen ist, als dadurch, daß man sie auf ein Himmelreich nach Jahrzehnten vertröstet. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Deshalb glauben wir, daß die Stellung, die wir einnehmen, die richtigere ist. Die Herren Kommunisten werden wahrscheinlich auch die übrigen Anträge, die Summen für den Mittellandkanal und sonstige Ausgaben ablehnen, weil sie eben nach dem Prinzip handeln: Je toller, desto besser für uns.

Aber, meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit noch einige Ausführungen. Die kommunistische Partei schwankt neuerdings zwischen bloßer Agitation und praktischer Arbeit. — Mal so, mal so! — Nicht nur in Essen, sondern auch in Dortmund, Duisburg und Düsseldorf ist das Projekt der Schnellbahn mit den Stimmen der kommunistischen Partei angenommen worden. (Hört, hört! Zuruf des Abg. Schröder: In Essen ist es noch gar nicht angenommen! Was Sie sagen, stimmt nicht!) In Essen hat Herr Theissen ausdrücklich grundsätzliche seine Zustimmung zu dem Projekt der Schnellbahn gegeben. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Es handelte sich allerdings nicht um die Genehmigung einer Vorlage, sondern um die grundsätzliche Zustimmung. In den anderen Stadtverordnetenkollegien haben sich die Herren nicht geäußert und jedenfalls auch keine Gegengründe vorgebracht. In Essen hat Herr Theissen, der leider hier nicht anwesend ist — ich weiß nicht, welches der Grund ist (Zuruf: Der hat Urlaub!) —, ausdrücklich gesagt (Zuruf des Abg. Dr. Lopp: Jawohl, als Fraktionsführer!): Wir wollen durch die Schnellbahn einmal erreichen, daß Beschäftigung gegeben wird, und zweitens, daß die Arbeiterschaft von ihrem Arbeitsorte unabhängig wird. (Abgeordneter Haas: Sehr gut!) Dieser allgemeine Grund ist im übrigen auch einer der verschiedenen Gründe, die für uns maßgebend sind. Gerade die heutigen Verhältnisse drängen doch zu dieser Stellungnahme, die sehr richtig ist. Wenn Sie beispielsweise sehen, daß die Firma Krupp in den letzten zwei Jahren zwanzigtausend Metallarbeiter abgebaut hat, daß im Ruhrgebiet an vielen Stellen die kleinen Zechen eingehen, und die Arbeiterschaft oft sogar mit der elektrischen Straßenbahn zwei bis drei Stunden fahren muß, um zu ihrem neuen Arbeitsort zu kommen, dann können Sie sich denken, daß gerade aus den jetzigen Verhältnissen heraus der Standpunkt sachlich durchaus richtig ist, die Arbeiterschaft dorthin zu bringen, wo sie Geld ver-

dienen kann. Die Wohnung kann sie unter den heutigen Umständen nicht wechseln; sie ist einfach daran gebunden, das wissen wir. Sie muß also mit größter Schnelligkeit in 15—20 Minuten 10, 20, 30 Kilometer bis zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen können. Das ist der richtige Standpunkt des Herrn Theissen im Essener Stadtverordnetenkollegium gewesen, dem wir uns durchaus anschließen. Es ist daher nicht zu verstehen, weshalb die kommunistische Partei, nachdem sie sich in drei oder vier großen Städten mit der Vorlage einverstanden erklärt hat, an dieser Stelle eine andere Politik treibt. (Zuruf des Abg. Haas: Rückwärts, nicht vorwärts!) Sie liegt in der wesentlich radikalere Einstellung der kommunistischen Fraktion begründet, die vielleicht auf unseren verehrten Freund, Herrn Knab, zurückzuführen ist, während in den Kommunen doch diejenigen sitzen, die etwas mehr praktischen Blick und sachliches Verständnis für die Dinge haben.

Meine Damen und Herren! Wir sind im übrigen auch deshalb für die Vorlage, weil sie geeignet ist, Arbeitslose in größerem Maße zu beschäftigen, weil sie weiter geeignet ist, der darniederliegenden Industrie — ich erinnere an die Elektroindustrie, die Eisenindustrie, die Waggonindustrie und dergl. — Beschäftigung zu geben.

Noch ein paar Worte über die Bedenken, die namentlich in der letzten Zeit gegen das Projekt auch in verschiedenen Kommunen aufgetaucht sind. Es sind diese Bedenken, die seitens der Herren von der Industrie vorgebracht wurden. Einmal sprachen sie vom Geldmangel, sodann davon, daß das Projekt technisch nicht durchführbar sei. Ich glaube aus der Tatsache, daß die Herren von der Rechten, die doch auch in sehr starkem Maße Herren aus dem Industriegebiet unter sich haben, sich nicht zum Worte gemeldet haben, schließen zu dürfen, daß die Bedenken der Industrie neuerdings aus dem Wege geräumt worden sind.

Noch ein Wort, meine Damen und Herren! Wir haben weiter den Wunsch, daß bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft nicht nur, wie das im allgemeinen leider in der letzten Zeit stets üblich ist, ausschließlich Oberbürgermeister und Landräte in die Aufsichtsräte hineingewählt werden, sondern daneben auch diejenigen, die ehrenamtlich in den Verwaltungen eine ganz wesentliche, praktische Arbeit zu leisten haben. Auch sie müssen wissen, wie die Dinge in Wirklichkeit zugehen, und dürfen nicht nur darauf angewiesen sein, daß ihnen alle halbe oder ganze Jahre einmal von ihrem Oberbürgermeister in einer Kommission ein paar Brocken hingeworfen werden. Sie wollen angesichts der vielen Millionen Mark, die die Sache kostet, aus eigener Anschauung im Bilde sein. Ich erinnere daran, daß beispielsweise in dem Aufsichtsrat des RWG. — einer ähnlichen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung — 30—40 Oberbürgermeister und Landräte sitzen, während die Stadtverordneten fast

vollkommen, bis auf einen oder zwei, ausgeschlossen sind. Also, wir haben den Wunsch, daß die Gründer des Unternehmens, die beiden Landeshauptleute, die Oberbürgermeister der Großstädte und die Landräte, auch in entsprechender Anzahl die Stadtverordneten zur praktischen Mitarbeit heranziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich will nicht lange Ausführungen machen, sondern nur einige Richtigstellungen an der Kritik vornehmen, die Herr Abgeordneter Steinbüchel an der Haltung unserer Partei in den einzelnen Orten geübt hat.

Zunächst einmal hat er gesagt, für unseren Fraktionskollegen, den Abgeordneten Theissen in Essen, seien für seine Zustimmung zu dem Projekt zwei Punkte: die Beschäftigung einer großen Anzahl von Erwerbslosen und die durch die Schnellbahn geschaffene Unabhängigkeit des Arbeiters vom Wohnort in seinem Verhältnis zum Arbeitsort maßgebend gewesen. Diese beiden Gründe an sich teilt wohl — das kann ich ruhig sagen — der größte Teil der kommunistischen Kommunalvertreter. Daß eine erhöhte Beschäftigung der Arbeiter und auch eine möglichst Unabhängigkeit vom Wohnort dadurch erzielt werden muß, daß der Arbeiter mit größerer Beschleunigung an seinen Arbeitsort herangebracht wird, um nicht zu seiner langen Arbeitszeit noch unnötig Zeit zu verlieren, das stimmt. Aber als Herr Abgeordneter Theissen als Stadtverordneter in Essen diese Ausführungen, die hier Herr Steinbüchel angeführt hat, machte, hatte er durchaus noch keine Kenntnis von dem Gesamtprojekt und den ihm zugrunde liegenden Einzelheiten, ebensowenig, wie sie Herr Steinbüchel damals schon bis in alle Einzelheiten hinein besessen hat. — Sie winken ab, Herr Steinbüchel! Aber ich weiß, daß Sie in Essen als Stadtverordneter über das Projekt nicht mehr informiert sind, als auch wir in Köln darüber informiert sind. Wir in Köln wissen heute noch nicht einmal alle Einzelheiten des Gesamtprojekts, besonders in der Frage der Kapitalaufbringung. In Köln gibt es vielleicht zwei Leute, die das wissen; das ist unser Oberbürgermeister und Herr Louis Hagen als sein Finanzminister. (Seiterkeit.) Die wissen darüber Bescheid; aber die sonstigen Stadtverordneten wissen über die internen Einzelheiten nichts. Es ist den Fraktionen in Köln erst vor zehn Tagen eine vertrauliche Vorlage gemacht worden, die an die Fraktionsführer ging, wobei ausdrücklich gebeten wurde, in anderen Kreisen nicht darüber zu sprechen und besonders nichts in die Öffentlichkeit zu bringen. In dieser „vertraulichen“ Vorlage stand nicht mehr, als man seit Monaten in allen Zeitungen über das Projekt lesen konnte. Wir haben daraufhin eine Aussprache mit dem zuständigen Dezernenten in Köln, dem Herrn Bei-

geordneten Lehmann, gewünscht. Ich habe mich mit dem Herrn in Gegenwart unseres Fraktionssekretärs fast zwei Stunden über das Projekt unterhalten. Ich muß sagen: nach diesen zwei Stunden war ich genau so klug, wie ich vorher gewesen war. Denn dieser Herr ging in seinen Ausführungen immer nur bis zu einem gewissen Punkt, nämlich der Frage der Kapitalaufbringung. Es ist vorgesehen, daß 60 000 000 Mark Aktienkapital in den Händen der beteiligten Städte sind, und daß vielleicht 7 000 000 Mark die Rheinprovinz übernimmt. Westfalen soll auch ein Stückchen übernehmen, vielleicht 3—7 000 000 Mark; es kann sein, daß Westfalen seine Beteiligung auf 7 000 000 Mark erhöht. Aber, wo die restlichen 76 000 000 Mark Aktien, die in der künftigen Leitung und Verwaltung dieser Schnellbahn-Aktiengesellschaft vertretungsberichtig sind und damit den maßgebenden Einfluß haben, herkommen, darüber konnte uns der Herr keine Einzelheiten sagen. Er deutete nur an, daß darüber noch Verhandlungen mit den beteiligten deutschen und ausländischen Kapitalkreisen schweben, weiter nichts. Herr Steinbüchel muß jedenfalls schon sehr befreundet sein mit den Finanzkreisen, mit Herrn Louis Hagen usw., daß sie ihm aus persönlicher Freundschaft vielleicht näheren Aufschluß gegeben haben, mit welchen Summen das englische und amerikanische Kapital direkt oder indirekt an der Aktienauswertung beteiligt ist. (Seiterkeit.) Wir wissen es bis heute nicht. Wir werden einem Projekt, über dessen finanzielle Grundlagen wir so im Ungewissen sind, unsere Zustimmung nicht geben, namentlich auch deshalb nicht, weil noch nicht einmal feststeht, ob die beteiligten Kommunen, die Provinz und vielleicht auch der preussische Staat, wenn er sich beteiligen will, was heute noch nicht feststeht, die Mehrheit der Aktien und damit auch die Mehrheit in der Verwaltung haben. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, würden wir diesem gemischt-wirtschaftlichen Projekt noch nicht zustimmen, weil wir sagen: Wenn sich für diese Bahn ein wirkliches Bedürfnis in der Wirtschaft und besonders auch für die Arbeiterschaft herausstellt, dann muß die Frage von vornherein ganz anders aufgezeigt werden, als es bisher geschehen ist. Das Schnellbahnprojekt, das schon in der Vorkriegszeit schwebte, hatte in der Nachkriegszeit als hauptsächlichsten Vertreter den verstorbenen Herrn Hugo Stinnes. Die ganzen Vorverhandlungen sind von den beteiligten Industriellen und Bankkreisen im geheimen getrieben worden, und heute sollen lediglich die Stadtverordneten und Abgeordneten ihre formelle Zustimmung im Vertrauen darauf geben, daß die eigentlichen Macher der ganzen Sache die Frage der Kapitalaufbringung und der Beteiligung in der Leitung und Verwaltung ganz im Dunkeln gehalten haben und von uns verlangen, wir sollen lediglich um ihrer schönen Augen willen unsere Zustimmung zu diesem Projekt geben, während sie uns umgekehrt sagen:

Nicht wegen eurer schönen Augen, sondern weil hinter euch die Arbeiter stehen, die vielleicht kritisieren könnten, erklären wir: Wir tun es nur um der Arbeiterschaft willen. Unser Freund Schröder hat diese Phrase, daß alles nur im Interesse der Arbeiter geschähe, ja schon zur Genüge gekennzeichnet.

Die Dinge liegen also etwas anders, Herr Steinbüchel. Ich gebe Ihnen offen zu, daß über die Frage der Beteiligung an diesem Projekt innerhalb unserer Partei, besonders weil verschiedene Städte mit verschiedenen Fraktionen daran beteiligt waren, die Meinungen sehr geteilt waren. Sie waren geteilt und mußten geteilt sein, weil über das Projekt in seinen Einzelheiten gar keine Klarheit bestand und uns erschöpfende Auskünfte z. B. sogar von den Stadtverwaltungen verweigert wurden. Der größte Teil der Stadtverwaltungen sträubte sich heftig dagegen, überhaupt irgendwelche Mitteilungen zu machen. Man wollte noch nicht einmal, daß in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über das Projekt oberflächlich gesprochen würde, viel weniger noch über die internen Fragen, die damit verbunden sind. Einem solchen Projekt, da mag man auch Ihre Weisheit besitzen, Herr Steinbüchel, kann man nicht mit Klarheit gegenüberstehen. Wir können hier keinen weittragenden Beschlüssen zustimmen, weil uns genaue Mitteilungen nicht gemacht worden sind. Ich kann auch begreifen, warum die beteiligten Herren Kapitalisten inländischer und ausländischer Farbe das nicht getan haben. Sie haben alle Ursache dazu, in einem Kreise, in dem auch Kommunisten sind, ihre Pläne und Absichten nicht näher zu enthüllen. Dann würde sich ein anderes Bild ergeben, als es uns Herr Louis Hagen, der Vertreter des deutschen Finanzkapitals, das ja schon mit allen möglichen ausländischen Finanzkapitalien alliiert ist, geboten hat. Er hat behauptet, es ginge um die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft, um die Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse. Meine Herren, es geht um ganz andere Dinge, worüber ich auch aus außenpolitischen Gründen im Interesse der Arbeiterklasse vorläufig nicht sprechen will.

Aus diesen Gründen waren bei uns die Meinungen geteilt, und wir haben anläßlich des Preussischen Städtetages in Köln die Vertreter der rheinischen Städte, soweit sie unserer Bewegung angehören, zusammengeholt. Wir haben über das Projekt eine Aussprache herbeigeführt. Wir haben die Punkte, die klar standen, festgestellt, und haben die Punkte, über die Auskünfte und Unterlagen verweigert wurden, ebenfalls klargestellt. Dann kamen wir unter Beurteilung der gesamten Verhältnisse zu der Ueberzeugung: Unter diesen Umständen können wir dem Projekt nicht zustimmen.

Sie betonen jetzt: Es geschieht im Interesse der Arbeiterschaft. Sie haben aber noch Gelegenheit, die

Arbeiter zu beschäftigen und ihnen auch eine Unabhängigkeit im Verhältnis zum Wohn- und Arbeitsort zu geben, wenn Sie dafür sorgen, daß in allen Gemeinden möglichst viele Wohnungen gebaut werden. Die Finanzgewaltigen, die in Ihren bürgerlichen Parteien sitzen, sollten sich doch einmal dafür einsetzen, daß auf dem Anleihewege die nötigen Kapitalien zusammengebracht würden. Dann würden zwei Zwecke erreicht: Einmal die Beschäftigung der Arbeitslosen, zweitens aber auch, daß die Wohnungsnot in etwa eine Abhilfe findet, obwohl diese Frage auf kapitalistische Weise nicht gelöst werden kann. Darüber sind wir uns ganz klar.

Es ist deshalb ganz verfehlt von Seiten des Herrn Steinbüchel, da irgendwelche Gegensätze konstruieren zu wollen. Es ist hier genau so, wie in Ihrer Bewegung und in jeder anderen Partei: Ueber ein Projekt sind die Meinungen geteilt. Es ist auch uns bekannt, daß in Ihrer Fraktion die Meinungen sehr geteilt waren und auch heute noch geteilt sind. Ebenso war man auch im Zentrum und in den Rechtsparteien sich darüber durchaus nicht einig. Man hat dann eine Kompromißlinie gefunden und sich nach außen hin bereit erklärt, dem Projekt seine Zustimmung zu geben. Wir können es aber nicht aus den Gründen, die ich eben anführte. Würde das gesamte Projekt in rein kommunaler Regie ausgeführt, würden die gesamte Verwaltung, die gesamten Aktien und die Bürgerschaft für die Obligationen von den beteiligten Kommunen und Provinzen übernommen werden, dann wäre die Situation in etwa eine andere; dann könnten wir uns mit dieser Frage noch einmal beschäftigen. Ich glaube aber, auch dann noch würde von uns die Frage des Wohnungsbaues gegenüber der Frage des Baues einer Schnellbahn viel weiter in den Vordergrund gerückt werden müssen, als Sie (zu den Sozialdemokraten) als angeblich soziale Partei es getan haben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauknecht.

Abgeordneter Bauknecht: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat sich im wesentlichen darauf konzentriert, daß er nicht darüber Bescheid wisse, wie die Kapitalaufbringung vor sich gehen würde. In der Vorlage des Ausschusses, die wir heute vor uns haben, ist die Vorbedingung so gefaßt, daß es heißt: Wir stimmen der Vorlage als Landtag mit der Maßgabe zu, daß die nach dem Regierungsplan von anderer Seite aufzubringenden Mittel gesichert sind. Mehr weiß keiner. Aber, was wir im Provinzialausschuß gehört und aus den Vorlagen erfahren haben, genügt jedenfalls soweit, daß meiner Ansicht nach eine Partei der Arbeiter niemals sachlich in die Lage gestellt werden kann, den Standpunkt einzunehmen, den Herr Kollege Knab eben eingenommen hat. Es ist nicht

Brauch in der Arbeiterschaft, bei solch großen Projekten, die Verkehrsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft und die gesamte Bevölkerung schaffen, von vornherein so vorsichtig den kapitalistischen Kreisen, denen die Kapitalaufbringung obliegt, die Arbeit zu erleichtern. Das liegt doch sonst gar nicht in der Tendenz der Kommunistischen Partei.

Wir haben uns heute noch mit einem Antrage auf Bewilligung von einer Million für die Kinderfürsorge zu beschäftigen. Wir werden dann hören, wie sich die Kommunistische Partei mit der Aufbringung dieser Mittel abzufinden versucht. Ich habe auch noch nicht gehört, daß die Kommunistische Partei sich bereits mit dem Gedanken beschäftigt hat, wie sie, nachdem sie auf Grund ihres Programms die Betriebe zerstört hat, die nötigen Kapitalien ausbringen will, um sie weiterzuführen. (Zuruf: Von Louis Hagen!) Das wäre meiner Ansicht nach auch ein Problem, mit dem sich die Kommunistische Partei in Konsequenz ihrer Programmpunkte einmal praktisch befassen müßte.

Was Herr Schröder in allgemein programmatischen Darlegungen zur Revolutionsidee des kommunistischen Programms ausgeführt hat, hat Kollege Steinbüchel namentlich durch den Hinweis darauf widerlegt, daß die Kommunisten in den städtischen Körperschaften ganz anders gearbeitet haben als hier.

Demgegenüber ist es außerordentlich schwach, wenn Herr Knab sich hier lediglich auf die Aufbringungsmöglichkeit der Summe, die hier zur Verfügung gestellt werden soll, beschränkt. Ich kann nicht begreifen, wie man als Vertreter einer Arbeiterpartei bei einem Verkehrsprojekt, das, wie man selbst zugibt, volkswirtschaftlich, verkehrstechnisch und sozialpolitisch im Interesse der Arbeiterschaft liegt, um das zu retten, was in einer sachlichen Debatte überhaupt noch zu retten ist, sich auf die Kapitalaufbringung im wesentlichen konzentrieren kann. (Sehr wahr! bei den Sozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich will dem Herrn Bauknecht nur sagen: Ich habe mich nicht im wesentlichen „auf die Kapitalaufbringung konzentriert“.

Der SPD. will ich folgendes sagen: Es hat auch einmal eine Zeit gegeben, wo auch sie für sich in Anspruch nahm, eine Arbeiterpartei zu sein. Damals haben Sie Ihre Zustimmung nur Betrieben gegeben, die in kommunaler Regie waren. Es gab eine Zeit, da hat Ihre Partei sich auch gegen jeden gemischt-wirtschaftlichen Betrieb ausgesprochen, und diese Zeit war nicht nur vor dem Kriege, sondern auch noch nach dem Kriege, und wir kennen heute noch einige Gemeinden in Deutschland, wo noch die letzten Reste Ihrer Arbeiterbewegung vorhanden sind, so z. B. Sachsen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Sachsen

sprechen sich die Arbeiter entgegen dem Willen ihrer Parteiführer immer noch für rein kommunale Betriebe aus. Es hat auch in Ihrer Vergangenheit rein theoretisch der Standpunkt existiert: Man spricht sich nur für rein kommunale Betriebe und nicht für gemischt-wirtschaftliche Betriebe aus.

Wenn Sie heute den Standpunkt einnehmen, Herr Bauknecht, was wir tun, wäre nicht im Interesse der Arbeiterschaft, so überlasse ich das dem Urteil der Arbeiterschaft selbst. Sie haben angeblich als Vertreter der SPD. gesprochen, in Wirklichkeit aber den offiziellen Standpunkt der preussischen Staatsregierung als Ministerialrat zum Ausdruck gebracht, denn ich garantiere Ihnen, daß jeder Beamte im Wirtschaftsministerium denselben Standpunkt einnehmen wird. (Lolche des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Knab, wenn Sie längere Ausführungen machen wollen, wozu ich Sie nicht verleiten will (Heiterkeit), dann bitte ich Sie, zum Rednerpult zu kommen.

Abgeordneter Knab: Ich wollte Sie auch nicht verleiten, mich zu unterbrechen. (Zuruf des Vorsitzenden Dr. Jarres: Das war nicht meine Absicht!) Ich will keine längeren Ausführungen machen, ich bin schon fertig.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauknecht.

Abgeordneter Bauknecht: Wenn ich hier rede, spreche ich selbstverständlich im Auftrage meiner Partei als Sozialdemokrat und nicht in meiner amtlichen Eigenschaft. Das dürfte auch Herrn Knab bekannt sein. Es ist bedauerlich, daß er die Dinge immer auf ein persönliches Gleis bringt, wenn er glaubt, der Mensch sei seinem Meßfaden oder seiner Stellung nach verwundbar. Das ist ein unschöner Zug, der mit Sachlichkeit nichts zu tun hat.

Grundsätzlich treten wir selbstverständlich als Sozialdemokraten dafür ein, daß die Dinge möglichst in kommunale Regie kommen. Da aber, wo die Kommunen finanziell nicht so stark sind, um solch große Probleme überhaupt in Angriff nehmen zu können, da, wo sie ohne die Ingenieure und ohne die Privatindustrie, die darauf eingerichtet ist, technisch nicht in der Lage sind, die Dinge in die Hand zu nehmen, treten die Sozialdemokraten aus rein sachlichen Gründen für gemischt-wirtschaftliche Betriebe ein, ohne ihren programmatischen Standpunkt aufzugeben. (Zuruf des Abg. Lüchem: Sie treten noch für etwas ganz anderes ein!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich lasse über die Vorlage abstimmen und bitte die Damen und Herren, die für den Ausschußantrag sind, sich von den Sitzen zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Vorlage ist angenommen.

Punkt 3: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provin-

zialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit des Landesrats Knell.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Ich kann nur wiederholen, was ich gestern bereits ausgeführt habe. Die Amtszeit des Herrn Landesrats Knell läuft am 31. März nächsten Jahres ab. Der Provinzialausschuß hat beantragt, die Wiederwahl unter den üblichen Bedingungen vorzunehmen. Der 1. Sachausschuß hat empfohlen, die Wiederwahl vorzunehmen, und zwar ohne Bedenken zu äußern.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haud.

Abgeordneter Haud: Ich möchte nur darauf hinweisen: Unsere Fraktion hatte gestern gebeten, diese Sache bis Mittwoch zurückzustellen. Sie ist trotzdem heute auf die Tagesordnung gekommen. Es ist gestern von Herrn Haas hier beantragt worden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Soviele ich weiß, war Vertagung auf heute gewünscht. (Widerspruch.) Aber wenn der Wunsch besteht, die Sache nochmals zu vertagen, müssen wir den Herrn Berichterstatter morgen wieder bitten. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Die Sache kann erledigt werden! Zustimmung.)

Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. (Zuruf des Abg. Knab: Lassen Sie, bitte, abstimmen!) Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Dann ist dem Antrage des Ausschusses entsprochen.

Punkt 4: Antrag des 4. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Übernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung der Provinzialverwaltung.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Die Nummer 23 der Drucksachen enthält den Antrag des Provinzialausschusses. Sie geht zurück auf C Nr. 6, Titel II, Seite 12, des Etats. Der vorjährige Provinziallandtag hatte beschlossen, den numerus clausus, der bisher bei der Provinzialstraßenbauberwaltung bestand, wonach keine neuen Straßen mehr in den Provinzialverband übernommen werden sollten, aufzuheben. Die neuen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse ließen es nicht mehr tragbar erscheinen, für Strecken, in denen sich ein neuer Durchgangsverkehr entwickelt hat, die Kreise und Gemeinden dauernd mit der Unterhaltungslast zu beschweren, und es mußte ein größerer Körper, die Provinz, eintreten, um die Last zu tragen.

Die Provinz hat in dankenswerter Weise dieser Anregung Folge geleistet, und sie hat im ganzen

2000 Kilometer als aufnahmebedürftig angenommen. Es ist da ein Unterschied zu machen zwischen der Aufnahmebedürftigkeit und der Aufnahme-fähigkeit. Die Provinz läßt nur diejenigen als aufnahme-fähig gelten, die erstens aufnahmebedürftig nach den allgemeinen Verkehrsverhältnissen sind und die zweitens ausgebaut sind nach Maßgabe der allgemeinen Bedingungen, wie sie für die Provinzialstraßen bestehen. Es ist erstens die nötige Breite, zweitens Innehaltung der Höchstgrenze der Steigung und drittens Befestigung des Planes nötig. Bevor diese drei Forderungen vollständig ausgeführt sind, wird die Provinz keine Straße übernehmen. Der Ausbau liegt in dieser Hinsicht den betreffenden Gemeinden oder Kreisen ob. Da diese aber nicht so leistungsfähig sind, um diese großen Kosten zu tragen, so ist im Etat, zur Unterstützung der Gemeinden, ein Betrag von 600 000 Mark eingesezt. Diese 600 000 Mark sollen so verwandt werden, daß je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden die Provinz die Hälfte bis zu einem Drittel der Kosten trägt, das übrige müssen eben die bisher als Eigentümer bestehenden Gemeinden und Kreise aufbringen. Die Provinz hat nach Verhandlung mit den Gemeinden und Kreisen 390 Kilometer als für den diesjährigen Ausbau geeignet ange-sezt. Sie finden die Unterlagen in Nr. 23. Diese 390 Kilometer, die sich — die Karte ist ja auch beige-fügt — auf die ganze Provinz in kleinen Stücken verteilen, haben natürlich eine Reihe nicht erfüllter Wünsche ausgelöst, deren Berechtigung sich der 4. Sachausschuß nicht vollständig verschließen konnte. Der 4. Sachausschuß hat daher begehrt, daß im nächsten Provinziallandtag Klipp und klar diese 2000 Kilometer, die als aufnahmebedürftig von der Provinz angesehen werden, bezeichnet werden, daß dann mit den einzelnen Gemeinden verhandelt wird und nach Maßgabe dieser Verhandlungen in Zukunft ein höherer Betrag eingesezt wird.

Der Antrag lautet:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag unverändert annehmen, den Provinzialausschuß aber beauftragen, dem nächsten Provinziallandtag eine Vorlage über die für die nächsten Jahre zur Übernahme überhaupt vorgesehenen Gemeinde- und Kreisstraßen (rund 2000 Kilometer) zu machen und für den Ausbau einen möglichst hohen Betrag vor-zusehen.“

Der Betrag ist absichtlich nicht eingestellt worden, weil man nicht weiß, wie die Verhandlungen mit den einzelnen Gemeinden und Kreisen ausgehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Herr Abgeordnete Dr. Saafen hat den Antrag gestellt, die Punkte 4, 5 und 9 zu gemeinsamer Berichterstattung und Erörterung zusammenzufassen. Ich halte das für zweckmäßig und bitte, demgemäß zu beschließen. Ich bitte dann

den Berichterstatter, zu den Punkten 5 und 9 den Bericht zu erstatten.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Der Antrag 5 hat folgende Veranlassung: Durch die neue Zollgrenze, die wir an den Grenzen von Luxemburg, der Saar und Elsaß-Lothringen haben, sind vollständig neue Verhältnisse geschaffen worden. Die Zollfreiheit, die mit diesen drei Staaten bzw. Verbänden bisher bestand, ist aufgelöst. Das ganze Straßennetz lag zum größten Teil auf der Seite des jetzt von uns abgeschlossenen jenseitigen Zollgebietes. Der Binnenverkehr ist damit unterbunden, und es muß zur Herstellung des Zollbinnenverkehrs unbedingt etwas geschehen. Eine Zusammenstellung des Regierungspräsidenten von Trier gibt die Anzahl dieser nötigen Kilometer auf 214 mit einem Kostenbetrag von rund 12 Millionen Mark an. Der Sachausschuß stand auf dem Standpunkt, daß es Sache des Reiches sei, für diese durch völkerrechtliche Verträge abgeänderten Verhältnisse einzutreten. Er glaubt nicht, dem Provinziallandtag empfehlen zu können, daß er für diese Pflicht, die das Reich hat, eintritt. Der Sachausschuß hat, entsprechend dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, beschlossen:

„Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, bei der Staats- bzw. Reichsregierung vorstellig zu werden, daß diese zur Anlage neuer Durchgangsstraßen und zum Ausbau von Gemeindefwegen, welche in das Provinzialstraßennetz übernommen werden sollen, Mittel zur Verfügung stellen. Provinziallandtag ist der Meinung, daß eine Unterstützung von Reich und Staat wenigstens insofern verlangt werden muß, als der Ausbau der Straßen durch die neue Grenzziehung und die dadurch notwendige Umstellung der Wirtschaft bedingt ist. Zudem sind gerade die Gemeindefwege infolge des Ruhrkampfes noch in einem Zustande, der ohne Hilfe von Reich und Staat nicht gebessert werden kann.“

Der Provinziallandtag wolle diesen Antrag der Sachkommission unverändert annehmen.

Dann kommt Punkt 9. Hier liegt ein Antrag von Dr. Esch und Genossen vor, der drei Abteilungen enthält. Der erste Punkt heißt:

„Der Provinziallandtag nimmt von der Denkschrift des Regierungspräsidenten von Trier über die wirtschaftliche Notlage, speziell über die Verkehrsnot dieses Bezirks, Kenntnis und unterstützt die darin enthaltene Forderung auf Übernahme der gesamten Kosten des Ausbaues der durch den Versailler Vertrag erforderlich gewordenen Grenzstraßen auf das Reich.“

Dieser Antrag ist durch den Antrag der Arbeitsgemeinschaft, der sich mit ihm deckt, erledigt.

Zum zweiten Teil des Antrages wird der Provinzialausschuß ersucht, bei der Verwendung des Restbetrages von 520 000 Mark der im Haushaltsplan zur

Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues vorgesehenen Mittel auf den Trierer Bezirk speziell Rücksicht zu nehmen. Diesem Antrage liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Bei der Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues bei Titel I Nr. 1 des Etats auf Seite 12 finden Sie in diesem Jahre einen Ausgabeposten von 1 900 000 Mark, während früher nur 600 000 Mark eingesetzt waren. Der vorige Provinziallandtag hat im Ausschuß beschlossen, den Betrag deshalb zu erhöhen, weil die Unkosten ganz unverhältnismäßig gestiegen sind. Es war eine minimale Forderung, diese 1 900 000 Mark einzusetzen. Der Provinzialausschuß hat im Vertrauen darauf, daß der Provinziallandtag diesen Etat genehmige, bereits eine Unterverteilung vorgenommen. Es ist als Rest eine halbe Million geblieben. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß davon mindestens 300 000 Mark für unvorhergesehene Notfälle zurückbehalten werden müssen, z. B. für Wegschwemmung von Brücken oder ähnliche Unglücke, so daß noch über 200 000 Mark frei verfügt werden kann. Diese 200 000 Mark sollen nach Antrag der Sachkommission so verwendet werden, daß sie an bedürftige Kreise, insbesondere an den Regierungsbezirk Trier, zur Auszahlung kommen.

Damit glaubt die Sachkommission, den zweiten Teil des Antrages Esch als erledigt ansehen zu können.

Der dritte Teil des Antrages Esch heißt:

„Die im gleichen Haushaltsplan unter Titel II vorgesehene Summe von 600 000 Mark für die Instandsetzung bzw. den Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übernehmenden Gemeinde- und Kreisstraßen bereits mit Wirkung für das laufende Rechnungsjahr um 400 000 Mark und mit Wirkung vom nächsten Rechnungsjahre um weitere 100 000 Mark zu erhöhen, um mit Hilfe der erhöhten Mittel in verstärktem Maße durch Übernahme von Kreis- und Gemeindefstraßen eine Verbesserung der völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse und zugleich die dringend erforderliche Entlastung der schwer leidenden Notstandsgebiete der südlichen Rheinprovinz zu erreichen.“

Für die Notstandsverhältnisse der südlichen Rheinprovinz möchte ich anführen, daß durch den Niedergang der Wirtschaft im Saarbecken und in Luxemburg, besonders durch den Rückgang des Frankens, alle diese sogenannten Frankengänger, die im Frankenland ihre Arbeitsstätte gesucht haben, jetzt zurückwandern. Von den Heimkehrenden ist ein großer Teil erwerbslos geworden. Man glaubt, durch Verstärkung des Straßenbaues diese Erwerbslosen beschäftigen zu können. Der Sachausschuß ist aber der Ansicht, daß in diesem Jahre eine Erhöhung der 600 000 Mark nicht mehr in Frage kommen kann, weil die Gemeinden dann auch ihrerseits nicht mehr mitkommen können. Denn die Gewährung der 600 000 Mark, die die Provinz den

Gemeinden und Kreisen gibt, setzt eine Leistung von ungefähr 1 Million Mark bei den Kommunalverbänden voraus. Er glaubt nicht, daß eine stärkere Anziehung der Leistungsfähigkeit dieser Kommunen möglich ist.

Der Sachausschuß glaubt, daß durch die Festlegung des ganzen zukünftig aufzunehmenden Straßenbaunetzes von 2000 Kilometern und durch die planmäßige Ausführung dieses Ausbaues den Trierer und den übrigen Verhältnissen voll und ganz Rechnung getragen werden kann, er bittet daher, auch diese Sache durch den Vorhin unter Nummer 4 schon vorgetragenen Antrag als erledigt anzusehen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Ich kann mich dem hier vorgetragenen Standpunkt des Sachausschusses nicht anschließen. Ich bin der Auffassung, daß die Notlage auf wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiete im Bezirk Trier es nicht gestattet, die Pläne längere Zeit hinauszuschieben. Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß der Bezirk Trier, der bisher reines Zollbinnenland war, durch die Auswirkungen des Versailler Vertrages zum reinen Zollgrenzland geworden ist. Im Norden beginnend, haben wir heute die neubelgische Grenze, dann die luxemburgische, dann die elsass-lothringische, also heute französische Grenze, und endlich liegen wir in der Südwestecke neben dem Saargebiet. Welche katastrophalen Wirkungen diese Veränderung auf die Wirtschaft des Bezirks gehabt hat, brauche ich nicht zu schildern. Die Frachten für unsere Industrie und unseren Handel sind derart, daß die Mehrzahl der Unternehmungen unmittelbar vor dem Ruin stehen. Auch die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft und des Winzerstandes, bei diesem durch die Auswirkungen des spanischen Handelsvertrages, ist eine derartige geworden, daß der Notstand Ausmaße annimmt, die, wie ich glaube, den Herren aus dem nördlichen Teil der Provinz doch noch nicht zur Genüge bekannt sind.

Auf der Grenze lagen bisher sämtliche Verkehrswege auf luxemburgischem und saarländischem Gebiete. Hier handelt es sich darum, den Leuten, die durch die neue Zollgrenze vielfach vollkommen von dem deutschen Wegenez abgeschnitten sind, endlich wieder Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen.

Es kommt hinzu, daß die Notlage, die für unsere Industrie im kommenden Winter zu erwarten ist und uns aller Voraussicht nach auch wieder eine verstärkte Arbeitslosigkeit bringen wird, sich in sehr verstärktem Maße in der Saarindustrie bemerkbar machen wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in erster Linie die diesseits der Grenze wohnenden Arbeiter abgebaut zu werden pflegen. Wir glauben, daß die Erwerbslosigkeit diese Leute besonders hart trifft, weil sie schon in der jetzigen Zeit, wo sie noch beschäftigt sind, bei den

larken Frankenlöhnen, die sie verdienen, auch nicht im entferntesten das Notwendige haben, um ihre Existenz fristen, erst recht nicht, um Reserven zurücklegen zu können.

Wir glauben, daß es notwendig ist, Notstandsarbeiten noch in diesem Jahr zu schaffen, die es einmal gestatten, die Erwerbslosen zu beschäftigen und den in gleicher wirtschaftlicher Notlage befindlichen vielen Kleinbauern und Kleinwinzern eine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu schaffen, und die gleichzeitig den Verlehrsnöten abhelfen.

Wir hoffen, daß der Antrag, den der Provinzialausschuß an die Reichs- und Staatsbehörden stellen wird zur Erfüllung dieser Aufgaben, die im wesentlichen durch den Versailler Vertrag bedingt sind, Reichs- und Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, Erfolg haben wird. Wir wissen aber aus den Erfahrungen der früheren Jahre, daß Reich und Staat im allgemeinen nur dann einspringen, wenn auch die örtlichen Beteiligten — das ist in diesem Falle vor allem auch die Provinzialverwaltung — ihrerseits bereit sind, Mittel für den Zweck zur Verfügung zu stellen. Um nun für den Fall, daß Reich und Staat bereits in diesem Rechnungsjahr derartige Mittel aufbringen werden, die Projekte nicht an dem mangelnden Beschluß des Provinziallandtages scheitern zu lassen, haben meine Freunde mich beauftragt, folgenden Antrag zu stellen:

„Falls Reich und Staat zur Behebung der Verlehrsnot in den Grenzgebieten Mittel zur Verfügung stellen, wird der Provinzialausschuß ermächtigt, über den im Haushaltsplan zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues unter Titel II vorgesehenen Betrag von 600 000 Mark hinaus, soweit die Finanzlage es gestattet, Beihilfen zum Ausbau der betreffenden Wege zu bewilligen.“

Ich darf bemerken, daß der Herr Landeshauptmann sich mit der Fassung des Antrages einverstanden erklärt hat. Er bringt uns zwar nicht die volle Erfüllung unserer Wünsche. Wir glauben aber, daß damit den größten Notständen begegnet werden kann.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mehne.

Abgeordneter Mehne: Meine Damen und Herren! Es ist im 4. Sachausschuß wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es unzweckmäßig ist, wenn aus den verschiedenen Gebieten der Provinz Einzelanträge gestellt werden, wenn womöglich jeder einzelne Abgeordnete für irgendein bestimmtes Projekt eintritt. Es ist nicht möglich, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Bewilligungen müssen sich vielmehr nach den vorhandenen Mitteln richten.

Ganz anders liegen aber die Verhältnisse im südlichen Teil der Rheinprovinz, wo tatsächlich, wie Herr Regierungspräsident Dr. Saafen schon vorgetragen hat, außergewöhnliche Verhältnisse dazu geführt haben,

daß die Wegeverhältnisse den jetzigen Verkehrsansprüchen nicht mehr genügen. Dazu kommt die Niederlage des gesamten wirtschaftlichen Lebens, wie sie durch die gegenwärtige Frankenlöhnung herbeigeführt ist. Die nach dem jetzigen Auslande abgewanderten Arbeiter kommen mit leeren Händen heim. Sie können mit ihrer Frankenwährung im Auslande nichts kaufen, weil sie die Zollgrenze passieren müssen, und erst recht können sie mit ihrer Frankenlöhnung im Inlande nichts anfangen.

Es liegt deshalb wirklich im Interesse des südlichen Teiles der Rheinprovinz, der besonders schwer unter diesen Verhältnissen leidet, daß wir dem Antrage Saafen zustimmen. Wir können es um so leichter tun, weil Voraussetzung für die Bewilligung der Provinz sein soll, daß zunächst Reich und Staat etwas für die Sache tun. Erst, wenn von dieser Seite Mittel bewilligt sind, soll die Provinz im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeit Zuschüsse leisten. Ich bitte Sie deshalb ebenfalls, diesem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse zunächst über Punkt 4, Drucksache Nr. 40, abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. Das ist angenommen.

Dann Drucksache 41 mit dem Zusatzantrag von Dr. Saafen und Genossen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Endlich Antrag zu Punkt 9, Drucksache 45. Diejenigen, die dafür sind, bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist angenommen.

Wir kommen zu

Punkt 6: Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der „Rheinischen Verkehrsgesellschaft, A.-G., Köln und an Betriebsgesellschaften“.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Freiherr von Salis Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis Soglio: Meine Damen und Herren! Der Provinzialausschuß schlägt Ihnen vor, die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Rheinischen Verkehrsgesellschaft zu Köln mit einem Betrage von 500 000 Mark zu genehmigen, ebenso die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Rheinischen Kraftwagenbetriebsgesellschaft m. b. H. mit 50 000 Mark, jedoch mit der Maßgabe, daß die gesamte Beteiligung des Provinzialverbandes an Betriebsgesellschaften — er ist bereits mit 150 000 Mark an der Betriebsgesellschaft beteiligt — 200 000 Mark nicht überschreiten soll. Die Mittel zu diesen Beteiligungen sollen zunächst vorschußweise von der Landesbank entnommen werden.

Dem 4. Sachausschuß erschien es unerwünscht, daß eine derartige Entwicklung, wie sie der Auto- und Omnibusverkehr genommen hat, von der Verwaltung vollkommen losgelöst sei. Die Straßen werden derart belastet, daß die Provinz selbst in den ganzen Verhandlungen beteiligt sein muß. Es kommen da auch gewisse Projekte mit der Reichspost in Frage. All diese Bestrebungen werden sich einheitlicher und besser gestalten, wenn die Provinz auch im Aufsichtsrat mitbeteiligt ist.

Wir waren im 4. Sachausschuß, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, die Widerspruch erhob, einstimmig der Ansicht, den Antrag des Provinzialausschusses dem Provinziallandtag zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Tillmanns.

Abgeordneter Tillmanns: Meine Damen und Herren! Meine Freunde in der Arbeitsgemeinschaft stimmen der Vorlage zu. Sie tun es allerdings nicht ohne gewisse Bedenken. Wir sind der Auffassung, daß das Arbeitsgebiet der Provinzialverwaltung im Laufe der Jahre ein so vielseitiges und umfangreiches geworden ist, daß man ohne zwingende Notwendigkeit nicht an neue Aufgaben herangehen sollte, und uns will scheinen, daß die zwingende Notwendigkeit der Beteiligung an diesen Gesellschaften in der Vorlage nicht nachgewiesen ist.

Nach Drucksache 25 gehört zu den Aufgaben der Gesellschaft: Einkauf bzw. Herstellung von Material: Wagen, Garagen, Tankanlagen, Ersatzteilen, Werkzeugen, Betriebsstoffen, Vereifungen usw. Hiernach würde die Möglichkeit bestehen, eine Automobilfabrik, eine Werkzeug- und Ersatzteilkabrik einzurichten, Großhandel in Benzin, Del usw. zu betreiben. Uns erscheint gerade das nicht unbedenklich. Wir hätten es lieber gesehen, und wir sprechen diese Erwartung aus, daß man sich in dieser Beziehung auf das Allernotwendigste beschränkt, etwa auf die Errichtung einer Reparaturwerkstelle, und daß man nicht ohne Not in die Sphäre der Industrie und des Großhandels eingreift. (Abgeordneter Bamberger: Hört, hört!)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Ich möchte nur etwas ergänzen, was der Herr Berichterstatter in seinen Ausführungen nicht zum Ausdruck gebracht hat. Er sagte nämlich, daß der Ausschuß einstimmig, mit Ausnahme des Vertreters unserer Fraktion, für dieses Projekt gewesen sei. Nachdem der Vertreter unserer Fraktion über das Projekt in der Fraktion Bericht erstattet hatte, haben wir uns des näheren darüber auseinandergesetzt. Ich konnte dabei mit neuem Material dienen, das in der Vorlage selbst nicht enthalten ist, das ich aber aus einem Vortrage des Kölner Dezer-

nennten, des Herrn Beigeordneten Lehmann, über die Rheinische Verkehrsgesellschaft in Köln erhalten hatte. Nachdem wir davon Kenntnis nehmen konnten, daß bei der Rheinischen Verkehrsgesellschaft in Köln das bisherige Aktienkapital ausschließlich in Händen der beteiligten Land- und Stadtkreise ist, wenn auch mit der Maßgabe, daß die beteiligten Kommunalverbände oder Gemeinden berechtigt sind, bis zu 15 Prozent ihrer Aktien an Interessentenverbände abzutreten, hat unsere Fraktion den Standpunkt unseres Vertreters im Ausschuß dahin geändert, daß wir hier im Plenum dem Vorschlage zustimmen werden. Ich brauche darüber im einzelnen keine Ausführungen mehr zu machen. Es handelt sich hier im Gegensatz zu dem Schnellbahnprojekt, soweit das verkehrspolitische Moment in Frage kommt, um wesentlich andere Bedürfnisse für die Arbeiterschaft, die gerade in den Revieren, die rechts und links des Rheins und seiner Zuflüsse liegen, heute noch auf Fahrrädern oder zu Fuß zur Arbeitsstelle müssen. Wo heute keine Verkehrsverbindungen vorhanden sind, können sie leicht und ohne große Kosten durch Autolinien geschaffen werden. Die Rheinische Schnellbahn dagegen, die nur an den Hauptstationen Köln, Düsseldorf, Dortmund, Oberhausen usw. hält, kommt für die große Masse der Arbeiterschaft nicht in Frage, da keine Arbeiter von Köln nach Düsseldorf mit der Schnellbahn fahren werden. Was dorthin zur Arbeit fährt, kommt meistens aus den Stationen zwischen Köln und Düsseldorf, wo aber die Schnellbahn nicht halten wird. Dort halten nur die Personenzüge und vermitteln den Verkehr, und sie werden diesen Verkehr auch dann noch aufrecht erhalten, wenn die Schnellbahn einmal eingeführt ist. Für die Autolinien dagegen kommt ein Halten an allen Stationen in Frage, wo heute keine Schnellbahn, keine Straßenbahn, keine Kleinbahn, kein Eisenbahnverkehr vorhanden ist. Sie kommt also für den unmittelbaren Verkehr der im Produktionsprozeß stehenden Arbeitnehmer in Frage. Das ist für uns einer der wesentlichsten Gründe, diesem Projekt zuzustimmen, um so mehr, als bei dem Projekt keine großen Summen der Gemeinden aus laufenden Mitteln und auch keine großen Summen für Rückversicherungen in dem Maße wie bei der Schnellbahn von den beteiligten Gemeinden bezüglich der Obligationen usw. übernommen werden müssen. Hier werden vielmehr Verkehrseinrichtungen geschaffen, deren Rentabilität größer sein wird, als bei der Schnellbahn. Hier haben vor allem die Gemeinden eine gewisse Bürgschaft dafür, daß die Mittel, die sie aufwenden, ihnen nicht durch eine spätere Spekulation der beteiligten Industrie- und Bankkreise wieder aus den Händen genommen werden.

Aus diesen Gründen hat sich unsere Fraktion entschlossen, der Vorlage, wie sie der Provinzialausschuß uns vorgelegt hat, ihre Zustimmung zu geben.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich schließe die Besprechung, da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage der beiden Sachausschüsse ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. (Zuruf Bamberger: Das ist einstimmig!) Es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 7: Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau einer Autostraße Aachen—Köln.

Hierzu sind zwei Berichterstatter ernannt. Für den Sachausschuß 4 hat das Wort Herr Dr. Hüser.

Abgeordneter Hüser: Meine Damen und Herren! Deutschland wird nicht daran vorbeikommen, ähnlich, wie das im gesamten Ausland schon in großem Maße der Fall ist, eigene Straßen für den Automobilverkehr zu bauen. Die in starker Entwicklung begriffene neue Verkehrsart, die Waren und Güter vom Erzeuger zum Produzenten auf möglichst kurzem Wege ohne Umladen bis in die entferntesten Orte zu bringen, kann und darf nicht unterbunden werden. Die bestehenden Landstraßen sind nicht in der Lage, einen solch starken Verkehr aufzunehmen. Abgesehen von der Vermehrung der Gefahr und von der Behinderung in den Ortschaften und Städten, würden die Straßen in kürzester Zeit durch den Verkehr aufgerieben sein. Die Eisenbahn kann ihrer ganzen Natur und Einrichtung nach diesem neuzeitlichen Verkehr nicht Rechnung tragen. Am wenigsten kann die jetzt in Frage kommende Strecke Aachen—Köln, auf der ja ein weiterer Ausbau leider unterbunden ist, ihm Rechnung tragen. Es bleibt nichts anderes übrig, als dem Automobil als neuestem und wesentlichstem Verkehrsmittel eine eigene Bahn zu bauen. Letzten Endes ist beachtlich, daß durch einen solchen Bau zahlreiche Arbeitslose ihren Berufen wieder zugeführt werden können.

Der Sachausschuß 4 schlägt dem Hohen Hause vor, den Antrag des Provinzialausschusses, wie er in Drucksache 24 wiedergegeben ist, unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat der Mitberichterstatter für den 1. Sachausschuß, Herr Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Berichterstatters des 4. Sachausschusses habe ich als Berichterstatter des 1. Sachausschusses nur einige wenige Bemerkungen zuzufügen.

Im 1. Sachausschuß wurden angesichts der großen finanziellen Tragweite, die auch diese Vorlage hat, mancherlei Bedenken geäußert. Vor allem gegenüber dem Schlusse von Nr. 4 des Antrages, der dahin geht, solange die Aufnahme einer Anleihe nicht tunlich ist, die Mittel vorläufigweise bei der Landes-

bank zu entnehmen sind. Man konnte sich nicht ganz der Sorge entschlagen, daß bei den großen Summen, um die es sich bei diesen Unternehmungen handeln wird, die Landesbank geschwächt werden könnte. Es ist deshalb an den Direktor der Landesbank die besondere Bitte gerichtet worden, nach dieser Richtung hin achtsam zu sein. Wenn wir trotzdem, soweit ich mich erinnere: einstimmig, dem Projekt zugestimmt haben, so ist es geschehen, weil wir die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Vorlage nach allen Richtungen hin anerkennen mußten. Es handelt sich tatsächlich um eine rein wirtschaftliche Maßnahme, und zwar um eine Maßnahme, die wir nicht mehr hinauschieben können.

In der Ecke Stolberg, Düren, Eschweiler ist ohne Frage ein Mangel an Verkehrsmöglichkeiten vorhanden, dessen die Reichsbahn nicht ohne weiteres Herr werden kann. Wir glauben uns verpflichtet, gerade dieser Notende der Rheinprovinz auch nach dieser Richtung hin tunlichst entgegenzukommen.

Ich darf darauf hinweisen, daß bei der vor etwa vier Wochen stattgefundenen Jubelfeier des 75jährigen Bestehens der dortigen Handelskammer ein Notschrei der beteiligten Kreise in das Land ergangen ist, in dem man darlegte, daß in der Tat die Verkehrsverhältnisse, wie sie jetzt liegen, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können.

Ich darf hier von einem Schreiben Mitteilung machen, das die Reichsbahndirektion Köln der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter dem 14. Juni an den Vorsitzenden des Provinziallandtages gerichtet hat und das in der 1. Fachkommission zur Verlesung gekommen ist. Dieses Schreiben nimmt auf Äußerungen bezug, die vor einigen Tagen hier im Provinziallandtag gefallen sind und bei denen — es handelte sich wohl um eine der Etatsreden — einer der Redner ausgeführt hat, daß die Reichsbahn gewissermaßen versagt habe, daß sie nicht in der Lage sei, den Verkehr von sich aus in genügender Weise zu bewältigen, daß aber dennoch die Reichsbahn nicht gerade geneigt sei, dieses Projekt zu fördern. Demgegenüber hat die Reichsbahn hier zum Ausdruck gebracht, daß eine Stellungnahme zu dem Projekt der Autostraße an sich von ihr aus in keiner Weise beabsichtigt gewesen sei, daß es der Reichsbahn vielmehr — es handelt sich da um einen Artikel, der in der „Kölnischen Zeitung“ im Anschluß daran erschienen war — nur darauf ankomme, gegen eine in unzulänglichen Verhältnissen der Reichsbahn gesuchte Begründung dieses Projekts, wie sie in der „Kölnischen Zeitung“ vor einigen Tagen versucht worden sei, Stellung zu nehmen. Es wird dann betont, daß es lediglich die Absicht der Widerlegung einer unrichtigen und die Bedeutung der Reichsbahn beeinträchtigenden Behauptung gewesen sei, die zu diesem Artikel geführt habe, und daß in der Angelegenheit der Autostraße in anderer Weise das Wort zu

nehmen der Reichsbahn durchaus ferngelegen habe. Ich hielt mich für verpflichtet, der Öffentlichkeit von diesem Schreiben der Reichsbahn Kenntnis zu geben.

Aus den Gründen, die mein Herr Vorredner bereits angeführt hat, und aus den von mir hinzugefügten Gründen bitten wir, der Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir treten in die Besprechung ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Auch unsere Fraktion stimmt dem Projekt zu, weil das Kapital, das die Kommunalverbände zum Bau dieser Straße aufzuwenden haben, seine Verzinsung — wenigstens nach den Versprechungen — durch eine entsprechende Gebührenordnung finden wird. Es ist eine verkehrspolitische Notwendigkeit, der man sich nicht verschließen kann.

Wir möchten aber bei der Gelegenheit unserem Bedauern Ausdruck geben, daß in dem beigehefteten Plan für die projektierte Autostraße die bisherige Landstraße, soweit sie nach Aachen durchgeführt ist, nicht auch eingezeichnet wurde, damit man sieht, wo die Kreuzungen und die Schneidungen dieser projektierten Straße mit der Bahnlinie oder mit der alten Landstraße sind, die unserer Kenntnis nach in sehr vielen Teilen von der geplanten Autostraße um ein erhebliches abweicht bzw. große Abbiegungen von der einfachen Luftlinie aufweist, so daß die neue Straße in ihrem Verhältnis zur heutigen Straße eine Verkürzung der Gesamtlänge bedeuten wird. Das ist leider aus dem vorgelegten Plan nicht zu ersehen.

Wir möchten aber bei der Gelegenheit der Verwaltung noch etwas nahelegen, was wir bei der Staatsrede nicht konnten. Es passiert fast jeden Tag, daß auf der Straße von Köln nach Düren sich irgendwie Zusammenstöße mit Autos, seien es Luxusautos oder schwere Kraftwagen, besonders in den Morgen- und Abendstunden, ergeben, wo der Schichtwechsel innerhalb der Becken des Braunkohlenreviers vorgenommen wird und wo die Landstraßen von einer großen Zahl radfahrender Arbeiter belebt sind. Da passieren, wie gesagt, fast täglich Kollisionen, die immerhin mit zum Teil erheblichen Verletzungen der Betroffenen verbunden sind.

Sind da von Seiten der Verwaltung an den besonders gefährdeten Punkten und Kreuzungen, an den Abzweigungen zum Braunkohlenrevier, nach dem nördlichen und südlichen Teil — der ja von Osten nach Westen durch die jetzige Landstraße durchschnitten wird —, die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen? Hat die Straßenbauverwaltung sich mit den dazu eingesetzten Aufsichtsorganen in Verbindung gesetzt, damit ein überschnelles Fahren in diesen Tagesstunden verhindert wird? Wenn die Autostraße gebaut ist, ist die Gefährdung der Fußgänger, der Radfahrer

oder derjenigen, die mit Handwagen diese Landstraße von Ort zu Ort benutzen, beseitigt. Aber bis zu dem Bau und der Vollendung der neuen Straße wird noch eine geraume Weile vergehen, und wir sehen, daß sich mit jedem Moment die Verkehrslage auf dieser Straße nach Aachen hin verschlechtert.

In der Nähe der größeren Ortschaften in dem Industriegebiet zwischen Düren und Köln und anderseits zwischen den Orten Stolberg und Eschweiler nach Aachen hin ist die Bevölkerung fast ausnahmslos als Arbeiter, Angestellte oder Beamte in der Industrie beschäftigt. Diese Leute müssen ihre Sonntagsruhe in den nabeliegenden Erholungsorten nehmen und dabei die Landstraße wenigstens solange benutzen, bis sie rechts und links ihre Abzweigungen finden. Sind da von seiten der Provinzialverwaltung Vorkehrungen getroffen, daß die Straßen staubfrei gehalten werden, wenigstens soweit es möglich ist und in unseren Kräften steht? Mir sind da wiederholt von Parteifreunden Klagen zugegangen, daß bei dem Ausflugsverkehr der Automobilisten aus den Orten Köln und Aachen und bei dem Grenzverkehr Geschwindigkeiten entwickelt werden, die die Sicherheit der Fußgänger gefährden, und vor allen Dingen auf den Landstraßen, die noch nicht vollständig mit Kleinpflaster belegt sind, große Staubwolken, besonders in den heißen Monaten, entwickeln. Kann da seitens der Provinzialverwaltung etwas geschehen, wenigstens bei den Straßenteilen, die unmittelbar in der Nähe der großen Städte liegen? Wir wünschen, daß uns darüber ein Vertreter der Verwaltung Auskunft gibt.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **D r. H o r i o n**: Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es Ihre Absicht ist, jetzt in die technischen Einzelheiten der Linienführung der geplanten Autostraße einzutreten, zumal das ja im einzelnen noch nicht feststeht und noch Gegenstand der Bearbeitung ist. Die Angelegenheit wird noch endgültig den Provinzialauschuß beschäftigen, und der Herr Vorredner hat da noch Gelegenheit, seine Wünsche zur Geltung zu bringen.

Was die weiter vorgebrachten Wünsche angeht, so haben sie mit dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung nichts zu tun. Wir sind uns aber bewußt, daß wir auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Staubplage das tun müssen, was wir nach Lage unserer Finanzen im Interesse der Hygiene und der Gesundheit der Bevölkerung tun können. Mit darauf zurückzuführen ist ja die weitgehende Anlage von Kleinpflaster. Soweit es die Mittel gestatten, gehen wir ja auch damit vor, und zwar gerade speziell in der Nähe der Städte. Wir werden auf diesem Gebiete auch weiterhin das tun, was uns möglich ist.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Die Aussprache ist geschlossen. Widerspruch ist nicht erhoben.

Ich darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß Sie dem Antrage der beiden Sachausschüsse zustimmen.

Wir kommen zu

Punkt 8: Antrag des 4. und 1. Sachausschusses zu dem Antrage des Kreises Aachen auf Gewährung eines Zuschusses zum Bau einer Gebirgsrennstreife im Landkreis Aachen sowie zum Initiativantrag des Abgeordneten **D r. H e ß** u. a. hierzu.

Berichterstatter ist Herr **D r. Hüser**.

Abgeordneter **D r. Hüser**: Meine Damen und Herren! Außenstehende mögen darüber im Zweifel sein, ob der Bau einer Automobilrennbahn in heutiger Zeit notwendig ist und ob die Gelder, die dafür angefordert werden und die, nebenbei bemerkt, sicherlich nicht als Zuschuß, sondern wohl über dem Wege einer Anleihe gegeben werden müßten, nicht anderweitig besser anzubringen sein würden. Der Sachausschuß 4 hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es weder ein Luxus, noch ein übertriebener Sport ist, wenn solche Rennbahnen gebaut werden. Er glaubt, daß die Automobilindustrie und die mit ihr zusammenhängenden Industrien solche Rennstrecken zum Einfahren ihrer Fahrzeuge und ihrer Führer und zur Prüfung in großen Konkurrenzen nötig haben. Bisher sind Landstraßen für diese Zwecke benutzt worden. Die beste Landstraße ist aber niemals eine Rennbahn. Sie hat viele Gefahrenpunkte an den Kurven, und der Rennbahnverkehr stört den Verkehr in Städten und Dörfern. Wird eine eigene Automobilrennstrecke eingerichtet, so entsteht damit die Möglichkeit, das Trainieren und Rennen von den Provinzialstraßen weg auf die Rennbahn zu verlegen. Die Provinzialstraßen werden insoforn geschont, denn, wenn auch nur leichte Wagen im Verhältnis zum Lastverkehr auf Rennbahnen fahren, so nimmt die große Geschwindigkeit die Straße doch namentlich in den Kurven stark in Anspruch. Ist die Rennstrecke einmal da, so ist sie nebenbei natürlich auch eine erfreuliche Vermehrung der Verkehrsstraßen überhaupt und dem allgemeinen Verkehr zugänglich.

Auch hier muß ich erwähnen, daß der Bau dieser Straße namentlich in der Eifel und in der Gegend von Mayen zahllosen Arbeitslosen Beschäftigung bringen würde, vor allem aber auch der Mayener Steinindustrie. Während die Steinindustrie heute im allgemeinen gute Zeiten durchlebt, ist die Mayener Industrie, soweit ich unterrichtet bin, zurzeit sehr schlecht beschäftigt.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß noch nicht feststeht, ob überhaupt die Rennstrecke in die Eifel gelegt werden soll. Die interessierten Kreise verhandeln, soviel wir im Sachausschuß unterrichtet waren, wohl noch eifriger im Taunus, dessen Automobilrenn-

straßen von früher her gut bekannt sind, allerdings auch auf Provinzialstraßen.

Der Sachausschuß 4 kommt zu dem Vorschlag:

„Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß beauftragen, die Frage der Förderung des Baues einer Autorenntstraße im Kreise Udenau zu prüfen und je nach dem Ergebnis der Prüfung dem nächsten Provinziallandtage eine Vorlage zu machen.“

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Knab**.

Abgeordneter **Knab**: Ich beabsichtige keine längeren Ausführungen zu machen und bleibe deshalb auf dem Platze.

Unsere Fraktion lehnt die Vorlage ab. Man wundert sich nur, wie jetzt jede Vorlage mit der Beschäftigung der Arbeitslosen begründet wird. Meine Herren! Wir würden uns nicht wundern, wenn schließlich auch die Rückkehr Kaiser Wilhelms II. und seine Wiedereinsetzung mit der Notwendigkeit der Arbeiterbeschäftigung begründet würde, vielleicht, weil die Fahnenindustrie ein Interesse daran hat, daß wieder schwarzweißrote Fahnen angeschafft werden. (Weiterkeit.) Alles ist möglich.

Zwischen der Rennbahn und dem Projekt der Autostraße kann man keinen Vergleich ziehen. Das eine dient allgemeinen verkehrspolitischen Interessen, das andere dem Einfahren von Wagen, woran ein hervorragendes Interesse nur die beteiligten Industrien haben. Wir sehen nicht ein, daß öffentliche Mittel für den Zweck aufgebracht werden. Das mögen die beteiligten Automobilfabrikanten, die bei ihren recht unverschämten Preisen für ihre Erzeugnisse soviel Profit haben, selbst tun. Wir brauchen nur die deutschen Automobilpreise mit den ausländischen zu vergleichen, um zu sehen, welch ein unverschämtes Geschäft von der deutschen Automobilindustrie gemacht wird.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Haas**.

Abgeordneter **Haas**: Vorläufig ist vom Sachausschuß lediglich beantragt, die Angelegenheit dem Provinzialausschuß zur Prüfung zu überweisen. Wenn diese Prüfung vorgenommen ist, soll der Provinzialausschuß sich schlüssig werden, ob er dem nächsten Landtage eine Vorlage machen will. In eine solche Prüfung einzutreten, sind wir jederzeit bereit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Mehne**. (Zuruf des Abg. **Mehne**: Ich verzichte!) Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter **Dr. Hüser**: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete **Knab** sich darüber wundert, daß bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder darauf hingewiesen wird, daß Arbeit für Arbeitslose geschaffen werden muß, so steht er hoffent-

lich mit den Seinen in diesem Hause damit allein. (Sehr gut! rechts.) Meines Erachtens ist das heute noch unsere vornehmste und schwerste Aufgabe. (Zuruf des Abg. **Knab**: Würden Sie das nur tun!)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Die Aussprache ist geschlossen. Es ist Widerspruch erhoben. Ich lasse abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage der beiden Sachausschüsse ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist demgemäß beschlossen. Punkt 9 ist schon erledigt.

Wir kommen zu

Punkt 10: Antrag des 4. Sachausschusses zu den Anträgen der Stadtgemeinden **Godesberg**, **Siegburg**, **Euskirchen** und **B.-Gladbach**, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsrenten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken den jetzigen tatsächlichen Aufwendungen entsprechend zu erhöhen.

Ich gebe dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten **Ring**, das Wort.

Abgeordneter **Ring**: Meine Damen und Herren! Die Stadtgemeinden **Godesberg**, **Siegburg**, **Euskirchen** und **B.-Gladbach** haben an die Provinzialverwaltung einen Antrag auf Erhöhung der Unterhaltungskosten für die Straßen gestellt. Es wurde seitens der Verwaltung im 4. Sachausschuß mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Stadtgemeinden ihre Anträge nicht hätten zu stellen brauchen, wenn sie gewußt hätten, daß schon Verhandlungen zwischen der Verwaltung und den Gemeinden schwebten. Nach dem vorläufigen Resultat der Verhandlungen steht fest, daß die augenblicklichen Renten, die sich vielleicht pro Kilometer zwischen 800 und 1200 Mark bewegen, um etwa 750 Mark erhöht werden sollen. Es wird aber ganz davon abhängen, inwieweit die Kraftfahrzeugsteuer erhöht wird, denn aus diesen Mitteln muß es gedeckt werden.

Aus diesen Gründen bittet der 4. Sachausschuß, zu beschließen, daß der Provinziallandtag die Anträge dem Provinzialausschuß zur Erledigung überweist.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Dann darf ich feststellen, daß Sie demgemäß beschlossen haben.

Wir kommen zu

Punkt 11: Antrag des 4. Sachausschusses zu den Anträgen der Stadtgemeinden **Godesberg**, **Siegburg** und **B.-Gladbach** auf Uebernahme der Kosten, die durch die Pflasterung der in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen chaussierten Provinzialstraßenstrecken entstehen, auf die Provinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Ring**.

Abgeordneter Ring: Meine Damen und Herren! Unter Punkt 11 der Tagesordnung wird Ihnen eine Vorlage gemacht, wonach die Stadtgemeinden Godesberg, Siegburg und B.-Glabbad die Uebernahme der Kosten für die Pflasterung der schon jetzt chauffierten Straßen, die in den Händen der Gemeinden liegen, auf die Provinz verlangen. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Gemeinde augenblicklich in finanziellen Nöten ist und daß letzten Endes jede Gemeinde, soweit sie noch Straßen verwaltet, für sich in Anspruch nehmen könnte, an die Provinzialverwaltung zwecks Uebernahme der Kosten heranzutreten. Aber auf der anderen Seite wissen wir genau, daß auch die Provinzialverwaltung in finanziellen Nöten ist und aus diesem einfachen Grunde allen diesen Anträgen nicht entsprechen kann. Wir haben aber trotz alledem im 4. Fachauschuß uns auf den Standpunkt gestellt, die Anträge nicht ohne weiteres abzulehnen. Aber wegen der großen Konsequenzen, die die Anträge in sich bergen, sind wir doch zu der Auffassung gekommen, Ihnen vorzuschlagen, auch diese Anträge dem Provinzialauschuß zwecks Erledigung zu überweisen. Dann hat der Provinzialauschuß nochmals Gelegenheit, von Fall zu Fall die Anträge prüfen zu können.

Ich möchte Sie um Annahme bitten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Es wird kein Widerspruch erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages des Fachauschusses fest.

Wir kommen zu

Punkt 12: Antrag des 4. Fachauschusses zu

- a) dem Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung,
- b) dem Haushaltsplan über Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen,
- c) dem Haushaltsplan über Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues

für das Jahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Freiherr von Salis Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis Soglio: Meine Damen und Herren! Der Etat der Provinzialstraßenverwaltung ist derjenige, der den Haushalt der Provinz am stärksten belastet. Die Ausgaben schließen mit rund 24 Millionen ab. Erfreulich ist an der Provinzialstraßenverwaltung die Erhöhung der Einnahmen. Wir haben bisher aus der Kraftwagensteuer 3,3 Millionen bekommen und haben in diesem Jahr rund 8 Millionen zu erwarten. Diese Erhöhung der Ueberweisung beruht zum Teil darauf, daß man bei der Verteilung der Preußen zufallenden Summe eingesehen hat, daß die hiesigen Verhältnisse einer besonderen Unterstützung bedürfen. Man hat uns daher eine außerordentliche Ueberweisung von 3,8 Millionen gegeben. Wir quittieren dies dankend, glauben aber, daß wir in Zukunft nicht vorübergehend aus der

außerordentlichen Ueberweisung, sondern aus der ordentlichen Ueberweisung stärkere Mittel bekommen müssen, und bitten, daß die Verwaltung in Zukunft darauf hinwirkt. Es muß eben ein anderer Schlüssel bei der Verteilung eintreten.

Im übrigen ist zu den Einnahmen nichts Besonderes zu bemerken. Sie schließen mit 12,6 Millionen ab, so daß ein Defizit von rund 11,2 Millionen zu decken ist.

Bei den Ausgaben bitte ich, zu beachten, daß unter Nummer 5 zum ersten Male Kraftwagen eingesetzt sind. Die Verwaltung ist dazu übergegangen, die Bauämter mit Kraftwagen auszustatten. Sie glaubt damit weiter fortfahren und im Einverständnis mit dem Provinziallandtag in Zukunft die entsprechenden Beträge in den Etat einsetzen zu müssen. Sie hat mit dieser Einrichtung gute Erfahrungen gemacht.

Der Posten, der den Etat am stärksten belastet, ist der unter IV Nr. 2 eingesezte Betrag von 17,8 Millionen zur laufenden Unterhaltung der Provinzialstraßen. Die Provinz hat bezüglich der Straßen zwei Aufgaben zu erfüllen: Erstens hat sie den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege war; zweitens hat sie sich auf die neuen Verkehrsverhältnisse einzustellen. Der erste Teil dieser Aufgaben — das muß bezüglich sämtlicher Beamten der Provinz, die dabei beteiligt waren, dankend anerkannt werden — ist nahezu vollständig erreicht. Wenn Sie sehen, was im letzten Jahre an Straßenausbesserungen geschehen ist, so ist das wirklich ganz bewundernswert. Der zweite Punkt, den neuen Verkehrsverhältnissen sich anzupassen und die Straßendecke entsprechend auszubauen, ist natürlich eine Sache, die nur langsam vorwärts gehen kann und die alle möglichen Versuche zeitigt. Bisher steht die Straßbauverwaltung auf dem Standpunkt, daß die am stärksten belasteten Strecken mit Kleinpflasterung versehen werden, die am dauerhaftesten, aber auch am teuersten ist. Ein Kilometer Kleinpflaster kostet heute 80 000 Mark. Man versucht jetzt auch Ersatzmittel und prüft, ob sie imstande sind, den Verkehr auszuhalten, ob sie auf die Dauer sich billiger gestalten, ohne daß sie den Wagen- und Autoverkehr irgendwie behindern.

Insbondere ist man darauf bedacht, die Staubplage, die wirklich für die Straßengänger fast unerträglich geworden ist, zu beseitigen.

Unter IV, 3, finden Sie die Straßenrenten an Kreise und Gemeinden mit 845 000 Mark eingesezt. Dieser Posten ist erhöht und wird nach den neueren Besprechungen, die mit den einzelnen Gemeinden gepflogen sind, noch weiter steigen. Darauf bezieht sich auch der eben von Herrn Kollegen Ring vorgetragene Antrag, der dem Provinzialauschuß zur weiteren Behandlung überwiesen ist.

Das, meine Damen und Herren, wäre alles, was ich Ihnen über den Etat der Provinzialstraßenverwaltung vorzutragen hätte. Der Ausschuß empfiehlt Annahme desselben in unveränderter Form.

Ich gehe gleich zu dem Etat unter C Nr. 5 über: Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen. Dieser Etat ist bedeutend geringer geworden, da die Kleinbahnen sich etwas besser rentieren. Früher waren 15 000 Mark Zuschuß erforderlich; jetzt werden 3000 Mark Zuschuß gefordert; dabei ist noch zweifelhaft, ob diese 3000 Mark notwendig werden.

Ich komme dann gleich zu dem Etat C Nr. 6: Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues, der uns in seinen Kosten bereits mehrere Male beschäftigt hat. Sie finden hier zunächst die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues. Das ist der sogenannte Fonds A und B. Der Fonds A unterstützt die Projekte, deren Höchstbetrag 3000 Mark ist, mit einer Beihilfe von höchstens 1500 Mark, und der Fonds B betrifft die größeren Projekte, seien es nun neue Projekte oder Umänderungen. Der Betrag ist bedeutend erhöht. Der Ausschuß hat bereits über den größten Teil verfügt. Der Rest soll, wie Sie vorhin gehört haben, überwiegend zugunsten von Trier Verwendung finden.

Dann kommt unter Nummer 2 eine besondere Ausgabe für die Instandsetzung der Moselbrücke in Tritenheim. Sie ist durch das Hochwasser teilweise weggerissen und bedarf dringend der Erneuerung. Tritenheim ist nicht instand, die Kosten aufzubringen. Es soll eine Beihilfe von 80 000 Mark bekommen.

Von Nr. 11: Instandsetzung bzw. Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übernehmenden Gemeinde- und Kreisstraßen habe ich vorhin schon gesprochen. Es erübrigt sich daher eine weitere Ausführung.

Der Antrag der 4. Sachkommission geht dahin, den Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung, den Haushaltsplan über Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen und den Haushaltsplan über Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues unverändert anzunehmen und den Landeshauptmann zu ermächtigen, die Arbeiten und Lieferungen für das Rechnungsjahr 1926 bereits im Rahmen des diesjährigen Arbeitsplanes vorzubereiten. Man weiß ja nicht, wann der nächste Provinziallandtag berufen wird, und die Provinz muß insbesondere im Frühjahr mit den Arbeiten beginnen. Es müssen da Vergabungen erfolgen, da sonst der Wegebau im nächsten Jahre stockt, wenn er auf den Landtag warten muß.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort ist nicht verlangt. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle fest, daß Sie dem Antrage des 4. Sachausschusses zugestimmt haben.

Wir kommen zu

Punkt 13: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung der rheinischen Provinzialverwal-

tung an der Finanzierung des Mittel-
landkanals.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Ein Werk von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung soll mit dem Bau des Mittel-
landkanals seiner Vollendung entgegengeführt werden. Dieses Werk soll auf dem Wasserwege den Verkehr zwischen dem industriereichen Westen und dem mehr landwirtschaftlich eingestellten Osten vermitteln. Es handelt sich darum, ein Verbindungsstück zwischen dem westlichen Kanalsystem, das nahezu fertiggestellt ist, und dem östlichen Kanalsystem durch einen Kanal zu schaffen, der, von Hannover ausgehend, über Peine, Fallersleben nach Debitfeld führt, um nördlich von Magdeburg die Elbe zu erreichen. Die Baukosten dieses Stückes sind auf 547 Millionen Mark errechnet worden. Sie werden durch eine Anleihe von 300 Millionen aufgebracht. Von dieser Anleihe sollen die beteiligten Provinzen die Hälfte, also 150 Millionen, verzinsen und tilgen, insoweit, als die laufenden Einnahmen abzüglich der Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten zur Aufbringung der Zins- und Tilgungsbeträge nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, daß unsere Provinz, auf die 27 Millionen entfallen, ihre Mitwirkung bei diesem volkswirtschaftlich so bedeutungsvollen und für das gewerbliche Leben so wichtigen Werke nicht versagen darf. Das hat auch, abgesehen von der kommunistischen Fraktion, die sich grundsätzlich ablehnend verhielt, der 1. Sachausschuß anerkannt.

Die Provinz hat — darauf darf ich auch hinweisen — ihre Mitwirkung bei dem westlichen Kanalstück schon früher zugesagt.

Der Ausschuß hat nur in einer Hinsicht gegenüber den Vorschlägen des Reichsverkehrsministeriums Bedenken geäußert. Diese Bedenken beziehen sich auf die Unterverteilung der 27 Millionen zwischen der Provinz und den besonders interessierten Städten. Es sollen nämlich der Provinz 20 Prozent endgültig verbleiben, während die restlichen 80 Prozent den Städten zufallen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß eine gewisse Entlastung der Provinz durch Heranziehung der Städte eintreten muß, so darf aber doch hier nicht unerwähnt bleiben, daß ein flüchtiger Blick in die Drucksache genügt, um zu erkennen, daß man von seiten der Reichsregierung an die Unterverteilung mit einer gewissen Nonchalance — um mich nicht stärker auszudrücken — herangegangen ist.

Wenn als maßgebend hingestellt wird, ob eine Stadt als Empfänger oder Versender von Waren, die auf dem Kanal transportiert werden, in Frage kommt, so frage ich mich bei den Wupperstädten vergebens, mit welchem Recht sie mit dem erheblichen Betrage von

2,2 Millionen herangezogen werden. Das eine ist jedenfalls sicher, daß unsere Waren im Wuppertal — Bänder, Korbel, Ligen und Spitzen — auf dem Kanalwege nicht transportiert werden. Es ist auch, soviel mir bekannt ist, nicht in Aussicht genommen, die Wupper in absehbarer Zeit zu einem schiffbaren Fluß auszubauen. Nach dieser Richtung, meine Damen und Herren, ist den Städten nicht einmal von seiten der Reichsregierung eine Mitteilung von der Belastung gemacht worden, mit der man sie freundlicherweise bedenken will. Dies hat auch der 1. Sachausschuß als außerordentlichen Mangel empfunden. Er hat deshalb als unbedingte Voraussetzung hingestellt, daß von seiten des Reichs und des Staates mit den Städten über die Höhe der Belastung verhandelt werden muß. Das ist übrigens ein Standpunkt, den nicht allein die Rheinprovinz einnimmt, sondern der auch von den anderen Provinzen geteilt wird.

Meine Damen und Herren! Sie werden infolgedessen gebeten, dem in der Drucksache wiedergegebenen Beschlusentwurf zuzustimmen, aber so, daß als Punkt 5 ein Satz eingefügt wird, der eine Vergewaltigung der Städte von vornherein ausschließt. Es soll also die Vorlage mit der Maßgabe angenommen werden, daß als Punkt 5 eingefügt wird:

„Es muß eine Einigung zwischen dem Reich und den beteiligten Städten über die Heranziehung der Städte herbeigeführt werden.“

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder.

Abgeordneter Schröder-Essen: Meine Damen und Herren! Wir lehnen diese Vorlage mit derselben Begründung wie die der Schnellbahn ab. Wir verlangen, daß eine eingehende Statistik aufgestellt wird, inwie-

weit der Verkehr auf den Kanälen, den Eisenbahnen usw. vor sich geht, um daraus die Notwendigkeit des Projekts zu ersehen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachausschusses zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ich stelle die Annahme fest.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, auf den Beschluß des Ältestenausschusses hinzuweisen, der besagte, daß während der heißen Mittagszeit eine Tagung des Landtages nicht stattfinden, sondern mindestens eine zweistündige Mittagspause eingelegt werden soll. Es ist langsam hier im Saale so warm geworden, daß man jetzt zweckmäßigerweise die Mittagspause eintreten läßt. Ich möchte eine zweistündige Mittagspause beantragen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse darüber abstimmen.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Herrn Abgeordneten Gerlach entsprechend beschließen wollen, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß jetzt die Minderheit steht. Der Antrag Gerlach ist angenommen. Es ist demnach beschlossen, eine zweistündige Mittagspause eintreten zu lassen.

Wir werden um 3 Uhr wieder zusammentreten. Ich vertage die Sitzung bis 3 Uhr.

(Schluß 1 Uhr.)

Fortsetzung der fünften Sitzung

am Nachmittage des 16. Juni 1925.

(Wiederbeginn: 3 Uhr 10 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir kommen zu

Punkt 14: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Hilfsaktion für die durch Unwetter im Kreise Meisenheim Geschädigten.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Saafen. Es ist eben folgendes Telegramm eingelaufen:

„Beantrage Beihilfe Schäden Januar-Hochwassers in Rhein-Nebentälern rechtsrheinisch. Januar war nur Hochwasser in Nebentälern, nicht Rhein selbst.“

Dr. Wester, Mitglied des preussischen Landtags.“

Ich weiß nicht, ob der Herr Berichterstatter darauf Bezug nehmen will.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache 43.

Ein Teil des Kreises Meisenheim wurde am 22. Mai 1925 durch ein katastrophales Unwetter betroffen. Wolkenbruchartig ging der Regen nieder und schwemmte teilweise vollkommen die Ackerkrume herunter, so daß ein Teil der beteiligten Ortschaften, darunter die Orte Löllbach, Medard und Schweinschied, von einem starken Notstande betroffen wurden. Es wird beantragt, für den Fall, daß der Staat eine Hilfsaktion durchführen sollte, sich hieran zu beteiligen.

Der 1. Sachausschuß schlägt Ihnen dies vor mit dem Zusatz, daß hinter den Worten „im Kreise Meisenheim“ die Worte eingefügt werden: „und im Restkreis Baumholder“. Das von dem Unwetter betroffene Gebiet liegt auf der Grenze zwischen den beiden Kreisen; es sind auch einige Ortschaften des letzteren Kreises beteiligt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion steht an und für sich der Entschädigung von Fällen, in denen durch Hochwasser oder Unwetter die Landwirtschaft oder sonstige Kreise betroffen worden sind, nicht ablehnend gegenüber. Aber wir haben doch, wie wir das auch schon im Provinzialausschuß ausgeführt haben, den Eindruck, daß es mit der Zeit ziemlich stark Mode wird, bei jedem Anlaß, seien es Unglücke durch Naturgewalten oder aus sonstigen Ursachen, an die Provinzialverwaltung mit der Bitte um Beihilfen heranzutreten.

Nun ist beantragt worden, der Provinziallandtag wolle dem Provinzialausschuß die ganze Angelegenheit zunächst einmal zur Prüfung und Entscheidung überweisen. Ich glaube zwar, daß im wesentlichen doch wohl dem Antrage entsprochen werden kann, trotzdem wir die stärksten Bedenken dagegen haben, daß man auf die bisherige Art und Weise eine Entschädigung vornimmt.

Wir haben schon im Ausschuß erklärt: Wenn künftig Entschädigungen an solche Landwirte oder sonstige Anwohner von Flüssen gegeben werden, die durch Hochwasser geschädigt sind oder deren Fluren durch Unwetter gelitten haben, so muß die Provinzialverwaltung beanspruchen, daß wir auch ein Kontrollrecht über die Verwendung der Mittel haben. Es genügt nicht, daß wir einfach die Mittel durch das Plenum oder den Provinzialausschuß bewilligen, sondern wir müssen auch ein Kontrollrecht haben sowohl bei der Feststellung der Schäden als auch bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Ich weiß, es werden sich da auf allen Seiten des Hauses Bedenken erheben. Wir hatten solche Bedenken auch in Köln, als es sich darum handelte, die im vergangenen Winter oder Spätherbst entstandenen Hochwasserschäden zu regeln. Auf unseren Vorschlag haben sich dann die Parteien in Köln dazu verstanden, daß die Feststellungskommissionen nicht mehr nur aus Beamten bestehen. Die Kommissionen bestehen jetzt aus einem Beamten der Verwaltung und zwei oder drei Stadtverordneten der verschiedenen Parteien. Das hatte den Erfolg, daß wir bei der Feststellung und Auszahlung der Entschädigungen in diesem Jahre wohl kaum eine Beschwerde von irgendeiner Seite gehört haben. Die betroffenen Kreise haben nicht, wie es sonst üblich war, nachher die einzelnen Parteien mit ihren Klagen über wirkliches oder vermeintliches Unrecht

überlaufen, weil den Leuten an Ort und Stelle durch die anwesenden Vertreter des Parlaments klargemacht wurde: Hier sind die und die Parteien selbst bei der Feststellung der Schäden beteiligt. Wir hatten es dagegen in vergangenen Jahren bei anderen Hochwasserkatastrophen fast immer erlebt, daß kurz nach der Feststellung und Auszahlung der Entschädigungen für Hochwasserkatastrophen die einzelnen Parteien mit Klagen überschüttet wurden, daß die Leute sagten: Die Entschädigungen sind unrichtig festgesetzt worden.

Wenn die Provinzialverwaltung schon einmal im Ausschuß dafür eintreten will, daß Mittel für die vom Unwetter Betroffenen bewilligt werden, wenn die Provinz also Zuschüsse gibt, dann beantragen wir, daß auch unserem Wunsche Rechnung getragen wird, daß die Parteien des Hauses bei der Feststellung der Schäden ebenfalls zugezogen werden und wir Gelegenheit haben, uns davon zu überzeugen, wie die Gelder verteilt werden, ob auch die wirklich bedürftigen Kreise bei den Entschädigungen, die von Reich, Staat und Provinz gewährt werden, eine entsprechende Vergütung erhalten und ob dabei nach einem gerechten Maßstab vorgegangen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ein Gegenantrag wird nicht gestellt. Ich stelle fest, daß die Vorlage entsprechend dem Antrage des Ausschusses angenommen ist.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Punkte 36 und 37 jetzt vorwegzunehmen, weil der Herr Berichterstatter gleich fortgehen muß. — Sie sind damit einverstanden.

Punkt 36: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Vornahme der Ersatzwahl für das verstorbene Provinzialausschußmitglied Dr. Röttgen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der 1. Sachausschuß beantragt:

„Der Provinziallandtag wolle die Ersatzwahl für das aus dem Provinzialausschuß durch Tod ausgeschiedene Mitglied Dr. Röttgen vornehmen und schlägt als Mitglied Herrn Justizrat Dr. Wesenfeld vor.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschloffen.

Punkt 37: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Szajkowski zum Landesrat.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der 1. Sachausschuß bittet um unveränderte Annahme. (Ruf des Abg. Knab: Ich bitte um Abstimmung!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Ferner wird gewünscht, Punkt 22 vorwegzunehmen.

Punkt 22: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Bereitstellung von weiteren drei Millionen Reichsmark für Zwecke des Wohnungsbaues als Zwischenkredite aus Mitteln der Landesbank zu den üblichen Bedingungen für die Bauperiode 1925.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Hoff.

Abgeordneter Hoff: Meine Damen und Herren! Der vorige Provinziallandtag hatte in dankenswerter Weise für den hier vorgetragenen Zweck zunächst 2½ Millionen bewilligt. Die Verteilung dieser Mittel erfolgt nach Vorprüfung der Anträge durch die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft durch einen Unterausschuß des Provinzialausschusses, in dem drei Fraktionen dieses Hauses vertreten sind. Nachdem diese Einrichtung in der Provinz in etwa bekannt geworden war, setzte erklärlicherweise ein derartig gewaltiger Zustrom von Anträgen ein, daß die Unterkommission sich in der Zwischenzeit mehrfach an den Provinzialausschuß wandte, damit für diesen Zweck weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Das ist auch geschehen. Es liegen aber, wie das auch aus der Drucksache 52 hervorgeht, zur Zeit noch eine solche Menge spruchreifer Darlehensanträge sowohl von Kommunen, wie von gemeinnützigen Baugenossenschaften, wie auch von privater Seite vor, daß die sozialdemokratische Fraktion es für unbedingt erforderlich gehalten hat, daß der diesmal tagende Landtag noch weitere Mittel zur Verfügung stellt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat den Sachausschuß 1 passiert, und der Sachausschuß 1 schlägt Ihnen vor, ihn in folgender Fassung zum Beschluß zu erheben:

„Der Provinziallandtag wolle dem Verwaltungsrat der Landesbank empfehlen, bis zu drei Millionen Reichsmark nach Maßgabe der flüssigen Mittel der Landesbank für Zwecke des Wohnungsbaues als Zwischenkredite zu den üblichen Bedingungen bereitzustellen.“

Interessant ist hierbei noch, zu bemerken, daß die Landesbank im Jahre 1924 außer den 2,5 Millionen, die der Ausschuß verteilt hat, an die Kommunen, und zwar für die direkten Zwecke des gemeinnützigen Wohnungsbaues, weitere 3,5 Millionen, insgesamt 6 Millionen, im Jahre 1925 außer den schon bereitgestellten 5 380 000 Mark weitere Kommunaldarlehen zum gleichen Zwecke in Höhe von 5 692 000 Mark gegeben hat, so daß bis heute, außer den von Ihnen weiter zu bewilligenden 3 Millionen, insgesamt für den gemeinnützigen

Wohnungsbaue innerhalb der Provinz seitens der Landesbank bisher 17 342 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sind. Ich glaube aus ureigenster Kenntnis der Materie sagen zu können, daß mit diesen Geldern außerordentlich Segensreiches bisher bereits geschaffen worden ist.

Der Sachausschuß 1 bittet Sie, entsprechend zu beschließen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Ich stelle fest, daß so beschloffen ist. Wir kommen zu Punkt 15.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab. Abgeordneter Knab: Herr Vorsitzender, ich hatte heute morgen schon als Antragsteller gewünscht, daß Punkt 16 sowohl im Vortrag als auch in der Beratung und Abstimmung zu Punkt 15 hinzukommt, daß also die Punkte 15 und 16 zusammengefaßt werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich glaube, dagegen ist nichts einzuwenden. Ich schlage dann vor, die Punkte 15 und 16 zu gemeinschaftlichem Referat und gemeinsamer Erörterung zu verbinden.

Punkt 15: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages zur Gewährung von Beihilfen an rheinische Städte zur Veranstaltung von Ausstellungen aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinprovinz.

Punkt 16: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betreffend Ueberweisung der in den Etat eingesetzten Summe von 500 000 Mark zur Durchführung der Jahrtausendfeier der Städte an die Blindenanstalten in Düren und Neuwied und an die Kinderheilanstalt in Süchteln, sowie zu dem hierzu gestellten Eventualantrag derselben Fraktion.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Zu Punkt 15 beantragt der 1. Sachausschuß, mit sämtlichen Stimmen gegen die Stimme des Vertreters der kommunistischen Partei:

„Der Provinziallandtag erklärt sich mit der Verwendung von 500 000 Mark für aus Anlaß der Jahrtausendfeier veranstaltete Ausstellungen einverstanden.“

Die kommunistische Partei hat dagegen folgende Anträge auch in der Sachkommission 1 gestellt:

„Die von der Provinzialverwaltung zur Durchführung der Jahrtausendfeier der Städte bereitgestellten 500 000 Mark werden je zur Hälfte den Blindenanstalten Düren und Neuwied und der Kinderheilanstalt Süchteln überwiesen. Der Zins-

ertrag des Kapitals soll dazu dienen, den blinden bzw. verkrüppelten jungen Menschen das Leben zu verschönern während ihres Aufenthalts in der Anstalt, und nach ihrer Entlassung ihnen das Eintreten in den Kampf ums Dasein zu erleichtern."

Hierzu hat dieselbe Fraktion folgenden Eventualantrag gestellt:

"Sollte der Provinziallandtag obigen Antrag nicht annehmen, so beantragt die kommunistische Fraktion: Die durch die Nichtteilnahme der kommunistischen Abgeordneten an der Jahrtausendfeier ersparten Gelder werden dem Fraktionsführer der kommunistischen Fraktion zwecks Weiterführung an die Rote Hilfe übergeben."

Der Sachausschuß 1 hat gegen die Stimme des Vertreters der Kommunistischen Partei beschlossen, diese Anträge abzulehnen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab : Meine Damen und Herren! Das Grundsätzliche zur Jahrtausendfeier ist von unserer Fraktion schon bei der allgemeinen Aussprache über den Etat gesagt worden. Wir müssen aber jetzt bei der Sonderberatung noch auf einige Punkte eingehen, um so mehr, als unserem Antrage, diese Summe von 500 000 Mark zu besseren Zwecken zu verwenden, von der Sachkommission und vom Provinzialausschuß nicht Rechnung getragen worden ist. In der Aufstellung, die den Fraktionsführern mitgeteilt wurde, stand, daß das Reich nur 300 000 Mark gibt. Aus den Erläuterungen, die der Herr Landeshauptmann im Plenum bzw. im Ausschuß gegeben hat, entnahmen wir, daß ursprünglich von Seiten der Provinzialverwaltung beabsichtigt war, nur einen Zuschuß von 400 000 Mark unter der Voraussetzung zu geben, daß das Reich ebenfalls 400 000 Mark stiftet. Nun aber hat sich das Reich, wenigstens bis zum heutigen Tage, nicht bereit gefunden, eine Summe von 400 000 Mark zur Verfügung zu stellen, sondern es will nur 300 000 Mark geben. Meine Damen und Herren! Besonders Sie von der bürgerlichen Seite und der Sozialdemokratie betonen doch stets die große Wichtigkeit in inner- und außenpolitischer Beziehung, besonders aber in außenpolitischer Beziehung, die diese Jahrtausendkundgebung haben soll. Da berührt es doch recht merkwürdig, wenn die Körperschaft, die doch in allererster Linie auf der Grundlage des bürgerlichen Staates berufen wäre, zur Wahrung der außenpolitischen Belange einzutreten, die deutsche Reichsregierung hierfür nur ganze 300 000 Mark übrig hat, noch nicht einmal soviel, wie der Rheinische Provinzialverband aufbringen soll, der fast das Doppelte, rund 500 000 Mark, für diese Zwecke allein den Städten zur Verfügung stellt. Also kann es schon gar nicht so weit her sein mit dem Interesse, das das Reich an diesen Veranstaltungen hat, wenn es für

diese Zwecke nicht einmal soviel gibt, wie selbst die Provinzialverwaltung bereit ist, zu bewilligen.

Dem Zweck an sich stehen wir ablehnend gegenüber, aber auch der Verwendung der Mittel. Wir haben gesagt: Dafür können bessere Methoden gefunden werden. Wenn Sie das Bedürfnis haben, Ihre inneren Gefühle zum Ausdruck zu bringen, dann finden Sie auch auf einfacher parlamentarischer Grundlage die Form, um das zu tun, und haben nicht notwendig, auf solcher Grundlage die Geschichte aufzuziehen.

Wir haben Ihnen im Zusammenhang mit den beiden Anträgen auch zu erklären, daß unsere Fraktion an den Festessen, die ja duzentweise jetzt in den einzelnen Städten stattfinden, nicht teilnehmen wird. Wir haben bezüglich unserer Teilnahme an den parlamentarisch-politischen Kundgebungen bei den einzelnen Festakten noch keine Erklärung abgegeben. Das will ich hier im Plenum besorgen, damit später nicht von gewisser Seite — ich denke da besonders an „sehr gute Freunde“ — irgendwie entstellende Nachrichten wieder durch die Presse in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Unsere gesamte Fraktion mit meiner Ausnahme wird auch nicht an den politisch-parlamentarischen Kundgebungen teilnehmen, wie gesagt, mit meiner Ausnahme. Ich habe hier ausdrücklich zu erklären, daß ich nicht an dem Festakt, der hier in Düsseldorf stattfindet, wo der Reichskanzler und verschiedene andere Vertreter der öffentlichen Körperschaften zum Worte kommen werden, teilnehmen werde, weil unsere Fraktion etwa diesen Kundgebungen zu stimmen gegenübersteht. Im Gegenteil, auch diesen Kundgebungen stehen wir innerlich und äußerlich ablehnend gegenüber. Ich bin aber von der Fraktion und von der politischen Leitung unserer Partei beauftragt, bei der politischen Kundgebung in Düsseldorf und in Köln als Beobachter anwesend zu sein (Seiterkeit), wenn wir einmal den formellen Ausdruck gebrauchen wollen, den die bürgerliche Diplomatie auf amerikanischen Einfluß hin gefunden hat. Also die Kommunistische Partei schiebt in meiner Person ihren inoffiziellen Beobachter. Ich bitte, das auch Ihrer Presse mitzuteilen, die immer „nicht informiert“ ist, wenn es gilt, uns Kommunisten eins zu versehen. Die Öffentlichkeit soll wissen, daß ich nicht aus innerem Antriebe, sondern lediglich im Auftrage meiner Fraktion an der Kundgebung teilnehme, um zu sehen, was Sie dort zum Ausdruck bringen werden, damit wir später an anderer Stelle darauf zurückgreifen können. Ich sage dies hier, damit über die Rolle, die ich dort spielen werde, kein Zweifel bei den sonstigen Teilnehmern herrschen kann.

Nun noch eins, meine Damen und Herren! Wir haben beantragt, daß diese 500 000 Mark Provinzialzuschüsse zum Besten der Kinderkrüppelheilanstalt in Süchteln und für die beiden Blindenanstalten in Düren und Neuwied zur Verfügung gestellt werden, damit

diesen Ärmsten unter den Armen das Leben soweit erleichtert werden kann, wie es mit dem Zinsertrag dieser Summe möglich ist. Sie haben das abgelehnt. Sie müssen auch die Verantwortung in der Öffentlichkeit dafür tragen, ob Ihnen rauschende Feste oder die soziale Fürsorge lieber ist.

Wir haben auch noch einen Eventualantrag gestellt, der in gewissen Kreisen dieses sogenannten Hohen Hauses ein „mitleidiges, verzeihendes“ Lächeln hervorgerufen hat; wenigstens sollte es diesen Eindruck erwecken. Wir haben beantragt, daß die Summe, die dadurch erspart wird, daß wir Kommunisten uns an den Festessen und dem sonstigen Kummel nicht beteiligen, rechnermäßig festgestellt und durch unsere Fraktion der Roten Hilfe überwiesen werden soll. Sie haben darüber gelächelt, obwohl die meisten von Ihnen nicht wissen, was die Rote Hilfe ist — ich sehe auch, wie Gewerkschaftsbonzen in diesem Hause darüber grinsen —, weil sie anscheinend keine Ursache haben, sich mit solchen Dingen einmal zu befassen. Diejenigen von Ihnen, die einmal von der Roten Hilfe etwas läuten gehört haben, wissen, daß diese Organisation den Zweck hat, die Angehörigen der politischen Gefangenen zu unterstützen, damit sie nicht gänzlich dem Elend preisgegeben sind, wie es leider die Vertreter dieser rücksichtslosen kapitalistischen Staatsordnung verfügt haben. Wir unterstützen durch die Rote Hilfe die Opfer der Klassenjustiz in Deutschland, damit die Familien während der Zeit, wo ihr Ernährer im Gefängnis ist, nicht vollständig dem Elend anheimfallen. Die Summe, die wir beantragt haben, soll in erster Linie den Familien derjenigen Gefangenen zur Verfügung gestellt werden, die seit den Separatistenkämpfen in den Gefängnissen der deutschen bürgerlichen Klassenjustiz schmachten. Ich habe ja schon in meinen Ausführungen zum Etat dargelegt, daß unsere Klassenkämpfer aus dem mittleren Rheingebiet seit Monaten noch im Gefängnis in Elberfeld sitzen. Zur Unterstützung dieser Familien war die Sache gedacht. Für uns ist das eine ernste Angelegenheit. Für Sie ist es heute noch eine lächerliche Sache. Aber, meine Damen und Herren, überlegen Sie einmal: Es hat auch vor dem Kriege in Europa einen Staat gegeben, der glaubte, er sei auf Grund seiner Klasseneinstellung, seiner rücksichtslosen Unterdrückung des arbeitenden Volkes auf ein so festes Fundament gestellt, daß er nicht erschüttert werden könnte. Aber dieser rücksichtslose Staat des Barismus ist zusammengebrochen unter den Schlägen, die die Arbeiterklasse in Rußland unter der Führung der kommunistischen Partei diesem Staatswesen und System gegeben hat. Und heute gehen die Vertreter Ihrer Klasse in Rußland, des Bürgertums, im Auslande mit Listen sammeln, um die Opfer der angeblich proletarischen Klassenjustiz zu unterstützen. Überlegen Sie sich wohl, was Sie heute ablehnen. Sie werden eines Tages noch durch die Geschichte, wenn wir es vielleicht auch

nicht heute oder morgen, sondern erst in Jahren erleben, vor dieselbe Entscheidung gestellt werden. Dann werden Sie die Anträge stellen müssen, die wir heute als Vertreter der Arbeiterklasse unbedingt im Interesse unserer Klasse zu stellen haben.

Wir beantragen zur Abstimmung, daß über den Punkt 16, der unsere beiden Anträge, den Antrag und den Eventualantrag, enthält, zuerst und dann erst über den Antrag der Provinzialverwaltung und des Sachausschusses, die 500 000 Mark für die Zwecke der Jahrtausendfeier den Städten zur Verfügung zu stellen, abgestimmt wird. Wenn Sie unseren Antrag und den Eventualantrag abgelehnt haben, dann haben Sie immer noch die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit, dem ursprünglichen Antrage der Provinzialverwaltung zuzustimmen. Wir sind also der Ansicht, daß unsere Anträge als weitergehend aufzufassen sind. Sie können umgekehrt, wenn Sie zunächst über den Antrag der Provinzialverwaltung abstimmen, nicht einfach erklären: Damit erledigt sich der kommunistische Antrag von selbst.

Aber, meine Damen und Herren, Sie mögen zur Abstimmung beschließen, wie Sie wollen. Ich stelle jetzt schon fest: Sie versuchen, wenn Sie unserem Antrage zur Abstimmung nicht Rechnung tragen, einer recht unangenehmen Alternative zu entgehen; Sie versuchen, einer Abstimmung über unsere Anträge auszuweichen. — Herr Farwick, Sie nicken und winken mir dauernd zu. (Weiterkeit.) Ich habe Ihnen gestern schon gesagt, was ich davon halten muß. Ich bin überzeugt, wenn Sie in einer Zentrumsversammlung einmal über die Jahrtausendfeier sprechen und im Zusammenhang damit unsere Anträge vorlegen würden, so würde der größte Teil Ihrer Anhängerenschaft, wenn die Dinge richtig dargestellt würden, sagen: Es wäre doch besser gewesen, man hätte diese rauschenden Feste, die vielleicht in der gesamten Rheinprovinz 10 Millionen verschlingen werden, nicht abgehalten, sondern diese Summe dem Rheinlande im Interesse der Sozialpolitik zur Verfügung gestellt. Die Antwort wird Ihnen bestimmt aus den Arbeitnehmerkreisen aller Parteien entgegenklingen. Das Volk hat kein Interesse und keine Wärme für diese Jahrtausendfeier; es steht ihr innerlich wesenfremd gegenüber. Es hat keinen Kontakt mit dem Kummel gefunden, den Sie künstlich von oben herunter aufzuziehen versuchen.

Aus dem Grunde versuchen Sie es doch nur, sich der Abstimmung über unsere Anträge zu entziehen. Sie werden damit auch der Sozialdemokratie einen Gefallen tun, denn für sie wäre es auch eine unangenehme Sache. Die Presse der SPD. lehnt jetzt diesen Kummel in allen Tonarten kräftig ab, nachdem die Führer der Sozialdemokratie gemerkt haben, daß auch ihre Massen sich an diesem Kummel nicht beteiligen wollen. Aber wir haben noch zuviel Führer der Sozialdemokratie, die dieser Jahrtausendfeier aus tief-

stem Herzen den vollsten Erfolg wünschen, z. B. unser „verehrter“ zweiter Präsident des Provinziallandtags, Herr Ullenbaum, der es ja schriftlich getan hat. Ich bin überzeugt, daß solche „Ullenbäume“ noch viele in der Sozialdemokratischen Partei gewachsen sind. (Heiterkeit. (Zuruf des Abg. Gerlach: Bei Ihnen sind die Knaben!) Selbstverständlich sind bei uns viele Knaben. Man sagt ja: Kinder und Narren sagen die Wahrheit. (Große Heiterkeit. Zuruf: Sehr gut!) Wenn Sie darüber lachen, so lachen Sie nur, weil Sie vermuten, das Letztere wäre auf mich und das Erstere auf Sie bezogen. Es ist aber umgekehrt: Die Narren sind Sie immer gewesen, während wir beanspruchen, einmal Kinder zu sein, denn Kinder sagen die Wahrheit, und wir haben sie Ihnen ja schon oft gesagt. (Weiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Zur Höhe des Reichsbeitrages möchte ich ergänzend bemerken, daß das Reich tatsächlich 450 000 Mark für aus Anlaß der Jahrtausendfeier im besetzten Gebiet zu veranstaltende Ausstellungen bewilligt hat. Davon sind aber 150 000 Mark an die außerpreussischen Gebiete und 300 000 Mark an die preussische Rheinprovinz gekommen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Maus: Ich weiß gar nicht, warum sich der Herr Abgeordnete Knab über die Festessen so außerordentlich aufregt. Es ist uns auch gleichgültig, ob Herr Knab an den Festessen teilnimmt oder nicht. Das hat mit diesem Punkte der Tagesordnung nicht das Geringste zu tun. Auf der Tagesordnung steht nichts von der Bewilligung von Beihilfen zu Festessen, sondern lediglich zu Ausstellungen, die im nationalen Interesse abgehalten werden. Ich wollte dies im öffentlichen Interesse ausdrücklich feststellen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht.

Der Herr Abgeordnete Knab hat den Antrag gestellt, zu Punkt 16 zunächst abzustimmen. (Zuruf des Abg. Knab: Das ist nach der Geschäftsordnung der weitergehende Antrag!) Sie haben nicht das Wort. (Zuruf des Abg. Knab: Dann bitte ich zur Geschäftsordnung ums Wort!) Wenn ich ausgesprochen habe. (Weiterkeit.) Der Punkt 16 ist in seinem Antrage nicht weitergehend als Punkt 15; in beiden Fällen wird über dieselben Mittel verfügt. Wird Punkt 15 abgelehnt, so ist es möglich, Punkt 16 anzunehmen, genau so, wie Punkt 15 angenommen werden könnte, wenn Punkt 16 abgelehnt wäre. Ich sehe also keinen Grund, Punkt 16 zunächst zur Abstimmung zu bringen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Knab. Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen eben schon in meinen sachlichen Ausführungen mitgeteilt . . . (Zuruf: „Sachlichen“! Weiter-

keit.) — Die ganze Gesellschaft hier ist meiner Ansicht nach so eingestellt, daß von vornherein eine sachliche Stellungnahme zu den Ausführungen nicht zu erwarten ist. Ich habe Ihnen also schon gesagt: Wenn Sie zunächst über den Antrag der Provinzialverwaltung abstimmen, haben Sie nicht mehr die Möglichkeit, über zwei Anträge abzustimmen. Umgekehrt wird, wenn zunächst über unsere Anträge abgestimmt wird, damit eine Abstimmung über den Antrag der Verwaltung nicht abgeschnitten. Wenn für die Verwendung derselben Mittel, also hier der 500 000 Mark, zwei verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen werden, so ist es bisher immer parlamentarischer Brauch gewesen, falls die Möglichkeit in den Anträgen vorliegt, zunächst über die Anträge abzustimmen, deren Ablehnung immer noch die Annahme der anderen Verwendungsmöglichkeit gestattet, während dies bei der vorgeschlagenen Abstimmungsart nicht der Fall ist.

Aus den Gründen muß ich, wenn Sie von seiten des Präsidiums unserem Antrage zur Abstimmung nicht Rechnung tragen wollen, beantragen, daß Sie das Haus darüber entscheiden lassen.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bleibe der Auffassung, daß nichts im Wege steht, wenn Punkt 15 abgelehnt wird, nach Ihrem Haupt- oder Eventualantrag zu entscheiden. (Sehr richtig!) Ich glaube, das Haus ist vollkommen in der Lage, die drei Wege, die ihm offen liegen, selbst zu beurteilen und danach zu entscheiden. Nach § 34 der Geschäftsordnung entscheidet bei Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden über die Reihenfolge der Fragen der Provinziallandtag. Ich frage den Landtag, ob er mit meinem Vorschlage einverstanden ist, und bitte diejenigen, die sich meiner Auffassung anschließen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Ich bitte dann diejenigen, die für den Vorschlag des 1. Sachausschusses zu Punkt 15 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen. Damit erübrigt sich eine Abstimmung über Punkt 16. (Zuruf des Abg. Knab: „Gott sei Dank!“ werden Sie sagen.) Ich habe das nicht gehört.

Punkt 17: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den vollständigen Ausbau der orthopädischen Provinzial-Kinderheilstalt Süchteln aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Rheinprovinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Funk.

Abgeordneter Funk: Meine Damen und Herren! Sie gestatten mir jedenfalls, daß ich die beiden nächsten Punkte, die ja dasselbe behandeln, gleich mit begründe, damit eine Wiederholung vermieden wird.

Die Krüppelfürsorge ist der jüngste Zweig der Wohlfahrtspflege, den die Provinz zu übernehmen hatte.

Im Jahre 1921 ist zum ersten Male Krüppelfürsorge seitens der Provinz betrieben worden, und wir hatten damals 188 Inassen in Anstaltspflege. Bereits Ende 1924 war die Anstaltspflege für Krüppel auf 2335 gestiegen. Die Zahl der Krüppel aber, die Anstaltspflege benötigen, beträgt nach der Meinung der Provinzialverwaltung 2500. Neben diesen der Anstaltspflege bedürftigen verkrüppelten Personen besteht aber noch eine große Anzahl von Krüppeln, bei denen ambulante Behandlung genügt. Hier ist es notwendig, daß die Provinz, die ein großes Interesse an vorbeugenden Maßnahmen im Interesse der Krüppel hat, Beihilfen für diejenigen Anstalten, die hierfür in Frage kommen, gibt. Die Provinz hat ein großes Interesse daran, daß das orthopädische Turnen und die berufliche Ausbildung der Krüppel gepflegt wird. Hierzu finden Sie im Etat der Krüppelfürsorge die notwendigen Summen eingesezt.

Ein besonderer Teil der Krüppelfürsorge ist die Kinderkrüppelfürsorge. Die Provinz hat eine Anstalt — die einzige Anstalt für Krüppel, die auf provinzieller Grundlage beruht — in der Provinzialanstalt Johannisstal bei Süchteln errichtet. Die Anstalt für epileptische Kinder in Johannisstal bei Süchteln ist seinerzeit aufgehoben worden, und diese Anstalt wurde dafür eingerichtet, verkrüppelte Kinder aufzunehmen. Im August 1921 wurde diese Anstalt zum ersten Male mit 140 Kindern belegt; im nächsten Jahre war die Belegung bereits auf 180 gestiegen, und zur Zeit sind 280 Kinder dort untergebracht.

Bereits mehrmals hat sich der Provinziallandtag mit einer Erweiterung der Anstalt beschäftigt. Aus Anlaß der Jahrtausendfeier ist nunmehr beschlossen worden, diese Anstalt, soweit es irgend möglich ist, vollständig auszubauen. Es ist festgestellt worden, daß das Maximum an Kindern, die dort untergebracht werden können, auf 400 erweitert werden kann. Hierzu sind natürlich allerlei Ausgaben notwendig. Es müssen neue Gebäude, neue Liegehallen errichtet werden, die Küche muß erweitert werden; die Turnhalle, die gerade bei Verkrüppelten außerordentlich notwendig ist, um das orthopädische Turnen zu pflegen, muß erweitert werden. Ferner ist es notwendig, daß ständig, auch des Nachts, ein Arzt vorhanden ist. Da augenblicklich die Verhältnisse so liegen, daß bis nach Süchteln zwanzig Minuten zu gehen sind, ein Arzt für die Anstalt also außerordentlich schwer zu erreichen ist, so ist es notwendig, daß auch Arztwohnungen und auch Wohnungen für die Angestellten, die dort tätig sind, errichtet werden. Dies alles verlangt die Vorlage, die Ihnen unterbreitet worden ist. Es soll auch eine orthopädische Anstalt mit errichtet werden. Hierbei ist nicht etwa daran gedacht, daß nun die Kinder, die als verkrüppelte Kinder dorthin kommen, dort irgendwie ausgebildet werden sollen. Es soll keine orthopädische Lehranstalt, sondern eine Werkstätte sein, um die orthopädischen Schienen, die

Bandagen usw., die sonst in Düsseldorf und an anderen Orten hergestellt werden müssen, an Ort und Stelle von einem Fachmann herstellen zu lassen. Das ist von außerordentlicher Bedeutung, weil die einzelnen Apparate, die für die Krüppel notwendig sind, individuell hergestellt und ganz genau dem jeweiligen Körper angepaßt werden müssen. Da ist es nicht nur für die Anstalt, sondern auch für die Provinz von großer Bedeutung, wenn ein Orthopäde dort antwesend ist, der die Sachen dort gleich herstellen kann.

Es sind deshalb aus Anlaß der Jahrtausendfeier als Gabe der Provinz 1 200 000 Mark in einen besonderen Etat eingesezt worden. Wir bitten Sie, dem Ihre Zustimmung zu geben.

Der Sachausschuß 3 hat nun aber bei der Ausführung dieser Anstalt einige Wünsche zu äußern.

Zunächst wünschen wir, daß der leitende Arzt, der dort tätig ist, mit den Direktoren der übrigen Anstalten gleichgestellt wird. Bisher ist ja die Kinderheilstätte Johannisstal gewissermaßen nur ein Anhängsel der Provinzial-Irrenanstalt in Süchteln gewesen. Die Verwaltung geschah von dort, und nur der Arzt war betreffs seiner eigenen Tätigkeit selbständig. Jetzt soll aber die Anstalt vollständig selbständig errichtet und vollkommen auf eigene Füße gestellt werden. Da ist es notwendig, daß der Arzt, der nach Vollendung der Anstalt den Posten eines Direktors innehaben wird, mit den übrigen Direktoren gleichgestellt wird. Wir gingen dabei vor allem von der Erwägung aus, daß mit der Gewinnung des leitenden Arztes Dr. Roeren die Provinz einen außerordentlich glücklichen Griff getan hat. Dr. Roeren wird von allen, die ihn kennen, als Kapazität auf diesem Gebiete anerkannt. Er hat außerordentlich erfreuliche Fortschritte in seiner Anstalt zu verzeichnen. Er hat es nicht nur verstanden, als Arzt und Fachmann in erster Linie dort tätig zu sein, sondern auch erreicht, daß die Kinder Vertrauen zu ihm haben; haben wir uns doch bei dem Besuch der Anstalt sagen lassen müssen, daß die Kinder selbst darauf drängen, operiert zu werden, damit sie endlich von ihrem Gebrechen geheilt werden. Wir fühlen uns bewogen, das anzuerkennen und den leitenden Arzt auch in die Stelle hineinzurücken, in die er gehört, damit uns nicht nachher von Privatanstalten dieser tüchtige Arzt weggenommen und uns die Sache dadurch erschwert wird.

Es muß weiter auch möglich sein, die Anstalt von der Heil- und Pflegeanstalt mehr als bisher abzugrenzen. Heute hängen diese beiden Anstalten noch sehr ineinander, und das Odium der Irrenanstalt besteht vielfach noch in der Bevölkerung draußen, so daß viele immer noch das Bedenken haben: Nach Süchteln, in die Berrücktenanstalt, sollen wir unser Kind bringen? Das muß dadurch geändert werden, daß beide Anstalten auch räumlich getrennt werden. Heute ist es leicht möglich, daß die Irren mit den verkrüppel-

ten Kindern zusammenkommen. Die Kinder laufen in die Anstaltsplätze der Irrenanstalt, und die Irren gehen bei ihren Spaziergängen durch die Anstaltsplätze zu den Krüppeln. Das muß selbstverständlich vermieden werden.

Der Sachausschuß wünscht bei der Krüppelfürsorge vor allen Dingen, daß darauf Wert gelegt wird, daß die Verkrüppelten in ihrer Berufsberatung soviel wie möglich gefördert werden und daß in erster Linie auch das orthopädische Turnen mehr als bisher gepflegt wird. Dazu wird es notwendig sein, daß, wenn die Krüppelanstalt Johannistal vollständig ausgebaut ist, dann auch ein orthopädischer Turnlehrer hauptamtlich angestellt wird. Heute muß das orthopädische Turnen, eines der besten Heilmittel für die verkrüppelten Kinder, von den Ärzten mit erledigt werden. Wenn die Anstalt mit 400 Kindern belegt ist, wird das selbstverständlich eine viel zu große Aufgabe für die Ärzte, und es muß dafür gesorgt werden, daß ein orthopädischer Turnlehrer, der nur für diesen Zweck tätig ist, dort angestellt wird.

Das sind die Wünsche, die der Sachausschuß geäußert hat und die er der Provinzialverwaltung zur Erwägung anheimgibt.

Der Sachausschuß 3 stellt den Antrag, den Etat für die Provinzial-Kinderheilstätte Süchteln in der vorgelegten Form anzunehmen. Dasselbe beantragt er für den Etat der Krüppelfürsorge. Bei der Vorlage für die orthopädische Kinderheilstätte Süchteln stellt der Sachausschuß folgenden Antrag:

„Der Provinziallandtag wolle den Haushaltsplan unverändert annehmen mit der Maßgabe, die Einstufung des leitenden Arztes in die gleiche Gehaltsstufe, in der sich die Direktoren der Provinzial-Heil- und -Pflegeanstalten befinden, dem Provinzialausschuß zur Erwägung zu überweisen.“

Ich bitte Sie, alle drei Punkte in dieser Form anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Meine Damen und Herren! Wir stimmen grundsätzlich der Erweiterung der orthopädischen Kinderheilstätte zu. Wir beantragen aber, daß die Worte in dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses unter Nr. 1: „Zur bleibenden Erinnerung an die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinprovinz zum Deutschen Reiche“, gestrichen werden.

Die Erweiterung der Anstalt wäre auch ohne den Anlaß der Jahrtausendfeier notwendig geworden. Wenn man heute aus Anlaß der Jahrtausendfeier Mittel bereitstellen kann, so bin ich der Meinung, daß man die Jahrtausendfeier in der Form, wie sie aufgezogen wird, hätte zurückstellen und das Geld zu dergleichen Zwecken verwenden können. Man glaubt viel-

leicht, die Jahrtausendfeier den Massen dadurch schmählicher zu machen, daß man die Erweiterung der Krüppelheilstätte Süchteln vorschiebt.

Wir sind Gegner eines solchen Jahrtausendrummels, namentlich in der heutigen Zeit, wo die Erwerbslosigkeit in den Industriegebieten und besonders hier in unserem Bezirk, im Rheinlande, so groß ist, wo viele Tausende von Arbeitern infolge der schlechten Konjunktur und der niedrigen Erwerbslosenunterstützung am Hungertuche nagen. Es ist festgestellt worden, daß Tausende von Arbeitern, deren Löhne so niedrig sind, daß sie sich kaum das Notwendige zum Leben beschaffen können, mit trockenem Brot und vielfach sogar ohne Brot zur Arbeit gehen müssen. Wir stimmen also dieser Erweiterung mit dem Ersuchen zu, den eben verlesenen Absatz zu streichen.

Dem Etat der orthopädischen Kinderheilstätte Süchteln stimmen wir zu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Es war der leider heute nicht unter uns anwesende Abgeordnete Ullensbaum, der bei der Vorbereitung zur Jahrtausendfeier darauf hinwies, daß es richtig wäre, auch durch eine besondere soziale Tat des Provinzialverbandes der Jahrtausendfeier ein dauerndes Andenken zu sichern. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Auf diese Anregung hin bin ich erst auf den Gedanken gekommen, diesen Ausbau dem Provinzialausschuß vorzuschlagen, trotzdem man wohl manche finanzielle Bedenken gerade in diesem Jahre hätte haben können. Aber es war auch die Ansicht des Provinzialausschusses, daß aus diesem Anlaß etwas Besonderes, auch unter Aufbietung der letzten finanziellen Kräfte des Provinzialverbandes, geschehen müsse. Daraufhin ist diese Vorlage gemacht worden. Es ist also durchaus richtig, daß diese Vorlage auch äußerlich und in der Beschlussfassung mit der Jahrtausendfeier in Verbindung gebracht wird. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Ich lasse abstimmen und bitte diejenigen, die für die Streichung des Absatzes 1 des Vorschlages des Provinzialausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Ich bitte dann diejenigen, die für die ganze Vorlage sind. — Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 18 und 19 ist Widerspruch nicht erhoben worden. Ich stelle die Annahme dieser Vorschläge des Ausschusses fest.

Punkt 20: Antrag des 3. und 1. Sachausschusses zu dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Bereitstellung von 150000 Mark zur Unterstützung von Kinderspeisungen.

Da liegt der Abänderungsantrag der Kommunistischen Partei vor, diesen Betrag auf eine Million zu erhöhen.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Orlopp.

Abgeordneter Orlopp: Meine Damen und Herren! Nachdem der Zentralausschuß für Auslandshilfe die sogenannte Quäterspeisung eingestellt hat, ist dieser Antrag auf Zahlung eines einmaligen Beitrages von 150 000 Mark gestellt worden, damit aus allgemeinen gesundheitlichen Gründen die Kinderspeisung nicht eingestellt zu werden braucht. Der Sachausschuß ist einstimmig zu der Auffassung gekommen, diesem Antrage zuzustimmen. Es soll aber hier im Plenum zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Mittel nur für leistungsschwache Gemeinden zur Verfügung stehen. Außerdem soll der Appell an die Öffentlichkeit, vor allen Dingen an die einigermaßen zahlungsfähigen Städte und Gemeinden, ergehen, für die Kinderspeisung im Interesse der heranwachsenden Generation weitere Mittel flüssig zu machen. Außerdem ist es notwendig, daß Reich und Staat im Interesse der allgemeinen Gesundheit für die Zwecke der Kinderspeisung weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Die Kommission bittet um unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Mitberichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Der 1. Sachausschuß tritt dem Antrage bei. Er hat mich jedoch beauftragt, zu betonen, daß er der Auffassung ist, daß die Kinderspeisung an und für sich nicht zu dem Aufgabenkreis der Provinz, sondern zu den Aufgaben der engeren Kommunalverbände gehört. Wenn er trotzdem diese Mittel zu bewilligen vorschlägt, so geschieht dies, um eine Unterbrechung der Kinderspeisung, die infolge der Neuorganisation andernfalls unvermeidlich wäre, zu verhindern.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Hölken hat das Wort.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Die Speisung bedürftiger Schulkinder konnte in den letzten Jahren, wie das schon von dem Herrn Berichterstatter ausgeführt wurde, insbesondere durch die Auslandsspende durchgeführt werden. Noch im vorigen Jahre wurden in der Rheinprovinz rund 50 000 Kinder gespeist. Vielfach war es möglich, diese nur für die Ferien gedachte Aktion auf das ganze Jahr auszudehnen und durchzuführen. Die Spenden aus dem Auslande fließen heute nicht mehr so, so daß das segensreiche Werk gefährdet ist, wenn nicht eingesprungen wird. Auch heute noch ist der Gesundheitszustand unserer Kinder, insbesondere der Arbeiterkinder und der Kinder des Mittelstandes, alles andere wie günstig und gibt immer noch zu großen Befürchtungen für die Entwicklung unserer Jugend Anlaß.

Wenn auch eine Anzahl größerer Städte in der Lage sein werden, Mittel für die Durchführung des Speisungswerkes bereitzustellen, so ist das doch nicht der Fall bei den kleinen Städten und Industrie-gemeinden, die ja durch die Fürsorgepflichtverordnung ganz außerordentlich angespannt sind. Ich bin im Gegensatz zu dem Herrn Berichterstatter Dr. Saafen der Auffassung, daß die Provinzialverbände bis zu einem gewissen Grade die Verpflichtung haben, einen Lastenausgleich in den Wohlfahrtsausgaben zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Gemeinden herbeizuführen und daß die Provinzialverbände dann auch die gegebene Instanz für die Fortführung des Kinderspeisungswerkes sind. Die Provinz Hannover hat bereits einen Betrag von 120 000 Mark für diesen Zweck bewilligt, und nach unseren Informationen ist auch das Wohlfahrtsministerium bereit, die Kinderspeisung geblich zu fördern.

Ich habe aber noch einem besonderen Wunsch meiner Fraktion Ausdruck zu geben, und zwar, daß die Verteilung der Mittel dem Rheinischen Ausschuss für Kinderspeisung überlassen wird. Dieser Wunsch entspricht reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Der Rheinische Ausschuss für Kinderspeisung, dessen Vorsitzender der Herr Landeshauptmann ist, setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadt- und Landkreise und der privaten Wohlfahrtsorganisationen; außerdem gehören ihm mehrere Ärzte und auch die Vertreter der fünf Regierungsbezirke an.

Den Antrag der kommunistischen Fraktion lehnen wir ab. Es erscheint ausgeschlossen, daß dafür eine Mehrheit zu bekommen ist. Wir haben keine Lust, unseren eigenen Antrag durch die Unterstützung des kommunistischen Antrages zu gefährden. (Zuruf des Abg. Knab: Er ist gar nicht gefährdet!) Sie haben den Antrag ja auch nur gestellt, damit wir ihn ablehnen sollen, um dann draußen wieder auf uns herumhauen zu können. (Sehr gut! rechts.) Wir haben den Mut, unsere Stellungnahme zu Ihrem Antrage vor unseren Wählern zu verantworten. Wir könnten noch viel demagogischer sein als Sie und könnten heute 2 Millionen fordern. (Zuruf des Abg. Knab: Tun Sie es nur, wir stimmen zu.) Aber mit solchen Forderungen geben wir den Kindern auch noch nicht ein Viertel Liter Milch. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wohl aber wird, wenn auch in bescheidenem Maße, geholfen, wenn das Haus heute unserem Antrage zustimmt. Uns kommt es auf die praktische Hilfe und nicht auf agitatorischen Bluff an, mit dem Sie keinen Menschen satt machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Meine Damen und Herren! Wir sind nicht Gegner des Antrages der Sozialdemokratischen Partei, sind aber der Meinung, daß diese

Mittel nicht ausreichend sind. Es gibt in der Provinz eine ganze Menge hilfsbedürftiger Gemeinden, die die KinderSpeisung mit der Begründung abgelehnt haben, daß die Finanzen nicht ausreichen. Wir haben bei dem ersten Punkt der Tagesordnung heute gehört, daß selbst Herr Abgeordneter Dr. Hagen sagt, daß die Aussichten für die Zukunft sehr trübe sind. Wir sind deshalb der Meinung, daß unbedingt auch von dieser Stelle aus geholfen werden muß. Deshalb haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Der Provinziallandtag beschließt, hilfsbedürftigen Gemeinden 1 Million für KinderSpeisung zur Verfügung zu stellen.“

Wir empfehlen Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich lasse über die Anträge abstimmen. Der weitergehende Antrag ist der der Kommunistischen Partei, eine Million zur Verfügung zu stellen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Einen Widerspruch gegen die Annahme des Antrages, 150 000 Mark zur Verfügung zu stellen, habe ich nicht gehört. Ich darf deshalb annehmen, daß das Haus mit dieser Bewilligung einverstanden ist.

Punkt 21: Antrag des 3. und 1. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend:

1. Uebernahme von Bürgschaften gegenüber der Landesbank auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 68. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung;
2. Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahre 1925 nochmals Bürgschaften in Höhe von 1 Million Goldmark zu übernehmen;
3. Uebernahme eines Teiles der Zinsen für solche Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege, die Neu- und Erweiterungsbauten zur Durchführung der dem Provinzialverband gesetzlich obliegenden Aufgaben ausführen und durch den Zinsendienst für die dazu aufgenommenen Darlehen zu sehr belastet werden.

Das Wort hat die Berichterstatterin Fräulein Gosewinkel.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der Provinzialausschuß hat gemäß Ermächtigung des 68. Rheinischen Provinziallandtags für gemeinnützige Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege Bürgschaften gegenüber der Landesbank übernommen und wünscht dieselbe Ermächtigung in Höhe von 1 Million Goldmark für das Rechnungsjahr 1925/26. Sodann wünscht der Provinzialausschuß die Ermächtigung zur Uebernahme eines Teiles der Zinsen für solche Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege, die durch den Zinsendienst zu sehr belastet würden. Der 3. Fachausschuß empfiehlt die Annahme der vom Provinzialausschuß gestellten Anträge, macht aber darauf aufmerksam, daß nur solche

Anstalten bedacht werden dürfen, die dem Provinzialverband zur Erfüllung der ihm zugewiesenen gesetzlichen Fürsorgepflicht behilflich sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Meine Damen und Herren! Die kommunistische Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir sind für jede Bewilligung für den Ausbau von Provinzialanstalten, lehnen aber die Unterstützung von Privatanstalten ab. Ausführliche Begründungen hat mein Fraktionsgenosse Knab gestern in der Plenarsitzung genügend zum Ausdruck gebracht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Appel. (Zuruf des Abg. Knab: Verzichtet!)

Dann lasse ich abstimmen und bitte diejenigen, die für die Annahme der Anträge des 3. und 1. Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Es wird beantragt, Punkt 34 vorwegzunehmen, weil Herr Landesrat Gerlach gleich fort muß.

Punkt 34: Antrag des 3. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Herausgabe einer Zeitschrift „Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz“.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Lopp.

Abgeordneter Dr. Lopp: Die Drucksache Nr. 10 liegt Ihnen vor. Die Fachkommission 3 schlägt Ihnen vor, dieselbe unverändert anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 23 muß vertagt werden, weil der Berichterstatter nicht hier ist. Ebenso wird beantragt, Punkt 24 auf morgen zu vertagen, um eine gemeinschaftliche Beratung mit den Anträgen des 5. Fachausschusses zu ermöglichen. Ich stelle Ihr Einverständnis damit fest.

Punkt 25: Antrag des 2. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Ausbau des Jugendherbergnetzes in der Rheinprovinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Der 2. Fachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme des Antrages. Er ist der Begründung des Provinzialausschusses vollständig beigetreten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 26: Antrag des 2. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Errichtung und Tätigkeit des Landesjugendamts im Rechnungsjahre 1924/25.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Der 2. Sachausschuß beantragt, diesen Bericht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Plum.

Frau Abgeordnete Plum: Meine Damen und Herren! Betreffs des Landesjugendamtes lehnt unsere Fraktion den Antrag in dieser Weise ab. Wir sind durchaus nicht gegen die Jugendämter. Aber gegen das Landesjugendamt, wie es heute von der Provinz zusammengestellt ist, müssen wir auf das entschiedenste protestieren. Wir als Vertreter der Arbeiterkinder haben ein großes Interesse an dem Ausbau der Landesjugendpflege. Aber wir protestieren ganz entschieden dagegen, daß die kommunistische Fraktion nicht ein einziges Mitglied in dem Ausschuß für das Landesjugendamt hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Knab hat das Wort.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen folgenden Antrag zum Landesjugendamt vorzulegen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Da die die kommunistische Weltanschauung pflegenden Jugendorganisationen bzw. in der Jugendpflege erfahrenen Sachverständigen der gleichen Weltanschauung nicht im Landesjugendamt vertreten sind, wird diesen Organisationen bzw. Personen ein Sitz im Landesjugendamt mit beratender Stimme zugestanden.“

Zur Vorgeschichte kurz folgendes: Ich brauche Ihnen über die gesetzlichen Grundlagen, nach denen die Landesjugendämter und auch die örtlichen Jugendämter zusammengestellt werden, nichts zu sagen. Ich greife nur zwei Gruppen heraus, die Gruppe der freien Vereinigungen und die Gruppe der in der Jugendwohlfahrt erfahrenen Männer und Frauen. Das Landesjugendamt besteht aus 24 Personen. Davon sind nur 15 Personen gewissermaßen auf Grund der Weltanschauung und der politischen Einstellung verteilt, und zwar die acht Personen, die aus freien Vereinigungen vorgeschlagen worden sind, und die sieben in der Jugendwohlfahrt erfahrenen Männer und Frauen. Wer sich das uns vorliegende Verzeichnis der in Frage kommenden Vertreter ansieht, wird finden, daß sowohl die Vertreter der freien Vereinigungen als auch die sogenannten Sachverständigen alle einer bestimmten Weltanschauung — der katholischen oder der evangelischen Konfession — oder einer bestimmten politischen Partei — der Sozialdemokratie, dem Zentrum oder den Rechtsparteien — angehören.

Wir bekamen im Provinzialausschuß anlässlich der Sitzung im Oktober vorigen Jahres in Trier die erste Vorlage des Vertreters der Verwaltung, und zwar des

Herrn Landesrats Wossen, zur Angelegenheit der Bildung eines Landesjugendamtes zur Kenntnis. In diesem ersten Vorschlage waren die acht Mitglieder der freien Vereinigungen und die sieben Männer und Frauen, die in der Jugendwohlfahrt erfahren sind, zusammengerechnet, so daß nach politischen Gesichtspunkten eine Verteilung von 15 Sitzen in Frage kam. Nach dem Schlüssel, den der Provinziallandtag 1921 aufgestellt hat, würde unsere Fraktion mit 13 oder jetzt 14 Mitgliedern bei 15 Sitzen Anspruch darauf haben, einen Vertreter in einen 15er-Ausschuß hineinzusenden. Schon bei 11 steht uns ein Vertreter zu. Ich habe damals unseren Einwand vorgebracht, und es wurde mir von dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses auch im Ausschuß erklärt: Gewiß, nach der Formulierung, welche jetzt der Antrag der Verwaltung hat, steht es den Kommunisten frei, auch einen Vertreter dorthin zu entsenden, entweder einen in der Jugendwohlfahrt erfahrenen Mann oder Frau ihrer Weltanschauung oder ein Mitglied einer Vereinigung, die hinter dieser Weltanschauung steht. Es wurden aber damals von Seiten des Herrn Landesrats Wossen und auch von einigen anderen Mitgliedern dagegen Bedenken erhoben, und das Endergebnis war, daß die Verwaltung ihre Vorlage vom Oktober in der damals bestehenden Form zurückzog. Dann ist man dazu übergegangen und hat diese 15 Sitze im Landesjugendamt getrennt betrachtet: Acht für die freien Vereinigungen und sieben Sachverständige. Bei acht bekommen die bösen Kommunisten natürlich keinen Sitz. Verteilen wir dann die zweite Gruppe, die sieben, besonders, dann haben sie auch keinen Anspruch. Erst bei elf steht ihnen ein Mitglied zu. So ist es geschehen, daß bei 24 stimmberechtigten Mitgliedern des Landesjugendamtes unsere Fraktion mit Sitz und Stimme vollkommen ausgeschaltet ist. (Zuruf aus der Mitte: Das ist kein Unglück!) Sie sagen, das sei kein Unglück; vielleicht für Sie nicht, für uns wohl. Wir hoffen zwar nicht, das Landesjugendamt durch einen Vertreter revolutionieren oder da Bedeutendes vollbringen zu können. Aber es leiten uns hier rein praktische Erwägungen. Es sind auch genügend Kinder, die unter die Jugendwohlfahrt und unter das Jugendwohlfahrtsgesetz fallen, deren Väter oder Mütter unserer Weltanschauung huldigen und die auch ihre Wünsche bezüglich der zahlreichen Gebiete, für die das Landesjugendamt zuständig ist, haben. Für sich selbst nehmen Sie erst recht in Anspruch, Ihre Leute auf Grund Ihrer Stärke dorthin zu schicken. Unsere Anhänger — wir waren bei der letzten Kommunalwahl nach dem Zentrum die stärkste Partei — können ebenso beanspruchen, mit Sitz und Stimme darin vertreten zu sein. Sie haben damals entgegen unserem Einspruch die Zusammensetzung vollzogen. Wir können auf Grund der bestehenden Machtverhältnisse, wie wir offen erklären müssen, nichts daran ändern. Aber wir können heute von Ihnen verlangen,

daß Sie darüber entscheiden, ob Sie selbst den guten Willen haben, ein Mitglied unserer Fraktion oder einen Anhänger unserer Weltanschauung, sei es einen Lehrer oder einen des Erziehungswesens Kundigen, in das Landesjugendamt mit beratender Stimme zuzulassen.

Das Landesjugendamt selbst hat ja auf Grund des Gesetzes die Möglichkeit, irgendwelche Sachverständige — seien es Ärzte oder seien es Angehörige aus dem Lehrerstande usw. — zuzuziehen. Unserer Kenntnis nach ist das auch bereits von Seiten des Landesjugendamtes geschehen. Wir wünschen jetzt, daß auch unsere Weltanschauung im Landesjugendamt einen Sitz durch einen Vertreter bekommt, um dort die Wünsche aus unseren Kreisen vortragen und vertreten zu können. Das Haus hat ja darüber zu entscheiden, ob es unserem Antrage entsprechen will. Dieser Antrag ist selbst auf Grund des bestehenden Gesetzes mehr als berechtigt, da wir eigentlich stimmberechtigten Anspruch haben. Wir verlangen aber heute von Ihnen nur die Zustimmung, daß wir mit beratender Stimme einen unserer Weltanschauung anhängenden Vertreter in das Landesjugendamt entsenden und ihm, wie den übrigen Mitgliedern, die notwendigen Stellvertreter bestellen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. H o r i o n : Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner irrt, wenn er glaubt, es handele sich hier um einen 15gliedrigen Ausschuß, der vom Provinziallandtage zu wählen wäre. Es handelt sich vielmehr um die Zusammensetzung des Landesjugendamtes, für das die Regeln der Zusammensetzung genau in Gesetz und Satzung gegeben sind. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!) Zunächst gehören dem Landesjugendamt Mitglieder der freien Vereinigungen auf dem Gebiete der Jugendpflege an, und zwar werden dieselben in der Weise gewählt, daß eine öffentliche Bekanntmachung ergeht, wonach die betreffenden freien Vereinigungen, die ihrer Bedeutung nach glauben, einen Anspruch auf einen Sitz im Landesjugendamt zu haben, sich melden können. Diese Bekanntmachung ist ergangen, und eine freie Vereinigung im Sinne des Herrn Vorredners hat sich nicht gemeldet, konnte also aus diesem Grunde schon nicht berücksichtigt werden. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Hört, hört!)

Außerdem hat der Provinziallandtag bzw. die betreffende Sachkommission 7 Mitglieder zu wählen. Wenn diese Wahlen nach dem Verhältniswahlssystem erfolgen, so hat der Herr Vorredner schon zugegeben, daß nach der Zusammensetzung des Provinziallandtages bei 7 Mitgliedern auf die kommunistische Fraktion kein Mitglied entfällt. Also schon aus diesen formellen Gründen konnte eine Berücksichtigung nicht stattfinden.

Weiter kann das Landesjugendamt noch Sachverständige auf dem Gebiete der Heilkunde und der Ge-

werbeaufsicht zuziehen. Auf dem Gebiete lag keine Veranlassung vor, einen Herrn, der der kommunistischen Fraktion angehört, zuzuziehen. Aus dem Grunde kann auch wohl dem vorliegenden Antrage nicht entsprochen werden.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Knab.

Abgeordneter K n a b : Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns zwingen mich denn doch, jetzt noch etwas näher auf die Sache einzugehen.

Der Herr Landeshauptmann sagt: Es sind zwei Gruppen vertreten, die eine mit sieben und die andere mit acht, und der Provinziallandtag wählt beide nicht. Das stimmt, rein formell betrachtet. Aber innerhalb des Provinzialausschusses, und zwar unter Hinzuziehung der Parteien der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Rechten, haben Verhandlungen von Partei zu Partei über die Verteilung der Sitze an die Jugendorganisationen, die den einzelnen Parteirichtungen nahestehen, und auch über die sogenannten sachverständigen Männer und Frauen stattgefunden. Es ist im Provinzialausschuß offiziell mitgeteilt worden, daß sich die Parteien dahin geeinigt haben, daß dem Zentrum vier Mitglieder, die ihm aus den freien Vereinigungen nahestehen, und der Rechten und der Sozialdemokratie je zwei Mitglieder zustehen. Das hat man ausdrücklich von Partei zu Partei dort festgestellt. Also ist das hier nur ein Stützen auf rein formelle Gründe. Im Provinzialausschuß hat die Verteilung dieser 15 Sitze nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten stattgefunden. Sie haben natürlich den Ihnen nahestehenden Jugendwohlfahrtsorganisationen und den Männern und Frauen, die Ihren Parteien nahestehen, den Rat gegeben, sich zu melden. Herr Landeshauptmann, Sie sagen nun, von unserer Seite hätte sich keine Organisation der Jugendpflege gemeldet. Warum nicht? Weil Sie uns von vornherein jeden Anspruch aberkannt haben. Sie haben im Oktober vorigen Jahres in Trier und dann im November bei der Verhandlung im Provinzialausschuß erklärt, daß den der kommunistischen Weltanschauung Nahestehenden kein Vertreter zustehen. Ich habe damals ausdrücklich im Ausschusse erklärt und es auch gegenüber dem Herrn Landesrat Wossen persönlich zum Ausdruck gebracht, daß wir uns dem Standpunkte nicht fügen können, und daß es ein Unrecht ist, wo wir schon bei elf einen Vertreter unserer Weltanschauung „meinsenden“ können, nun auf solche Bestimmungen sich zu stützen und eine Ausnahmebestimmung gegen uns zu schaffen. Es ist direkt eine Ausnahmebestimmung, die von Seiten der Verwaltung konstruiert worden ist. Bei gutem Willen Ihrerseits hätten Sie uns den Sitz einräumen müssen. So kommt es, daß das Zentrum vier von acht hat und daß die Rechte und die Sozialdemokratie je zwei Sitze haben, während wir Anspruch dar-

auf haben, Sitz und Stimme eines der Mitglieder zu bekommen. Heute soll der Landtag ja nicht beschließen, daß das umgeworfen wird, sondern es soll ein Sachverständiger hinzugezogen werden. Ich kann namens meiner Fraktion erklären: Wir werden für diesen Zweck einen Lehrer und eine Lehrerin vorschlagen, einen als ordentliches Mitglied mit beratender Stimme und die andere als Vertreterin, die auch zu den jeweiligen Kommissionssitzungen zugezogen werden sollen. Sie können also heute nicht sagen: Es sind keine Sachverständige, die da von seiten der kommunistischen Bewegung vorgeschlagen werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Die Zusammensetzung des zweiten Ausschusses hat auf Beschwerde der kommunistischen Fraktion auch den 2. Sachausschuß beschäftigt. Im 2. Sachausschuß ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Wahl, wie es der Herr Landeshauptmann eben dargelegt hat, durchaus richtig nach Satzung und Gesetz vorgenommen worden ist. Der kommunistischen Partei stand eben kein Vertreter zu. Das hat Ihre Vertreterin, die im 2. Sachausschuß war — Herr Knab, lassen Sie sich darüber belehren, Frau Appel hat Sie damals vertreten —, auch vollständig anerkennen müssen.

Zu dem weiteren Antrage der Kommunisten muß ich feststellen, daß nach Satzung und Gesetz man keine beratenden Vertreter von Fraktionen kennt. (Zuruf des Abg. Knab: Nicht von Fraktionen!) Soweit beratende Vertreter zulässig sind, sind sie so gewählt, wie die Satzung es zuläßt; dies entspricht dem Gesetz. Der Provinziallandtag ist gar nicht in der Lage, dem Antrage stattzugeben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Appel.

Abgeordnete Frau Appel: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch einige Worte sagen, weil ich an der betreffenden Sitzung des 2. Sachausschusses teilgenommen habe. Es stimmt schon, daß wir formell nicht ein Anrecht haben, einen Vertreter in das Landesjugendamt zu entsenden. Aber wenn man sich hierhinsetzt und so sehr den formellen Standpunkt betont, dann kann ich doch nicht umhin, zu sagen, daß man mit zweierlei Maß gemessen hat. Der SPD. stand auch nur ein Vertreter zu, während dem Zentrum fünf Vertreter zustanden. Durch private Verhandlungen zwischen den beiden Parteien wurde beschlossen, der SPD. noch einen Vertreter zu geben, so daß die SPD. mit zwei Vertretern hineinziehen konnte. Ich stellte dann den Antrag, von diesen zwei Vertretern, die man nun der SPD. zugestanden hatte, einen unserer Fraktion zu geben, damit auch wir, wenn es auch formell nicht möglich war, einen Vertreter in das Landesjugendamt entsenden konnten. Man hat

diesem meinem Antrage aus formellen Gründen nicht entsprochen.

Ich wollte nur noch einmal feststellen, daß, wenn es sich um die bösen Kommunisten handelt, man ganz streng formell vorgeht, während man bei anderen Parteien dies nicht für nötig befindet.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der Frau Abgeordneten Appel zwingen mich doch, diese Ausführungen in etwa richtigzustellen. Es stimmt nicht, wie Frau Abgeordnete Appel sagt, daß diese Verhandlungen nur privatweise geführt worden sind. Wir sind mit der Provinzialkommission in Galkhausen gewesen. Dort sind die Vorschläge für das Jugendamt gemacht worden. Es standen der Zentrumspartei rechtmäßig fünf Vertreter zu, während die Sozialdemokratie nur auf einen Anspruch hatte. Dort habe ich in öffentlicher Sitzung an die Zentrumspartei appelliert, uns einen Sitz von ihren fünf abzulassen. Dann ist die Zentrumspartei abgetreten und hat unter sich, ohne die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, beraten. Dann haben sich die Mitglieder der Zentrumspartei bereit erklärt, uns noch einen Sitz abzulassen, aber nicht, um ihn den Kommunisten zu geben (Heiterkeit), sondern unter der Bedingung, daß wir ihn haben sollten. Ich glaube, ich hätte auch nicht einen Sitz für die Kommunisten gefordert. Dann konnte ich ihn auch auf der bürgerlichen Seite lassen. Dann war er mir bei der bürgerlichen Seite unter Umständen noch lieber als bei Ihnen (zu den Kommunisten).

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Ich lasse über den Antrag der kommunistischen Partei abstimmen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Da die die kommunistische Weltanschauung pflegenden Jugendorganisationen bzw. in der Jugendpflege erfahrenen Sachverständigen der gleichen Weltanschauung nicht im Landesjugendamt vertreten sind, wird diesen Organisationen bzw. Personen ein Sitz im Landesjugendamt mit beratender Stimme zugestanden.“

Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist nicht die Mehrheit. Widerspruch gegen diese Feststellung wird nicht erhoben. (Zuruf des Abg. Knab: Ihr seid Demokraten!) Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen und keine Privatunterhaltungen zu führen, so interessant sie auch sein mögen.

Punkt 27: Antrag des 2. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Landesjugendamt für das Rechnungsjahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Kaiser. Abgeordneter Dr. Kaiser: Auch hier beantragt der 2. Sachausschuß unveränderte Annahme des An-

trages des Provinzialausschusses. Ich habe aber im ausdrücklichen Auftrage des 2. Sachausschusses hierbei festzustellen, daß nach einstimmiger Meinung des 2. Sachausschusses das Landessjugendamt in der Verwendung der ihm zugewiesenen Mittel vollständig frei ist, auch einen Posten auf den anderen übertragen kann, wenn es das für richtig erachtet.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Es ist so beschloffen.

Herr Abgeordneter Knab wünscht, eine persönliche Erklärung abzugeben, die er mir vorher, der Geschäftsordnung entsprechend, schriftlich mitgeteilt hat.

Abgeordneter Knab: In der Sitzung des Provinziallandtags vom 13. d. Mts. habe ich ausgeführt, daß der Vorsitzende der Interalliierten Oberkommission, Herr Tirard, durch Vermittlung der Abgeordneten Hagen, Mönning und Lönarb neben anderen Körperschaften auch dem vom 1. bis 8. November 1923 in Barmen tagenden Provinziallandtag bzw. dem von diesem zur Beratung der „Rheinlandfrage“ gebildeten 21er-Ausschuß Vorschläge machen ließ, deren offenes Ziel die Loslösung der Rheinlande von Preußen und dem Reiche war. Herr Tirard erwartete auf diese seine Vorschläge eine Antwort oder zustimmende Handlungen der in Frage kommenden Volksvertretungen.

Die Herren Abgeordneten Hagen und Mönning haben sowohl für sich persönlich als letzterer auch für die übrigen Zentrumsmitglieder des 13er-Ausschusses die Gegenerklärung abgegeben, daß sie keinen Auftrag von Herrn Tirard erhalten und ausgeführt hätten. Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld erklärte für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft im 13er-Ausschuß, daß von einem Auftrage Tirards an einen Abgeordneten des Provinziallandtags niemals die Rede gewesen sei.

Die Erklärungen der Herren Hagen, Mönning und Wesenfeld gehen auf meine wirklichen Behauptungen gar nicht ein. Sie sprechen von einem 13er-Ausschuß, während ich behauptet habe, daß die Ausführungen Tirards durch Vermittlung der Herren Hagen, Mönning und Lönarb im 21er-Ausschuß mitgeteilt wurden. Sie suchen durch eine Verschiebung der formellen Dinge in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als sei meine Anklage zu Unrecht geschehen. Durch Wortspielereien umgehen sie den Kern meiner Beschuldigungen, über deren Berechtigung sie persönlich sich wohl am klarsten sind. Diese Herren und die Zentrumspartei verzichten auf die von mir angebotene gerichtliche Klarstellung, angeblich weil sie es für unter ihrer Würde halten, in Wirklichkeit jedoch fürchten sie den Antritt des Wahrheitsbeweises vor ihrem eigenen Klaffengericht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Mönning.

Abgeordneter Mönning: Meine Damen und Herren! Den Erklärungen des Geheimrats Hagen habe ich mich persönlich angeschlossen und habe diese Erklärung auch auf die Mitglieder der Zentrumspartei des 13er-Ausschusses ausgedehnt. Herr Abgeordneter Wesenfeld hat sich für die Mitglieder des 13er-Ausschusses seiner Partei angeschlossen. Diese meine Erklärungen beziehen sich auch auf die Mitglieder des 21er-Ausschusses.

Im übrigen haben wir in der damaligen Zeit alle als deutsche Männer behandelt und müssen es ablehnen, in der Öffentlichkeit weiter auf diese Angelegenheit einzugehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Ich schließe mich den Erklärungen des Herrn Mönning für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft in vollem Umfange an. (Bravo! im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Angelegenheit ist erledigt.

Es wird beantragt, die Punkte 28 und 29 zu verbinden. — Sie sind damit einverstanden.

Punkt 28: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für bezirkshilfsbedürftige Geistesranke, Idioten, Epileptiker, Taubstumme und Blinde für das Rechnungsjahr 1925.

Punkt 29: Antrag des 3. Sachausschusses zu den Haushaltsplänen der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten für das Rechnungsjahr 1925.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter von Itter. Abgeordneter von Itter: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme beider Vorlagen. Bei der Beratung des Haushaltsplans der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten tauchte die Frage auf, die gestern auch hier schon zur Sprache kam, ob wir in absehbarer Zeit noch imstande sein werden, bei der Vermehrung der Pfleglinge, die in die Landesfürsorgeanstalten geschickt werden, die nötigen Betten zur Verfügung zu stellen. Es wurde festgestellt, daß am 31. März 1914 in den Provinzialanstalten 15 826 Pfleglinge untergebracht waren, während am 31. März 1925 13 025 dort gepflegt wurden. Es ist allerdings Tatsache, daß in den letzten Jahren die Zahl der Pfleglinge bedeutend zunimmt, daß z. B. in den letzten zwei Jahren die Zahl um je 200 zugenommen hat. Der Herr Landeshauptmann wies schon darauf hin, daß die Zahl der wirklich Kranken sich nicht so sehr vermehrt, daß aber weitere Kreise, die früher ihre Kranken auf eigene Kosten versorgen ließen, nach der Inflation dazu nicht mehr imstande sind und so sich genötigt sehen, ihre Angehörigen den Provinzialanstalten zu Lasten der Provinz zu

überweisen. Außerdem hielt man auch seitens der Gemeinden während der Inflationszeit zurück und hat jetzt nach Stabilisierung der Mark sich weiter entschlossen, die Kranken in die Provinzialanstalten zu schicken. Auch die folgenden Jahre lassen ein starkes Anwachsen der Geisteskranken, die einer Anstaltspflege bedürfen, erwarten. Da steht selbstverständlich die Frage vor uns: Wie werden wir diese Kranken unterbringen? Es stehen uns allerdings bedeutend weniger Anstalten zur Verfügung als 1914. Zwei Privatanstalten sind ganz eingegangen, Merzig ist der Provinzialverwaltung entzogen, weil es im Saargebiet liegt, Galthausen ist vorläufig ausgeschieden. In Düren wird eine Reihe von Betten von den Besatzungsstruppen zu Lazarettzwecken in Anspruch genommen. Trotzdem stehen augenblicklich ungefähr 450 Betten frei.

Für eine Reihe von Beamten sollen Wohnungen erbaut werden, und zwar für solche Beamte, die bis jetzt Räume der Provinzialanstalten zu Wohnzwecken in Anspruch nehmen. Dadurch werden wiederum für einige hundert Kranke Zimmer frei. Außerdem sind einige Privatanstalten bereit, neu zu bauen; einige sind schon im Bauen begriffen. Dazu kommt, daß die Fürsorgeerziehungsanstalt Solingen von den Engländern demnächst geräumt wird, und die Böglinge, die vorläufig in Waldbrohl untergebracht sind, dann wieder nach Solingen zurückgebracht werden können und nun die Waldbrohl Anstalt wieder ihrem ursprünglichen Zweck, der Unterbringung von Geisteskranken, zugeführt werden kann.

Für die nächsten zwei Jahre — so wurde festgestellt — stehen reichlich Plätze für Geisteskranken zur Verfügung.

Der 3. Sachausschuß glaubte folgendes bemängeln zu müssen:

Es ist ein starker Abbau des Pflegepersonals in den Anstalten erfolgt. Man glaubte, daß dieser Abbau ein zu starker gewesen sei, und bittet die Verwaltung um eine Revision dieser Angelegenheit.

Mit der Heilanstalt in Bonn war bisher ein Hirnverletzteninstitut verbunden. Dieses Institut ist eines der letzten Kriegslazarette und wird dauernd nicht lebensfähig bleiben, da es zweckmäßig sein wird, die Leute in anderen Anstalten unterzubringen. Dazu kommt, daß das Landesarbeits- und Berufsamt in Düsseldorf die Einrichtung eines arbeitswissenschaftlichen Instituts beantragt hat. Die Hirnverletztenstation soll mit diesem arbeitswissenschaftlichen Institut in Verbindung gebracht werden. Die Räume, die dadurch in Bonn frei werden, sollen aber wissenschaftlichen Zwecken vorbehalten bleiben. Es soll ein klinisches Institut für geistig abnorme Jugendliche dort eingerichtet werden.

Der Sachausschuß nahm dann den landwirtschaftlichen Bericht entgegen. Sind auch die Resultate, die

aus diesem Bericht hervorgingen, nicht so glänzend gewesen wie im vorigen Jahre, so hat der Sachausschuß doch mit Genugtuung festgestellt, daß die Verwaltung der landwirtschaftlichen Betriebe der Provinz in guten Händen liegt und daß die Erfolge dieser landwirtschaftlichen Betriebe außerordentlich günstig sind im Vergleich mit anderen Betrieben, vor allem auch mit Rücksicht darauf, daß schlechte Ernten und Seuchen dort viel Unheil angerichtet haben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Orlopp.

Abgeordneter Orlopp: Meine Damen und Herren! Wir haben alljährlich darauf hingewiesen, daß, vom ärztlichen Standpunkt aus gesehen, der Grundbesitz der Heil- und Pflegeanstalten erweitert werden muß. Auch der Etatsredner unserer Fraktion hat darauf hingewiesen, daß die Feldkultur gefördert werden müsse, um so den Grundbesitz für die Anstalten zu erweitern. Die Herren Fachärzte geben nach wie vor an, daß die Beschäftigung in der Landwirtschaft die Gesundheit der Insassen der Heil- und Pflegeanstalten wesentlich fördert. Aber, meine Damen und Herren, nicht allein aus diesem Grunde, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen muß nach unserer Auffassung eine Erweiterung des Grundbesitzes eintreten.

Ich habe hier eine Tabelle. Danach beträgt der gesamte Grundbesitz der Anstalten außer Wald 2886,5 Morgen. Diese 2886,5 Morgen bringen einen Ueberschuß von rund 460 000 Mark oder einen Reinerüberschuß, gerechnet nach den Grundsätzen der landwirtschaftlichen Buchführung, von 252 984 Mark.

Wir wissen wohl, daß man die private Landwirtschaft und die Landwirtschaft, wie sie von der Provinz betrieben wird, nicht in eine Parallele stellen kann. Aber die Ueberschüsse, die hier erzielt werden, müssen doch jeden klarschauenden Menschen dazu bringen, den Grundbesitz für die Heil- und Pflegeanstalten noch mehr als seither zu vergrößern, um hier noch bessere Erfolge auf finanziellem Gebiete zu erzielen. Dabei ist selbstverständlich nicht außer Betracht zu lassen, daß auch die Beschäftigung der Kranken innerhalb der Anstalten das beste Mittel ist, um diesen Menschen die Gesundheit wiederzugeben.

Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß der 3. Sachausschuß sein Verwundern darüber ausdrückt, daß trotz Zunahme der Krankenziffer die Anzahl der mit den Kranken beschäftigten Pfleger und Pflegerinnen zurückgegangen ist. Nach den Aufstellungen, wie der Etat sie zeigt, liegen die Verhältnisse wie folgt:

Im Jahre 1924 waren in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten 5400 Kranke untergebracht. In diesem Jahre sind 5850 Kranke oder ein Plus von 450 Kranken. Wenn wir uns nun die Anzahl der Pflegepersonen gegenüber dem Vorjahr ansehen, so müßte normaler-

weise eine Steigerung der Anzahl der Pflegepersonen eingetreten sein; zum mindesten müßte der Stand des Vorjahres eingehalten sein, wenn die Pflege nicht ganz wesentlich schlechter werden soll. Der Haushaltsplan über Beamte, Angestellte und Arbeiter der Anstalten weist nach, daß im Jahre 1924 1689 Personen in diesen Anstalten beschäftigt wurden gegen 1487 in diesem Jahre, das sind 202 Personen weniger.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf das Büro- und sonstige Personal eingehen, sondern will nur die Gruppen behandeln, die direkt mit der Krankenpflege zu tun haben. Da ergibt sich folgendes: An angestelltem männlichen Personal waren im vergangenen Jahre 207 vorhanden; heute sind es 175 oder 32 weniger. Das weibliche Pflegepersonal bestand aus 360 Köpfen gegen 325 Köpfe in diesem Jahre oder 35 weniger. Ein Teil des Pflegepersonals ist nun noch als beamtetes Personal anzusehen, welches in der Gruppe 2, zum Teil in 3, steckt. Hier kann ich nicht genau angeben, wie weit hier Pflegepersonen in Frage kommen. Aber nehmen wir nur die im Haushaltsplan von diesem Jahre weniger eingesetzten Stellen, das sind 35 Pflegerinnen, 32 Pfleger und die 22 Ordenspflegerinnen, so ergibt sich, daß wir in diesem Jahre rund 90—100 Stellen weniger für die direkte Krankenpflege eingesetzt haben als im vergangenen Jahre. Meine Damen und Herren! Hierunter muß die Pflege der Kranken leiden.

Die Provinzialverwaltung wird vielleicht sagen: Wir haben nicht offiziell oder nur wenig abgebaut. Aber es spielt gar keine Rolle, wie das gemacht wird, ob die Leute, die freiwillig aufgehört haben, nicht mehr ersetzt worden sind, oder ob man ältere Personen pensioniert hat. Tatsache ist und bleibt, daß soviel weniger Pflegepersonal da ist, bei einer wesentlich gesteigerten Krankenziffer.

Das hat auch der Sachausschuß 3 anerkannt und der Herr Berichterstatter zum Ausdruck gebracht. Wir möchten dringend bitten, daß zum mindesten die Stellen, die im vergangenen Jahre da waren, auf schnellstem Wege wieder eingeholt werden, im Interesse der Kranken und vor allen Dingen auch im Interesse einer schnelleren Gesundung der Kranken.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 28. Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Annahme fest.

Wir kommen weiter zur Abstimmung über Punkt 29. Auch hier stelle ich die Annahme fest.

Die Punkte 30 und 31 werden zu gemeinsamer Verhandlung verbunden.

Punkt 30: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Landesfürsorgewesens für das Rechnungsjahr 1925.

Punkt 31: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler für das Rechnungsjahr 1925.

Das Wort hat die Berichterstatterin Fräulein Gosewinkel.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der 3. Sachausschuß hat gegen den Haushaltsplan für das Landesfürsorgewesen nichts einzuwenden und empfiehlt seine unveränderte Annahme.

Ebenso empfiehlt der 3. Sachausschuß die unveränderte Annahme des Haushaltsplans für die Arbeitsanstalt Braunweiler.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich darf die Annahme feststellen.

Es ist beantragt, die Punkte 32, 38 und 39 zu gemeinsamer Berichterstattung und Verhandlung zu verbinden. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Hoff.

Abgeordneter Hoff: Die sozialdemokratische Fraktion des Hauses hat dem Landtage folgenden Antrag unterbreitet:

„Die jetzige Eingruppierung in den unteren Gruppen des Personals in den Heil- und Pflegeanstalten sowie in den Fürsorgeerziehungsanstalten entspricht durchaus nicht der verantwortlichen Tätigkeit, welche dieses Personal zu verrichten hat. Besonders an das Pflegepersonal werden hohe Ansprüche sowohl in körperlicher als auch in seelischer Beziehung gestellt. Es wird deshalb beantragt, folgendes zu beschließen:

1. Das beamtete Pflegepersonal wird nach Gruppe 3 der Besoldungsordnung eingestuft, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 4.
2. Für beamtete Handwerker kommt als Eingangsgruppe die Gruppe 4 in Betracht, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 5.
3. Handwerker in den Heil- und Pflegeanstalten, die selbständig einer Werkstatt vorstehen, werden nach Gruppe 5 besoldet, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 6.
4. Erzieher in den Fürsorgeerziehungsanstalten werden nach Gruppe 4 eingestuft mit Aufstieg nach Gruppe 5; desgleichen werden die Erziehergehilfen eine Gruppe höher eingestuft.
5. Das dem Tarifvertrag unterstehende Personal erhält eine Aufbesserung seiner Bezüge entsprechend Ziffern 1—4 dieses Antrages. Die Tarifgruppen 1 und 2 werden in ihren Bezügen der Besoldungsgruppe 2 gleichgestellt.“

Der 1. Sachausschuß empfiehlt, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort zu den Punkten 38 und 39 hat der Bericht-erstatte, Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Zu Punkt 38 (Drucksache 56) hat die Kommunistische Partei einen Antrag eingereicht, der Provinziallandtag möge eine Entschlieung an die Reichsregierung, betreffend Umgestaltung der Besol-dungs- und Ruhegehaltsordnung erlassen.

Die Sachkommission 1 hat gegen die Stimme des Vertreters der Kommunistischen Partei beschloffen, Ihnen vorzuschlagen: „Der Provinziallandtag wolle den Antrag ablehnen.“

Zu Punkt 39 (Drucksache 57) hat die Kommunistische Partei einen Antrag, betreffend Erhöhung der Ge-hälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten auf das von den Gewerkschaften errechnete Existenz-minimum bezw. Erhöhung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten eingereicht. Auch hier hat die Sachkommission 1 gegen die Stimme des Vertreters der Kommunistischen Partei beschloffen, Ihnen vorzu-schlagen: „Der Provinziallandtag wolle den Antrag ablehnen.“

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Orlopp.

Abgeordneter Orlopp: Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat bean-tragt, Pflegepersonen nicht mehr nach Gruppe 2 zu bezahlen, sondern nach Gruppe 3. In Anbetracht der Tätigkeit der Pflegepersonen ist dieser Antrag sicher-lich berechtigt. Ich habe vorhin bei meinen Ausführun-gen auf die gesteigerte Tätigkeit des Pflegepersonals gegen dem Vorjahre hingewiesen. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, ist nach meiner Auffassung eine Bezahlung nach Besoldungsgruppe 2 für diesen Stand unwürdig. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ueberhaupt, meine Damen und Herren, liegt der Verdienst in den unteren Besoldungsgruppen so, daß hier eine Aufbesserung dringend notwendig ist. (Abgeordneter Hoffmann: Schon lange!) Wenn ich die Ortsklasse A mit 15 Prozent Zuschlag nehme, so ergibt sich für den Pfleger heute ein Einkommen von rund 150 Mark oder genau 151 Mark. Wenn unserem Antrage Rechnung getragen würde, daß die Ein-stellungsgruppe die Gruppe 3 sei, würde er ein Durch-schnittsgehalt von 165 Mark beziehen, mit Steigerungs-möglichkeit nach Gruppe 4, wo er ein Durchschnitts-gehalt von 200 Mark beziehen kann. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der größte Teil unserer An-gestellten nicht in Ortsklasse A mit 15 Prozent Orts-zuschlag ist, sondern daß zum Teil unsere Anstalten in ländlichen Bezirken liegen und deshalb die Be-zahlung noch wesentlich niedriger ist.

Daselbe trifft für die Handwerker zu. Hier haben wir eine Eingruppierung in 4 mit Beförderungsmöglichkeit nach 5 verlangt. Meine Damen und Herren!

Das Mindeste, was man für einen Handwerker ver-langen kann, ist, daß man ihn mit irgendeinem Assi-stenten usw. gleichstellt. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Leider ist ja im letzten Jahre die Sache vielfach so gewesen, daß man die handwerkliche Arbeit gegenüber dem geistigen Arbeiter nicht mehr genügend wertet. Es wird sich dies in unserem Wirtschaftsleben sicherlich später noch stark rächen. Ich will im Augen-blick nicht näher darauf eingehen, weil mir der Ort hierfür nicht der richtige zu sein scheint. Eins steht aber fest, meine Damen und Herren, daß gerade dieser Antrag auf eine Besserstellung der Handwerker eine Notwendigkeit ist, an der jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht, nicht vorbei kann. Stellen wir den Handwerkerstand nicht besser, so wird in Zukunft die Geschichte so kommen, daß ein noch größerer Mangel an Handwerkern, als er heute schon besteht, zu verzeichnen ist.

Außerdem haben wir verlangt, daß die Erzieher in den Fürsorgeanstalten in Gruppe 4 eingestellt werden sollen, mit Steigerungsmöglichkeit nach 5. Die an und für sich nicht zu hohen Gehälter der Lehrer in den Anstalten zeigen den Weg, wohin es geht, wenn man die Erzieher in den Anstalten, denen nur die theore-tische Vorbildung fehlt, die aber dafür elementares Wissen mitbringen, gegenüber den Lehrern um die Hälfte niedriger einstuft. Das ist nach unserer Auf-fassung nicht tragbar, so daß wir auch hier beantragen, als Eingangsgruppe die Gruppe 4 zu nehmen, mit Steigerungsmöglichkeit nach zehnjähriger Dienstzeit nach Gruppe 5.

Außerdem sollen die auf Tarifvertrag Angestellten prozentual die gleiche Erhöhung erhalten, wie wir sie für die anderen Gruppen beantragt haben.

Man wird uns von der Verwaltung erwidern und vielleicht auch erwidern können, daß das dem Tarif-vertrag unterstehende Personal nicht schlechter gestellt sei, als es heute in breiten Kreisen der Privatwirtschaft der Fall ist. Das mag richtig sein. Ich möchte aber an dieser Stelle sagen: Wenn wir heute tatsächlich im Rheinland so weit gekommen sind, daß die Schwer-industrie ihren Arbeitern auf Grund der großen Ar-beitslosigkeit nicht mehr das gibt, was sie zum Leben notwendig haben, so darf das für uns kein vorbild-liches Beispiel sein. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Wir hören denselben Einwand nicht allein beim Staat und bei der Provinz, sondern wir hören ihn auch in den Gemeinden. Es wird auf die absolut ungenügenden Bezüge der Schwerindustrie hin-gewiesen. Damit glaubt man dann sein Gewissen be-ruhigen zu können, und nun auch in den in öffent-licher Hand befindlichen Betrieben und Verwaltungen nicht mehr an die Arbeiter zahlen zu brauchen. Das mag für den einzelnen eine Beruhigungsspiel sein. Wir behaupten, daß gerade die Verwaltungen und Betriebe,

die sich in öffentlicher Hand befinden, ohne Rücksicht auf die Bezahlung der Arbeiter in der Schwerindustrie, die vielfach je nach dem Beschäftigungsgrad der Arbeiter Konjunkturlöhne zahlt, nicht Rücksicht nehmen können, sondern daß die öffentlichen Verwaltungen die Pflicht haben, die bei ihnen Beschäftigten auch als Menschen leben zu lassen. (Bravo!)

Deswegen haben wir beantragt, daß auch das dem Tarifvertrag unterstehende Personal eine Aufbesserung in der Höhe erfahren soll, wie wir das für das beamtete Personal verlangen.

Unser Antrag ist dem Provinzialausschuß überwiesen. Wir nehmen an, daß der Provinzialausschuß sich unserer Begründung nicht verschließt und daß er den Ansichten der Arbeitervertreter, der Gewerkschaften, hier entgegenkommt.

Durch Annahme dieses Antrages würde sich der kommunistische Antrag (Nr. 57) erledigen, in dem es heißt:

„Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten der Provinzialverwaltung werden so erhöht, daß die untersten Lohn- bzw. Gehaltsgruppen das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum erreichen.“

Der von uns eingereichte Antrag deckt sich mit den Anträgen, wie sie die Gewerkschaften gestellt haben. Dadurch dürfte sich der Antrag der Kommunistischen Partei erledigen, und wir können darüber zur Tagesordnung übergehen.

Dem kommunistischen Antrage (Nr. 56) würden wir unsere Zustimmung geben können bis auf den letzten Satz. Es heißt hier:

„Der Provinziallandtag wolle folgende Entschliebung fassen:

Die jetzige Besoldungs- und Ruhegehaltsordnung für die Beamten bedeutet ein großes Unrecht gegenüber den unteren und mittleren Beamten. Die Spannung zwischen den Gehältern dieser Beamten und denen der oberen Beamten ist um ein Mehrfaches zu groß. Durch die verschiedenen Änderungen des Besoldungsgesetzes seit November 1923 ist dieses Unrecht noch vergrößert worden.

Der Provinziallandtag der Rheinprovinz fordert den Reichstag auf, die Besoldungs- und Ruhegehaltsordnung in Verbindung mit den Beamtengewerkschaften grundsätzlich umzugestalten, ausgehend von dem Gedanken, zunächst einmal für die unteren Beamten ein menschenwürdiges Existenzminimum festzusetzen.“

Bis dahin würden wir dem Antrage zustimmen können. Dann heißt es aber weiter:

„... unter steigender Kürzung der Gehälter für die oberen Beamten bis zur Hälfte bei den Beamten der Sondergruppe.“

Meine Damen und Herren! Einem Antrage, der in dieser allgemeinen Forderung gehalten ist, kann man selbstverständlich nicht zustimmen. Dadurch würde es der Verwaltung ja ganz unmöglich gemacht, Leute für den Ausbau ihrer Betriebe heranzuziehen, die unbedingt notwendig sind. Nehmen Sie einmal die Sonderklasse, wie sie heute vorliegt, meinetwegen mit 1500 Mark an. Wenn Sie nun den betreffenden Betriebsdirektor oder Leiter eines größeren Verwaltungsbüros, das man nicht als Sinekure betrachten kann, auf 750 Mark heruntersetzen wollten, dann würden Sie selbstverständlich einen derartigen Mann niemals mehr bekommen. Die Industrie wird Ihnen auf diese Art und Weise die besten Leute wegnehmen, und wir werden innerhalb der kommunalisierten Betriebe nicht mehr in der Lage sein, diese Leute heranzuholen. Deswegen kann man einer derartigen allgemeinen Fassung, wie sie die Kommunistische Partei hier vorschlägt, seine Zustimmung nicht geben. Es muß die Möglichkeit sein, selbst in einzelnen Fällen über die Besoldungsordnung hinaus Leute einzustellen, wenn sie einfach anders nicht zu haben sind.

Im übrigen wundere ich mich eigentlich darüber, daß die kommunistische Fraktion sowohl im Antrage 57 wie im Antrage 56 sagt, daß mit den zuständigen Gewerkschaften die Sache vereinbart werden soll, daß das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum gegeben werden soll. Während man sonst in breiter Öffentlichkeit die Gewerkschaften des Arbeiterverrats bezichtigt und sie als menschenwürdig hinstellt, verläßt man sich hier auf die Arbeit der Gewerkschaften.

Nun, meine Damen und Herren, einige Worte zu der Besoldungsordnung im großen und ganzen. Unsere Fraktion sowohl im Reichstag wie auch im Preußentag hat ständig auf die absolut unsoziale Besoldungsordnung, wie sie heute besteht, hingewiesen. Durch den Mund des Genossen Steinkopf im Reichstag, nachher im Landtag usw. haben wir immer und immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß eine Änderung der Besoldungsordnung erfolgen muß, weil die jetzige Besoldungsordnung einfach ein großes Unrecht für die unteren Beamten bedeutet. Wir haben noch in den letzten Tagen im Preußentag einen Antrag eingereicht, daß den Besoldungsgruppen 1—6 eine einmalige Entschädigung von 100 Mark gegeben werden soll, um den Beamten damit über die schlimmste Not hinwegzuhelfen. Der Antrag hat auch Aussicht auf Annahme im Landtage. Wir hoffen im Interesse der schlecht bezahlten unteren Gruppen, daß dieser Antrag angenommen wird.

Wenn man aber die Besoldungsordnung einmal durchgeht, findet man Unterschiede, die geradezu grotesk sind. Das niedrigste Gehalt, das wir nach unserer Besoldungsordnung haben, beträgt in Ortsklasse A mit 15 Prozent Zuschlag 110,40 Mark und steigt bis

2992 Mark im Monat. Meine Damen und Herren! Ich möchte auch an dieser Stelle sagen: Wenn die leitenden Herren nicht die Zeichen der Zeit verstehen, dann ist ihnen einfach nicht zu helfen. Wenn man heute z. B. nach wie vor hört — wir haben es in unserer Kommission auch erleben müssen —, daß man wegen mangelhaften Gehalts von Gruppe 12 nach 13 will oder ständig Anträge stellt, um von Sondergruppe 1 nach 3 zu kommen, und treibt die Gehälter ständig gegenseitig in die Höhe, wie es in den letzten Jahren bei den Städten der Fall ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß kein Mensch draußen mehr an die Armut des Landes glaubt. Wir müssen als Gewerkschaftsvertreter immer hören: Jede weitere Lohnerhöhung bedeutet neue Inflation — im Gegensatz zu dem, was der Herr Landeshauptmann in seiner Staatsrede sagte. Wir müssen jeden Tag hören: Wir sind ein armes Volk mit einem verlorenen Krieg; wir müssen uns endlich daran gewöhnen, daß wir arm sind. Ich möchte den Leuten, die es angeht, sagen: Sie mögen hier der Masse des Volkes einmal mit gutem Beispiel vorangehen, sie mögen selbst einmal beweisen, daß man einen verlorenen Krieg hinter sich hat, daß es heute nicht mehr angeht, täglich Forderungen zu stellen mit der Drohung, daß man, wenn nicht mehr bewilligt wird, eine andere Stelle annimmt. Ich möchte an dieser Stelle auch auf das Unmoralische eines derartigen Verhaltens hinweisen, wenn man selbst für sich Gehälter in Anspruch nimmt, die weit über die Gehälter der Friedenszeit hinausgehen, und der breiten Masse des Volkes das Einkommen verweigert, das sie zum Leben unbedingt notwendig hat. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Bedenken Sie, wie das psychologisch auf die Massen wirkt, und geben Sie der Masse mit gutem Beispiel voran. Wenn wir ein armes Volk sind, dann, bitte, seien wir es alle. Dann ist es nicht tragbar, daß auf der einen Seite leitenden Beamten doppelte Friedensgehälter und mehr gezahlt werden, und man auf der anderen Seite den kleinen Angestellten und Beamten die nackte Existenzmöglichkeit verweigert.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n :
Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich kann für unsere Fraktion erklären, daß wir dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen werden. Er umfaßt zwei Teile. Unter 1 bis 4 handelt es sich lediglich um höhere Eingruppierungen, und der Punkt 5 ist eigentlich die Schlussfolgerung für das nichtbeamtete Personal der Provinzialverwaltung.

Zu Punkt 4 muß ich doch bei den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Lopp etwas beanstanden. Er zieht dort einen Vergleich zwischen den Erziehern und Lehrern, die in denselben Anstalten tätig sind, und zwar auf Grund der Vorbildung. Er sagt: „Wenn die Erzieher auch sonst nicht soviel an praktischem Wissen besitzen, so haben sie doch mehr elementares

Wissen.“ Ich konnte mir nicht ganz klar machen, was Sie damit eigentlich gemeint haben. Ich nehme an, daß Sie meinen: Was der Lehrer wahrscheinlich mehr an wissenschaftlicher Ausbildung hat, ersetzt der Erzieher durch die praktische Erfahrung, die er sonst im Leben hat und die er durch seine erzieherische Tätigkeit den Zöglingen zugute kommen lassen kann. Nur so hätten Ihre Ausführungen für mich einen Sinn. Das letztere kann man im allgemeinen nicht behaupten. Ebenso wie ein Erzieher praktische Erfahrungen aus dem Leben haben kann, die er seinen Schülern zugute kommen läßt, kann doch auch der Lehrer praktische Erfahrungen im Leben gesammelt haben, die er ebenfalls den Schülern zugute kommen läßt. In puncto pädagogischer Ausbildung kann man keine Vergleiche ziehen, weil sich da gar keine Vergleichsmöglichkeiten darbieten, wie der einzelne zu seinem Erzieherberuf gekommen ist, d. h. d. h. Nichtsdestoweniger muß man unterstreichen, daß es richtig ist, für diese Erzieher eine höhere Eingruppierung zu fordern, ohne daß man solche Vergleiche hinsichtlich der Ausbildung und der Kenntnisse zieht. Wenn wir die Erzieher, wie bisher, in der Gruppe 4 belassen, so werden wir keine wirklich ablefähigen Menschen und auch in ihrer Ausbildung qualitativ befähigten Kräfte bekommen, sondern es werden meist Menschen sein, die für eine wirklich erzieherische und wissenschaftliche Beeinflussung der Zöglinge absolut nicht in Frage kommen. Denn, wenn sich den Kräften, die eine besondere pädagogische Ausbildung durch langjähriges Studium genossen haben, nur eine Möglichkeit bietet, aus den Stellen der Erzieher herauszugehen, so werden sie dies tun und sonst irgendwo im Lehrberuf unterzukommen suchen. Wir hatten z. B. in der Anstalt Rheindahlen — ich weiß im Moment die Namen nicht, weil ich seit einem halben Jahre keine Verbindung mehr mit der Anstalt habe — Volksschullehrer mit abgelegtem ersten Staatsexamen, die in der Gruppe der Erzieher besoldet wurden und auch als Erzieher tätig waren. Aber es war das selbstverständliche Streben dieser Leute, sobald wie möglich, die Stellung preiszugeben und irgendwo im Lehramt an einer Volksschule oder an einer Fachschule unterzukommen. Aus diesen Gründen erkenne ich auch die Berechtigung der Forderung der SPD. an, daß die Erzieher höher eingruppiert werden, weil wir dann auch höhere Anforderungen an ihre Leistungen stellen können, und andererseits die Verwaltung dann vielleicht auch den Wünschen Rechnung tragen wird, die hier schon jahrelang vorgetragen werden, daß den Erziehern eine bessere Ausbildung gegeben wird, und denjenigen Erziehern, die bisher schon innerhalb der Provinzialanstalten tätig sind, durch systematische Kurse geholfen wird. Es ist uns damals zugesagt worden, so weit es in den Kräften der Verwaltung stünde, würde dies geschehen. Aber mir ist bisher noch nicht zur Kenntnis gekommen, daß man nun systematisch eine Aus-

Bildung nachholt, die dem größten Teil der Erzieher bis jetzt noch mangelt. Ich weiß, es sind hier und da Anläufe genommen worden; aber darüber hinaus ist es nicht gegangen; es ist immer wieder ins Stocken geraten, weil sonstige Sachen von den Erziehern verlangt wurden; namentlich durch Mangel an Lehrpersonal für die Erzieher mußte diese Aufgabe ausgefüllt werden. Der sozialdemokratische Antrag würde logischerweise nach sich ziehen, daß man der Ausbildung der vorhandenen Erzieher und derjenigen, die später in die Erziehergruppe eintreten wollen, eine erhöhte Aufmerksamkeit widmet. Das wäre die Folgerung nach der erzieherischen Seite hin.

Nun zu unseren Anträgen. Meine Damen und Herren! Es ist ganz selbstverständlich, daß man mit dem Einkommen, das die untersten Gruppen der Arbeiter und Angestelltenschaft der Provinzialverwaltung beziehen, kein menschenwürdiges Dasein führen kann. Herr Abgeordneter Drlopp hat Ihnen mit Zahlen gedient. Er sagte z. B., daß die Beamten der untersten Gruppen 110,— Mark in der Ortsklasse A haben. Wie mir mitgeteilt worden ist, sollen Provinzialarbeiter und vor allen Dingen Angestellte in der untersten Gruppe existieren, die draußen auf dem platten Lande, wo sie unter die letzte Ortsklasse fallen, noch keine 75,— Mark monatlich verdienen, deren Einnahme zwischen 72,— und 80,— Mark schwanken soll. Es gibt also selbst unter den von Herrn Abgeordneten Drlopp angeführten Sätzen tatsächlich noch Menschen, von denen man pflichttreue Arbeit verlangt, die aber nicht einmal soviel haben, daß sie sich das zum Leben unbedingt Notwendige kaufen können, was ja nach den amtlichen Indexzahlen um mindestens 50 Prozent höher ist als das Einkommen, das diese Gruppen besitzen. Diese Erwägungen haben uns veranlaßt, zu verlangen, daß die untersten Gruppen ihre Löhne und Gehälter, die unter die Tarifabschlüsse fallenden Gruppen der Arbeitnehmer der Provinzialverwaltung, zunächst einmal das Existenzminimum bekommen sollen, das nach den von den Gewerkschaften berechneten Sätzen festgesetzt werden soll.

Bei dieser Gelegenheit wundert sich der Abgeordnete Drlopp, daß wir hier die Gewerkschaften heranziehen und die Sätze verlangen, die sie ausgerechnet haben. Darüber braucht man sich doch nicht zu wundern, Herr Drlopp. Wir haben doch die Parole ausgegeben, daß alle Nebenorganisationen aufgegeben werden. Alles soll hinein in die Zentralgewerkschaften, und innerhalb der Gewerkschaften wollen wir auf die Führer den notwendigen Druck ausüben, daß sie bei den Lohnverhandlungen die Forderungen stellen, die im Interesse der Arbeiterschaft notwendigerweise zu stellen sind. Ein großer Teil der Gewerkschaftsführer würde gewiß gerne geringere Forderungen stellen, um leichter zu einem Kompromiß mit dem Arbeitgeber zu kommen. Aber weil sie wußten, daß sie den Massen wenigstens

etwas geben müssen, wenn sie nach Abschluß der Lohnverhandlungen ihnen gegenübertreten, waren sie gezwungen, den Forderungen aus den Betrieben in etwa Rechnung zu tragen, wenn auch nicht in dem Maße, wie die oppositionellen Gewerkschaftler es verlangt haben. Das bezieht sich zunächst auf die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Sie dürfen weiter nicht vergessen, daß ein großer Teil der Mitglieder der Zentralgewerkschaften und der freien Gewerkschaften auf unserem Boden stehen, daß auch eine Reihe von Gewerkschaften und Zentralstellen kommunistische Führer haben, daß z. B. innerhalb des ADGB nicht nur Sozialdemokraten heute in den Führerstellen sitzen, sondern auch, wenn auch zum kleineren Teil, Leute, die Vertreter unserer politischen und wirtschaftlichen Auffassung sind, die sich von Ihnen, Herr Drlopp, und von Ihren Freunden dadurch vorteilhaft unterscheiden, daß sie nicht von vornherein sagen: Das können wir nicht fordern; sondern die erklären: Das müssen wir fordern. (Zuruf des Abg. Drlopp: Das können Sie nicht beurteilen, Herr Knab.) Das ist ein persönliches Werturteil von Ihnen. Sie sind in einer Arbeitergewerkschaft tätig und ich bin in den freiorganisierten Beamtengewerkschaften tätig. Ich kann mir also ebensogut ein Urteil über Gewerkschaftsfragen erlauben, wie Sie. (Abgeordneter Lüchem: Sehr richtig!) Ich bin ebenfalls eine Reihe von Jahren in der Gewerkschaftsbewegung tätig und habe mehrere Male an der Spitze von Forderungen der Beamtenenschaft, besonders in der Inflationszeit, gestanden. Wenn Sie sich ein Urteil über unseren Antrag über die Beamtenbesoldung anmaßen, so darf ich mir mit demselben Recht ein Urteil über die Gewerkschaftsforderungen anmaßen, um so mehr, als wir an den Gewerkschaftsforderungen nicht vorübergehen, sondern es für uns Grundforderungen sind, mit denen sich jeder Kommunist auseinandersetzen muß, wenn wir auch über das Ausmaß der Forderungen natürlich auf einem anderen Standpunkt stehen als Sie. Herr Drlopp braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn wir gewisse Gewerkschaftsführer oft als Menschewisten und andere bezeichnen. — Das können Sie gar nicht ableugnen — im Gegensatz zu uns, den Bolschewisten. Sie müssen nur die Auslegung der Worte kennen; dann werden Sie wissen, was damit gesagt ist.

Nun hat Herr Drlopp bemängelt, daß der letzte Satz heißt: „Unter steigender Kürzung der Gehälter für die oberen Beamten bis zur Hälfte bei den Beamten der Sondergruppe.“ Er führte an: Was würde das für praktische Folgerungen haben? Der Beamte der Sondergruppe, der 1500,— Mark im besten Falle erhält, würde dann 750,— Mark bekommen. Er hat sich aber bei seinen weiteren Ausführungen doch in etwa widersprochen, indem er die Ortsklasse A anführte und sagte, daß in der Sonderklasse der höchstbezahlte Beamte mit 2960,— Mark im Monat besoldet würde gegen 110,—

Mark in der untersten Gruppe. Sehen Sie, Herr Drlopp, Sie schlagen sich mit Ihren eigenen Worten. Selbst wenn Sie unseren Antrag rein schematisch auffassen und die Gehälter der höchsten Beamten auf die Hälfte heruntersetzen würden, so würden rund 3000,— Mark, auf die Hälfte heruntergesetzt, mit 1500,— Mark immer noch ein ziemlich anständiges Einkommen ergeben, mit dem man leben kann. Ich glaube, auch gegenüber Ihren Arbeitern in den freien Gewerkschaften werden Sie doch tatsächlich nicht sagen können: Mit 1500,— Mark im Monat kann ein oberer Beamter in diesen schweren Zeiten nicht leben. Also, insoweit haben Sie sich schon einmal widersprochen. Sie haben dann aber auch übersehen, daß wir zuerst verlangt haben, daß die Besoldungsordnung grundsätzlich geändert werden soll, unter Festsetzung des Existenzminimums für die untersten Gruppen. Wir hätten natürlich Details bringen können, wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben. Dann sollen sich die übrigen Gruppen darauf aufbauen. Das würde zur Folge haben, daß auch die oberen Gruppen zunächst einmal das unbedingte Existenzminimum erhalten; darauf soll sich dann die Differenzierung aufbauen, die wir auch bei den Beamtenforderungen, die unsere Reichstagsfraktion eingebracht hat, nicht vollständig abgelehnt haben. Würden sich die Gehälter der oberen Beamten, nachdem für die untersten Gruppen das Existenzminimum festgesetzt ist, mit denselben Spannen aufbauen, wie jetzt, so würden die oberen Beamten auch um ein Bedeutendes besser stehen. Deshalb haben wir beantragt, daß die Bezüge der obersten Sondergruppe um die Hälfte gekürzt werden. Nachdem die Bezüge zunächst einmal um 10, 15 und 20 Prozent aufgebessert sind, würde dort, wo man eine Kürzung vornehmen kann, nach unserem Antrage in der Ortsklasse A immer noch ein Gehalt für die Sondergruppe von fast 2000,— Mark im Monat herauskommen. Wollen Sie das als zu gering bezeichnen? Sie glauben doch selbst nicht, Herr Drlopp, daß die Beamten dann noch in die freien Betriebe laufen würden. (Zuruf des Abg. Drlopp: Ich muß doch selber wissen, was ich glaube; das können Sie doch nicht beurteilen!) Daß Sie das glauben, was ich sage, das kann ich von Ihnen nicht verlangen. Aber ich glaube, daß Sie es nicht glauben. (Seiterkeit.) Sie sehen, was für Glaubensbekenntnisse man hier ablegen muß, um Herrn Drlopp zu befriedigen. Herr Drlopp, heute ist die Sache doch so, daß die Beamtenenschaft, gemessen an den freien Angestellten mit derselben Vorbildung und denselben Leistungen, sich besser steht, als diejenigen, die im freien Arbeitsverhältnis stehen. Das ist auf dem Arbeitsmarkt eine allgemein bekannte Tatsache. Man braucht sich nur die Forderungen der freien Angestelltenenschaft anzusehen. Die Bankbeamten, die Beamten der Großindustrie stützen sich bei ihren Gehaltsforderungen immer wieder darauf, daß die Reichs-, Staats- und Kommunal-

beamten bei gleicher Vorbildung und denselben Leistungen ihnen gegenüber zu hoch bezahlt würden. Da sehen Sie schon den Unterschied. Wir würden meines Erachtens, wenn unserem Antrage von dieser Stelle und dem Reichstage entsprochen würde, durchaus nicht zu befürchten haben, daß größere Teile unserer oberen Beamtenenschaft der öffentlichen Verwaltung entzogen würden. Nach unserer Ansicht hätten wir auch an den Beamten, die dann laufen gingen, durchaus nichts verloren.

Die gesamten Beamten-gewerkschaften, ob sie nun auf nationalem Boden stehen und den Rechtsparteien politisch nahesteht, oder ob sie der christlichen Richtung angehören, die ja vorläufig nur kleinere Gruppen organisiert hat, ob das der Deutsche Beamtenbund ist, der sich als neutrale Organisation bezeichnet, oder der Allgemeine Deutsche Beamtenbund oder irgendeine Splittergewerkschaft, sie alle stehen auf dem Standpunkt, daß die bisherige Besoldungsordnung grundsätzlich geändert werden muß, weil die Spanne zwischen den unteren, mittleren und oberen Gruppen zu groß ist; dies wird selbst von Seiten der Sozialdemokratie anerkannt. Es ist nur eine Organisation, die Organisation der oberen Beamten, die mit dem bisherigen Zustande zufrieden bzw. noch nicht zufrieden ist und fordert, daß die oberen Gruppen bei einer künftigen Besoldungsregelung und Erhöhung der Besoldung noch weiter berücksichtigt werden, als es bisher schon geschehen ist. Ich nehme selbstverständlich an, daß die Sozialdemokratie für die Forderungen dieser oberen Beamten nicht eintreten kann, obschon sie ja bereits genügend obere Beamte besitzt. Sie wird trotzdem sich nicht für diese Forderung dieses Spezialverbändchens einsetzen, sondern wird dem einmütigen Verlangen der gesamten Beamten-gewerkschaften ohne Rücksicht auf ihre politische und weltanschauliche Einstellung sich fügen und mit uns verlangen, daß das Plenum dieses Hauses der Entschließung zustimmt, die an den Reichstag gerichtet ist und den Reichstag auffordert, ein Unrecht wieder gut zu machen. Wir haben während der Inflationszeit schon mehrmals Entschließungen zu Beamtenbesoldungsfragen angenommen und haben von Seiten des Provinzialausschusses in einer Entschließung — dessen erinnere ich mich noch genau — ausdrücklich angeführt, daß die jetzige Regelung eine soziale Ungerechtigkeit für die unteren und mittleren Beamten bedeute. Sie ist damals im Provinzialausschuß angenommen und der preußischen Landesregierung und der Reichsregierung übermittelt worden. Wir haben also mit unserer Entschließung nichts Neues beantragt, sondern wir beantragen damit etwas, was schon einmal bürgerliche Vertreter dieses Hauses angenommen haben.

Die Forderungen, die wir bezüglich der Löhne und Gehälter der Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung, die unter den Tarif fallen, gestellt

haben, würden durchschnittlich eine Erhöhung von 45 bis 50 Prozent des Mindestlohnes bringen. Wenn Sie einen Mindestlohn von 72 Mark annehmen und vielleicht noch 36 Mark hinzurechnen, dann würde dies einen Mindestlohn von 110—120 Mark ausmachen, den die untersten Gruppen draußen auf dem platten Lande innerhalb der Provinz erhalten. 120 Mark können Sie doch tatsächlich nicht als zuviel bezeichnen; das muß man doch wohl einem Arbeiter, von dem man verlangt, daß er seine Pflicht erfüllt, zukommen lassen.

Ich will die Herren von der bürgerlichen Seite, besonders vom Zentrum, noch auf eins hinweisen. Sie legen dem Hause auch eine Entschliebung an den Reichstag und die Reichsregierung vor, worin verlangt wird, daß im Interesse eines Berufsstandes, und zwar der Winzer, das angenommene Reichsgesetz über den spanischen Handelsvertrag grundlegend umgeändert und außer Kraft gesetzt wird. Hier wird im Interesse einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung, die jedenfalls keinen wertvolleren Teil darstellt als auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Provinz, beantragt, daß ein Reichsgesetz, für das sich doch die meisten Parteien der bürgerlichen Seite eingesetzt haben, grundsätzlich umgeändert oder außer Kraft gesetzt wird. Wir stimmen ja dieser Entschliebung des Zentrums zu, weil wir anerkennen: Dieses spanische Handelsabkommen bedeutet ein Unrecht an der Existenz der kleinen Winzer an Rhein, Nahe und Mosel. Sie müssen dann aber auch dem einen gegenüber als Recht anerkennen, was Sie dem anderen zugestehen. Die bisherige Beamtenbesoldungs- und Ruhegehaltsordnung ermöglicht nicht die Existenzgrundlagen für die untersten Gruppen der Angestellten und Beamten. Da sind Sie verpflichtet, ebenfalls der Entschliebung zuzustimmen, wie wir auch der Entschliebung für die Winzer zustimmen, obwohl feststeht, daß 95 Prozent der kleinen Winzer bürgerlich und nicht kommunistisch gewählt haben. Wir besitzen die Objektivität, für einen Stand einzutreten, der politisch nicht hinter uns steht. Wenn wir einsehen, daß jemandem ein Unrecht geschieht, treten wir für ihn im Reichstage und hier an dieser Stelle ein.

Um den Bedenken der SPD. gerecht zu werden, sind wir selbstverständlich damit einverstanden, daß unser Antrag bezüglich der Beamtenbesoldungs- und Ruhegehaltsordnung getrennt wird, daß nach den Worten „menschenwürdiges Existenzminimum festzusetzen“, die zweite Abstimmung lautet: „Unter steigender Kürzung der Gehälter für die oberen Beamten bis zur Hälfte bei den Beamten der Sondergruppe.“ Wir sind also damit einverstanden, daß über unsere Beamtenentschliebung und über unsere Entschliebung zu den Löhnen und Gehältern der Beamten in drei Teilen abgestimmt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zu Punkt 32 zunächst über den Antrag des Sachausschusses ab, den Antrag der SPD. dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Punkt 38, Drucksache 56. Es ist getrennte Abstimmung über den ersten Teil des Antrages bis einschließlich der Worte „für die unteren Beamten ein menschenwürdiges Existenzminimum festzusetzen“, und dann weiter über den Rest des Antrages getrennt abzustimmen.

Wer für den ersten Teil des Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. Dann erübrigt sich die Abstimmung über den ersten und zweiten Teil. (Zuruf des Abg. Knab: Lassen Sie ruhig darüber abstimmen!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Punkt 39. Es ist getrennte Abstimmung über die drei Punkte des Antrages der SPD. beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung über den ersten Teil. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Desgleichen zu Punkt 2. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ebenfalls abgelehnt.

Wer für Punkt 3 ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Gleichfalls abgelehnt.

Wir kommen zu

Punkt 33: Antrag des 3. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1925. Das Wort hat Herr Abgeordneter Milau als Berichterstatter.

Abgeordneter Milau: Der Sachausschuß 3 hat ohne längere Debatte den Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1925 genehmigt und beantragt unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Annahme fest.

Wir kommen zu

Punkt 35: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Ich bitte, die Sache einen Augenblick zurückzustellen. Der Herr Berichterstatter ist eben hinausgegangen!) Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir den Punkt einen Augenblick zurückstellen, da der Berichterstatter den Sitzungssaal verlassen hat.

Wir kommen dann zu

Punkt 40: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Gesuch des Bundes der Schwerkrriegsbeschädigten Deutschlands, Ortsgruppe Düsseldorf, vom 6. Mai 1925, um Umrechnung der Kriegsjahre auf das Weisoldungsdienstalter des Verwaltungsassistenten Thurm bei der Landesversicherungsanstalt.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Wort verzichtet. Der Sachausschuß hat Ablehnung des Antrages beantragt. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. Der Antrag ist abgelehnt.

Punkt 41: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Gesuch des Provinzialstrafenmeisters a. D. Röber in Alsbach um Erhöhung seines Ruhegehaltes.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Wort verzichtet. Der Sachausschuß beantragt Ueberweisung an den Provinzialausschuß zur Beschlußfassung.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß Sie für den Antrag des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist noch Punkt 35 zu erledigen.

Punkt 35: Antrag des 1. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Die Berufsberatung, und zwar sowohl die Berufsberatung, wie sie von einer Gruppe von Großunternehmungen eingerichtet worden ist, als auch die Berufsberatung in einzelnen Gemeinden, hat sich mehr und mehr den sogenannten Eignungsprüfungen zugewandt. Diese Eignungsprüfungen sind von der Provinz bisher in dem Provinzialinstitut für klinische Psychologie und Berufsbegutachtung in Bonn vorgenommen worden, und zwar nur in beschränktem Umfange, denn dieses Institut war in erster Linie als Station für hirnverletzte Kriegsbeschädigte gedacht. Es war aber bisher kein Institut vorhanden, das vor allem auch der Fortbildung der Methoden, die dort erprobt worden waren, dienen konnte, und das den übrigen Berufsberatungsstellen in den Gemeinden und anderen Ämtern diese Methoden vermittelte.

Es wird Ihnen nun in der Vorlage der Vorschlag gemacht, das Institut in Bonn aufzulösen und nach Düsseldorf zu verlegen. Hier in Düsseldorf soll dieses

Institut einmal als Forschungsinstitut auf dem Gebiete der Berufsberatung dienen, dann aber auch praktisch die Eignungsprüfung für die Bedürfnisse des örtlichen Berufsamtes in Düsseldorf erledigen.

Im Zusammenhang damit wird Ihnen vorgeschlagen, daß nach Auflösung des Bonner Instituts die dortigen Gebäude für andere Zwecke der Provinzialverwaltung Verwendung finden, daß die Stadt Düsseldorf in Düsseldorf ein geeignetes Gebäude zur Verfügung stellt und daß als Gegenleistung dafür diese Eignungsprüfungen für die Bedürfnisse des örtlichen Berufsamtes von der Provinz vorgenommen werden.

Der Antrag verlangt zunächst die Genehmigung zur Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung in Düsseldorf und gleichzeitig einen Beschluß über die Auflösung des Provinzialinstituts für klinische Psychologie und Berufsbegutachtung in Bonn und die Verwendung der Gebäude in dem eben gekennzeichneten Sinne, ferner die Bewilligung von 50 000,— Mark für die erste Einrichtung des Provinzialinstituts und die Bewilligung der laufenden Ausgaben, wie sie in dem Etat, der dem Antrage beigefügt ist, aufgeführt sind.

In dem 1. Sachausschuß ist einmütig dieser Vorlage zugestimmt worden. Man war allerdings der Meinung, daß die Bezeichnung als Forschungsinstitut, als Institut für Arbeits- und Berufsforschung, nicht ganz das Richtige träge. Man glaubte, daß damit zu sehr der Wert auf die wissenschaftliche Arbeit gelegt werde. Es war der Gedanke aufgetaucht, ob es, wenn beabsichtigt sei, in erster Linie wissenschaftliche Forschung zu treiben, nicht vielleicht unrichtig sei, nun das Institut in Bonn aufzulösen, wo doch mit der Universität gemeinsam gearbeitet werden könne. Bekanntlich ist Herr Professor Poppelreuter in erster Linie gerade auf diesem Gebiete tätig gewesen, und er ist eine Autorität in diesem Fach. Nach den Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns haben wir uns überzeugt, daß es doch wohl richtig ist, diese Bezeichnung zu lassen, denn das Institut soll Praxis und Theorie, Forschung und Ausübung der Methoden in einer Weise verbinden, die es schwer entscheiden läßt, ob der wissenschaftliche oder ob der rein praktische Charakter mehr überwiegt.

Wir empfehlen Ihnen deshalb die Annahme des Antrages ohne Aenderung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Geilenkirchen.

Abgeordneter Dr. Geilenkirchen: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Worte über die Beziehungen dieses Instituts zu den ähnlichen Einrichtungen sagen, wie sie bereits in größerem Maße von Seiten der Industrie durchgeführt worden sind.

Ich begrüße es außerordentlich, daß von Seiten der Provinzialverwaltung ein derartiger Plan hier

vorgeschlagen wird, möchte aber der Verwaltung den dringenden Rat geben, sich die Erfahrungen, die in der Industrie mit derartigen Instituten gemacht worden sind, zunutze zu machen. Es bestehen eine ganze Anzahl derartiger Institute, die natürlich in erster Linie nicht der Forschung, sondern der wirklichen praktischen Berufs- und Eignungsprüfung dienen. Ein besonders gut ausgebildetes Institut besteht z. B. beim Gelsenkirchener Bergwerksverein in Gelsenkirchen unter Leitung des Obergeringieurs Arnhold, den ich auch — ich möchte sagen — als den geistigen Anreger des Herrn Professors Poppelreuter in Bonn ansehe.

Es kommt natürlich bei der Industrie in erster Linie darauf an, daß sie sich für ihren technischen Nachwuchs die nötigen gut vorgebildeten Lehrlinge verschafft. Sie hat diese Aufgabe selbst in die Hand genommen. Die großen Verbände und industriellen Gesellschaften haben auf diesem Gebiete schon sehr viel gearbeitet. Aber es ist natürlich für die kleinere Industrie nicht in dem Maße möglich, sich solche Institute zu errichten. Deswegen sehe ich es als eine besondere Aufgabe eines solchen Instituts, wie es gerade hier im Zentrum des rheinisch-westfälischen Industriegebietes errichtet werden soll, an, diese Arbeiten für die mittlere und kleinere Industrie zu übernehmen.

Was die Einzelheiten angeht, so muß ich den in den Etat eingesehten Einnahmen aus der Hausindustrie — hier in den Erläuterungen steht sogar, daß das Institut die Möglichkeit hat, für die Düsseldorfer Industrie Halbfabrikate anzufertigen —, doch etwas skeptisch gegenüberstehen.

Dagegen möchte ich empfehlen, auf den Punkt 3, Titel III, 2a, ein besonderes Augenmerk zu richten. Es ist mir z. B. bekannt, daß das Institut in Gelsenkirchen eine derartige Einzelberatung schon in sehr weitgehendem Maße ausführt. Ich glaube, daß gerade in Düsseldorf die beste Gelegenheit wäre, für die Industrie in diesem Sinne vorzuarbeiten.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, daß dem Antrage des Ausschusses entsprechend beschlossen ist.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft. Es ist aber noch folgender Antrag Sanders und Genossen eingelaufen:

„Der Provinziallandtag wolle dem Verwaltungsrat der Landesbank empfehlen, in Ergänzung der von Reich und Staat eingeleiteten unzureichenden Kreditaktion weitere angemessene Mittel für das

gewerbliche Kreditwesen nach Maßgabe ihrer Liquidität zur Verfügung zu stellen.“

Ich werde den Antrag zunächst dem Provinzialausschuß überweisen.

Dann hat uns der Rheinische Verein für Denkmalspflege und Heimatschutz mitgeteilt, daß er aus Anlaß der Jahrtausendfeier ein besonders reich ausgestattetes Sonderheft: „Eine Kunstreise auf dem Rhein“, herausgegeben habe. Dieses Heft werde allen Mitgliedern des Landtages und den Teilnehmern an der Rheinfahrt unentgeltlich überreicht werden. Er bittet zweitens, in den weitesten Kreisen für die Zwecke des Vereins zu werben. Drittens teilt er mit, daß eine reichhaltige Wanderausstellung: „Rheinische Architektur“, in den ersten Tagen des Monats Juli im Kunstgewerbemuseum in Düsseldorf eröffnet werde und daß diese Ausstellung von Ende August an anderen rheinischen Städten zu Ausstellungszwecken zur Verfügung stehe. Das Schreiben schließt mit folgenden Sätzen:

„Der Rheinische Provinziallandtag als solcher steht im Begriff, neben der etatsmäßigen Bewilligung für den Verein, noch in besonderer Weise in diesem Jahre durch die großzügige Unterstützung zum Ausbau der dem Verein gehörigen Burgruine Stahleck bei Bacharach zu einer Jugendherberge die Denkmalspflege des Vereins zu fördern. Für diese großzügigen Unterstützungen bittet der Vorstand des Vereins, dem Provinziallandtag den Ausdruck seines herzlichsten Dankes übermitteln zu dürfen.“

Die Zeitschrift „Alt-Düsseldorf“ hat uns 200 Exemplare ihres letzten Heftes mit der Bitte überreicht, es an die Herren Abgeordneten zu verteilen. Die Verteilung wird erfolgen.

Ich schlage nunmehr vor, die morgige Vollsitzung um 10 Uhr vormittags zu beginnen. Vorher soll um 9½ Uhr noch eine Sitzung des Provinzialausschusses stattfinden.

Ich bitte, mich zu ermächtigen, auf die Tagesordnung den Rest der noch nicht erledigten Gegenstände und Vorlagen zu bringen. — Damit sind Sie einverstanden.

Ich habe endlich noch mitzuteilen, daß der 1. und der 5. Sachausschuß nach Schluß der Vollsitzung zu einer kurzen Sitzung auf Zimmer 36 zur Beratung des sozialdemokratischen Antrages bezüglich der Debländereien zusammentreten sollen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 6 Uhr 35 Minuten.)